

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. fest in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Erstausgabe: Juni 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 19. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Utopisten oder Narren

So lautet gewöhnlich die Werthschätzung, welche uns Sozialdemokraten von Seiten der sogenannten anständigen Gegner zu Theil wird. Die unanständigen stellen bekanntlich eine etwas andere Alternative und geben uns die Wahl zwischen Narr oder Verbrecher, — besonders böshafte vereinigen sogar beide Bezeichnungen und stempeln uns, was allerdings sehr einfach ist, schlechtweg zu Narren und Verbrechern. Mit diesen zwei letzteren Kategorien läßt sich nicht diskutieren: sie sind entweder zu beschränkt oder zu unehrlich, um die Wahrheit zu erkennen und die erkannte Wahrheit zu bekennen. Wo aber ein Gegner anständig ist und mit Vernunftgründen uns heizukommen sucht, sind wir stets bereit, eine Lanze mit ihm zu brechen.

So finden wir z. B. in der „Kölnischen Volks-Zeitung“, die wiederholt den Versuch gemacht hat, die Sozialdemokratie zu widerlegen, unter der Ueberschrift die „Sozialdemokratie und ihre Bekämpfung“ einen Artikel, der die Verlegenheit, in der sich ehrliche und denkende Gegner uns gegenüber befinden, so prächtig zum Ausdruck bringt und wider Willen des Verfassers die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Anschauung so schlagend beweist, daß wir uns nicht versagen können, den Artikel nachstehend zum Abdruck zu bringen und ihm einen kurzen Kommentar folgen zu lassen. Der Artikel (S. Nr. 611 der „K. V. Z.“) lautet also:

Man kann in geängsteten Philisterrreisen — d. h. solchen, die sehr mit Glücksgütern gesegnet sind und dabei mittelparteiliche Blätter lesen — zuweilen die Meinung vertreten hören, daß man die Sozialdemokratie mit Gesetzen ausrotten könne. Wer diesem unglaublichen Vorurtheil huldigt, ist natürlich sehr böse auf die Parteien, welche solche Thorheiten nicht mitmachen wollen und willert bei ihnen die schwärzesten Hintergedanken. Wir müssen bekennen, daß nur eine durchaus mechanische Auffassung der Dinge zu solchen Meinungen gelangen kann. Verhältnisse für die sozialen Verhältnisse kann derjenige nicht haben, welcher glaubt, es bedürfe nur strenger Verbote, um die Sozialdemokratie auszurotten. Eben so wenig wie die Sozialdemokratie künstlich entstanden ist, kann sie auch künstlich wieder vernichtet werden. Sie ist vor allem ein Erzeugniß unserer traurigen sozialen Verhältnisse, und bleibt so lange bestehen, als diese Verhältnisse so trübseliger Natur sind.

„Da haben wir“, werden die Sozialdemokraten rufen, allein sie haben gar keinen Grund, über unsere Darstellung vergnügt zu sein. Denn es ist doch klar, daß aus kranken Zuständen kein gesundes Gewächs entstehen kann. Wir vergleichen

die Sozialdemokratie mit einem bössartigen Hautausschlag, welcher Kunde giebt von dem schlechten Blut, das in den Adern unserer Gesellschaft fließt. Mit Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie vorgehen, das heißt den Ausschlag abreiben, oder an einer Stelle des Körpers vertreiben. Eiteltes Beginnen! Der Ausschlag geht nicht weg, er bricht immer wieder von neuem aus, oft an einer ganz anderen Stelle. Die Hauptsache ist die Blutreinigung. Die häßliche äußere Erscheinung wird von selbst verschwinden, wenn ihre Ursache beseitigt ist. Das paßt manchem der Herren Verze nicht, weil die Kur längere Zeit dauert und große Mühe und Geduld erfordert. Zunächst bedarf man einer Reform an Haupt und Gliedern der — Bourgeoisie und des Bourgeois-Staates, denn „wie soll man die Knechte loben — kommt doch das Vergerniß von oben“. Und dasselbe kann man in bezug auf die viel beklagte Religionslosigkeit der Sozialdemokratie sagen: „Wie die Glieder, so das Haupt — weiß doch niemand, an wen der (d. h. der Bourgeois) glaubt.“ In vielfacher Beziehung dient die bürgerliche Gesellschaft der bestehenden Klassen dem Arbeiterstande als Vorbild, und auch sie möge nicht das Wort unberücksichtigt lassen: Wenn ihr besser werdet, gleich wird's besser sein. Wer weiter nichts kann, als über die Sozialdemokratie schimpfen, der mag sich zum Nachrichter qualifizieren, aber nicht zum Medicus, der die Gebrechen der kranken Zeit heilt.

Weder Philisterrang noch bürokratische Beschränktheit dürfen uns davon abhalten, die Besserung auf dem Wege der sozialen Reform zu suchen. Man braucht den sozialdemokratischen Expropriationsgeistes nicht zuzustimmen und kann doch die Plutokratie unserer Tage, besonders in der internationalen Hochfinanz, wo über den Reichthum ganzer Länder verfügt wird, als eine überaus bedenkliche Erscheinung auffassen. Wenn diese Zustände sich weiter entwickeln, so werden grade die „Milliardaire“ eine Katastrophe vorbereiten. Wenn man vor einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung die Arme verdrängt und die Unbemitteltesten eines Vorkurses der niederen Gesellschaftsschichten gegen diese Klassen, welche eine fortschreitende Proletarisierung der Völker bewirken, durch kleine Polizeimassregeln zu dämpfen sucht, dann werden spätere Geschichtsschreiber sagen müssen, daß die Regierungsweisheit unserer Tage tief unter dem Niveau ihrer Aufgabe gestanden habe. Wenn Fürst Bismarck für die Bedeutung der sozialen Frage gar kein tieferes Verständnis hat, so liefert er damit nur einen neuen Beleg für die alte Erfahrung, daß manche große Geister in einzelnen Dingen sehr klein sein können. Wie Napoleon I. fast gar kein Verständnis für die Religion hatte, so ist dem Altreichskanzler die sozialdemokratische Bewegung stets ein Buch mit sieben Siegeln gewesen. In der Art ihrer Bekämpfung verrieth er dieselbe kleingeistige Engbergigkeit, wie in dem sogenannten „Brodkorbgesetz“, mit dem er die Gewissen zu beugen gedachte. Man sieht vor der Wahl, daß man begreifen lernen muß, um

was es sich handelt, begreifen, welche positive Thaten nötig sind, oder man wird zur Strafe der Thorheit von der Sozialdemokratie verschlungen werden. Dieser Alternative ist nicht mehr zu entinnen.

Nein, dieser Alternative ist nicht zu entinnen. Die Alternative ist freilich nur eine künstliche, sie ist die Alternative des Utopisten, der noch an die Rettung der kapitalistischen Gesellschaft glaubt. Diesen Glauben verbannt die Sozialdemokratie in das Nebelgebiet des Köhlerglaubens — er widerspricht der Wissenschaft und den Thatfachen.

Wir wollen uns nicht bei Nebensächlichem aufhalten, sondern gleich in den Kern der Frage eingehen.

Der Schreiber des Artikels giebt die Berechtigung der Sozialdemokratie auf Grund der bestehenden Verhältnisse unbedingte zu, er meint aber, diese Verhältnisse ließen sich, ohne eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, derart reformiren, daß erträgliche Zustände hergestellt werden, welche die Proletarisierung der Völker verhindern, und die Wohlfahrt der Völker verbürgen.

Wie soll — die Religion lassen wir bei Seite — dies bewerkstelligt werden? Der Artikelschreiber giebt uns die Antwort schuldig. Er spricht von einem „Ausschlag“, von einer nothwendigen „Blutreinigung“, von den bösen „Milliardären“, die eine Katastrophe vorbereiten, von der „Plutokratie“, von der „Hochfinanz“, und fordert sogar „eine Reform an Haupt und Gliedern der Bourgeoisie und des Bourgeoisstaats“. Allein das alles „so allgemein wie möglich.“ Was er als „Ausschlag“ bezeichnet, ist gleich den „Auswüchsen“, von denen in reaktionären Kreisen seit Jahren so viel die Rede ist, etwas, das im Organismus der heutigen Gesellschaft steckt und überhaupt nicht beseitigt werden kann, so lange diese, d. h. die kapitalistische Gesellschaft besteht.

Die „Proletarisierung der Völker“ ist nur eine natürliche Folge der in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft begründeten wirtschaftlichen Entwicklung, zu der außer der „Plutokratie“ und der „Hochfinanz“ auch in erster Linie der moderne Großbetrieb in der Industrie und Landwirtschaft gehört. Dieser kapitalistische Großbetrieb ist es, der, unterstützt von der aus ihm hervorgehenden, nur das sekundäre Uebel bildenden „Plutokratie“ und „Hochfinanz“, die kleinen Existenzen zu Grunde richtet und die „Proletarisierung der Völker“ bewirkt.

Hier muß eingegriffen werden. Hier ist das Uebel, hier muß die Heilung sein. Die Sozialdemokratie greift an

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audoz.

Ganz Paris war von dieser fixen Idee eingenommen: Wir haben nicht die Unverletzlichkeit und die Ehre des Vaterlandes verteidigen können, bestreben wir uns wenigstens die Republik zu verteidigen und aufrecht zu erhalten, die Republik, welche uns wenigstens gestattet, unsern Kindern eine bessere Zukunft zu bereiten. Aber die Idee der provincialen Bevölkerung war eine ganz andere. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Bauer durchaus keine Begeisterung für den Krieg hatte. Er hat sich 1793 geschlagen, weil man ihm fünf Morgen Land versprach. Es war ihm damals nichts an dem elenden Leben gelegen, welches er bis dahin unter der Ausbeutung des Adels, der Geistlichkeit und des königlichen Absolutismus geführt hatte. An alle Entbehrungen gewöhnt, ertrug er stoisch alle Mühseligkeiten. Aber das persönliche Eigenthum hat das Alles geändert. Der bäuerliche Landbesitzer ist von einer grimmtigen Leidenschaft für den Boden ergriffen, dessen Besitz ihm auch im Falle des Krieges gesichert ist, da der moderne Krieg das persönliche Eigenthum respektirt. Für den Bauer ist sein Feld das wahre Vaterland, die einzige Geliebte, der alleinige Gott. Reicher zu werden, mehr Land zu gewinnen ist seine einzige Sorge.

Einige Leute meiner Compagnie waren in die Provinz gereist und glaubten, man würde sie in der Heimath als Helden begrüßen. Wie groß war ihre Ueberraschung, als man ihnen den langen und unruhigen Widerstand vorwarf, welchen Paris geleistet hatte, und keinen anderen Grund, jagten sie, als falsches Ehrgefühl und keine andere Resultate

hatte, als eine verlängerte Besagung Frankreichs durch die Preußen.

Unterdessen sah man eine Menge Flüchtlinge frisch und wohlgenährt wieder in Paris einziehen, die, wenn man sie erzählen hörte, in der Fremde mehr gelitten hatten, als wir in Paris. Mit diesen Leuten, welche wie Pilze aufstauden, nachdem die Gefahr vorüber, sah man auch die Reaktion erscheinen, welche sich während des Bombardements in den Keller verflochten hatte. Die Gesetze über Wechselverbindungen und Mithen, die Zerstückelung Frankreichs, die Beeinträchtigung und Zurückziehung von Paris, welchem man zur Strafe für seine heldenmüthige Vertheidigung den Namen der Hauptstadt Frankreichs nahm, alles das erbitterte die Pariser aufs Heftigste; aber sie waren noch nicht nach dem Willen der Monarchisten, welche eine Insurrection wollten, um Paris niederzutreten und auf seinen Ruinen die Monarchie wieder aufzurichten.

Jeden Tag affektirte der „Figaro“, das Organ der Satiriker und Boredelle Frankreichs, eine ebenso verstellte als übertriebene Furcht vor den Kanonen des Montmartre, welche, wie er behauptete, auf ihn und die reichen Gegenden von Paris gerichtet seien. Eines Morgens enthielt seine ganze erste Seite eine Annonce in gigantischen Lettern, welche anzeigte, daß auf den Höhen des Montmartre eine Vorstellung stattfinden würde. Es strömten viele Menschen hin und umstanden die Kanonen, an welche sonst niemand mehr gedacht hätte. Das von dem Schmutzblatt provozirte Schauspiel fand natürlich nicht statt.

Auch ich, der ich mich nie um diese Geschütze bekümmert hatte, sah sie bei dieser Gelegenheit. Sie waren in einem engen Raum aufgehäuft und ganz außer Stande, bedient zu werden; auch war gar keine Munition vorhanden. Das verhinderte aber nicht einen alten Reaktionär mit weißen Bart, in meiner Gegenwart in bezug auf die Kanonen zu äußern: „Ihr werdet mehr Unheil anrichten als die Preußen!“

„Sie irren sich“, entgegnete ich ihm, „so lange als man nicht an der Republik rührt, verhalten wir uns ruhig. Jedoch die einzige Garantie, welche wir gegen die Unternehmungen der Monarchisten und besonders gegen einen neuen Staatsstreich haben, ist die Bewaffnung von Paris. Wenn Paris erst entwaffnet ist, dann ist die Republik den Königlischen auf Gnade und Ungnade ergeben. Die Kanonen bedrohen niemand. Man hat sie hierher gebracht, um sie nicht den Preußen ausliefern zu müssen. Wenn jemand sich durch sie bedroht glaubt, so hat er strafbare Gedanken.“

So wurde durch das schändliche und hinterlistige Gehen des „Figaro“ und seiner würdigen Kollegen der reaktionären Presse nach und nach die Lunte gelegt, welche den Bürgerkrieg zur Explosion bringen sollte.

Die Kommune von Paris.

Unter denen, welche Paris während der Belagerung verlassen hatten und im Gefolge der Preußen wieder ihren Einzug hielten, glaubte ich auch meinen Bruder zu erkennen.

Er schien während seiner freiwilligen Verbannung in Brüssel nicht besonders gelitten zu haben, denn sein wohlgenährtes Gesicht hob sich gegen die durch Hunger erzeugte Blässe der Belagerten ab, wie eine Bauernrose zwischen welken Blättern. Man kann sich denken, daß ich ihn voll Widerwillen vermied. Einige Tage jedoch nach dieser Begegnung erhielt Sylvio ein Schreiben folgenden Inhalts:

Mein Fräulein. Nach sechsmonatlangem Leiden sieht Frankreich sich endlich von dieser Bande Rasender befreit, welche es beherrschten. Wir dürfen jetzt unter einer gesetzmäßigen Regierung aufathmen. Die ehrlichen Leute werden wieder den gesetzlichen Schutz finden, welchen aufständische Gewaltthäter ihnen raubten. Der Augenblick ist gekommen, Sie an ihre Pflichten zu erinnern. Ich lasse Ihnen bis zum 20. März

diesem Punkt ein, indem sie, die wirtschaftlichen Vorteile des Großbetriebes über den Kleinbetrieb würdigend, die Konzentration der Arbeitsmittel und der Gesamtproduktion in den Händen der Gesamtheit anstrebt.

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ glaubt — und das ist das A und das O dieser, vor dem Sozialismus zurückschreckenden Reformweisheit — sie glaubt den Kleinbetrieb retten zu können, ohne der kapitalistischen Gesellschaft selbst zu Leibe zu gehen. Und das ist die Utopisterei. Der Kleinbetrieb wird zerstört durch den Großbetrieb. Wer den Kleinbetrieb retten will, hat eins von zwei Dingen zu tun:

Entweder er muß den Großbetrieb vernichten.

Oder er muß den Großbetrieb derart beschränken, daß der Kleinbetrieb Platz neben ihm hat.

Das eine wie das andere ist eine Unmöglichkeit. So lange die Erzeugung und Verteilung der Güter Privat speculation, und die Ausbeutung der Arbeit das Fundament der Gesellschaftsordnung ist, kann die Arbeit nicht zu ihrem Recht kommen, und ist der, wesentlich auf eigene Arbeit angewiesene Kleinbetrieb nur Futter für den, mit wachsendem Heißhunger ihn aufzehrenden Großbetrieb. Keine Macht der Erde kann das ändern — im Klassenstaat, unter der Herrschaft des Kapitalismus.

Was haben alle Heilsexperimente, die seit 15 Jahren am unglücklichen Körper des „kleinen Mannes“ angestellt werden, denn genutzt? Die Zünfte, der Befähigungsnachweis, die Erbpächten, die Heimstätten, das Auerbeurteil, die Gesetze zur Sittlichung der Börse, zur Beseitigung des unlauteren Wettbewerbes — was hat alles das genutzt? Nichts, gar nichts! Die bezüglichen Gesetze insgesamt sind nicht das Papier werth, auf das sie gedruckt sind.

Der Kapitalismus tötet eben den Kleinbetrieb und in ihm den kleinen Mann. Er muß ihn tödten, oder er kann nicht sein. Wer den kleinen Mann retten will, muß den Pelz des Kapitalismus auch nah machen, und zwar so nah, daß der unererbliche Barock bei der Probeur ertrinkt. Neben ihm, mit ihm giebt es kein Heil für die Völker. Er zerstört Alles, was ihm im Weg ist, zerstört namentlich auch erbarmungslos jede Schutteinrichtung, welche die „kleinen Leute“ gegen ihn errichten. Die letzte Nummer des „Grütkläner“ — des Organs des schweizerischen Grütlibundes — bringt ein erschütterndes Beispiel: den Nothschrei des schweizerischen Stickerverbandes.

Der Zweck dieses Verbandes war, die kleinen Meister von der Uebermacht des Großbetriebes und vor der kapitalistischen Spekulation zu retten. Ende 1890 zählte der Verband 14 088 Mitglieder mit 21 372 Maschinen — heute hat er bloß noch 3784 Mitglieder mit 5009 Maschinen. Der Kapitalismus hat den Stickerverband erstickt! Und alle schönen Hoffnungen der „kleinen Leute“, die sich in ihm zusammengethan, sind zerplatzt, wie Seifenblasen. Der Stickerverband wird sich demnächst auflösen. Und — so schreiben die Mitglieder, die sich an den „Grütkläner“ gewandt —:

„Nicht der Stickerverband, so besitzen wir in unserer Stickerindustrie keine Organisation mehr, welche der wilden Spekulation, der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft einigermaßen entgegentritt. Das „freie Spiel der Kräfte“, wie die einen, die „anarchische Produktionsweise“, wie andere sagen, können sich wieder frei und ungehindert entfalten.“

Es ist kein Ausweichen, es ist kein Entrinnen.

Wer da vermeint, den Kleinbetrieb neben dem kapitalistischen Großbetrieb aufrecht und in Blüthe erhalten, oder dem Kapitalismus die Flügel so beschneiden zu können, daß der Kleinbetrieb konkurrenzfähig wird, der ist ein phantastischer Utopist.

Und wer da vermeint, den Kapitalismus innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft abzuschaffen, den Großbetrieb zu zerstören und an seiner Stelle wieder den Kleinbetrieb einzuführen zu können, der gehört in ein Irrenhaus.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Die Sonntagsruhe in der Industrie. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt:

Nachdem im Anschluß an den im Dezember v. J. fertiggestellten Entwurf von Bestimmungen, betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen der Gruppe III der Gewerbestatistik (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen etc.), die Entwürfe von Aus-

Zeit. Nach Ablauf dieser Frist wird das Gericht gegen Sie einschreiten.

Baron Lucien Meylan.

Diese kindliche Drohung erschien uns lächerlich. Solwa wurde in einigen Monaten majorren und bis dahin hofften wir dem Hinterhalt unserer Feinde zu entgehen.

Es kam jedoch anders. Ein nicht vorhergesehenes Ereigniß brach über uns herein wie ein jähes Gewitter, und veränderte plötzlich die ganze Sachlage.

Am 18. März kam Morgens zu früher Stunde ein Journalist, ein Freund und Nachbar, zu mir.

„Stehen Sie schnell auf,“ rief er hastig, „wenn Sie die Kanonen auf dem Montmartre mit verteidigen helfen wollen! Man will sie fortschleppen!“

Ich glaubte, er mache Scherz, und erwiderte ihm deshalb:

„Das ist unmöglich. Man war übereingekommen, die Geschütze nach einem Platz, welcher von der Regierung bestimmt würde, überzuführen zu lassen. Wir halten nicht durchaus daran fest, sie auf der Höhe des Montmartre zu sehen, wenn man sie nur nicht den Preußen überliefert. Das Pariser Volk hat zu viel gefunden Sinn, um in die Falle zu gehen, welche man ihm hinhält; es wird den Hundschuß, welchen ihm die Reaktion hinwirft, nicht aufheben.“

Mein Freund hatte jedoch Recht. Der Würfel war gefallen und der Rubikon überschritten. Oben in der Rue des Martyrs traf ich eine Kompanie des 88. Linienregimentes, welche herunter marschierte, mit den Gewehrkolben nach oben und aus voller Kehle rief: „Es lebe die Republik!“

Ich drückte bewegt einem Offizier die Hand und rief: „Es lebe die Linie! Es lebe das Volk! Nieder mit denen, die den Bürgerkrieg wollen!“

Auf dem Boulevard de Clichy sah ich eine verlassene

nahmebestimmungen für die Brigaden IV, V, VI, VII, VIII und X der Gewerbestatistik dem Bundesrathe im vorigen Monat zugegangen sind, liegt demselben nunmehr das gesammte im Reichsamt des Innern vorbereitete Material für die Einführung der Sonntagsruhe in der Industrie mit Ausnahme der die Nahrungsmittel- und die Saison-Industrien betreffenden Bestimmungen vor. Die Vorarbeiten für die Ausführung der letzteren werden voraussichtlich binnen kurzem ihren Abschluß erreichen, und die entsprechenden Entwürfe werden dann unverzüglich dem Bundesrathe vorgelegt werden.

In der Plenarsitzung des Bundesrathe vom 4. d. M. sind dem zuständigen Ausschusse, welcher den seiner Zeit durch die Presse veröffentlichten Entwurf für die Gruppe III inzwischendurch beraten und in erster Lesung festgestellt hat, die neuerlich eingegangenen Entwürfe überwiesen worden.

Unsere Leser finden dieselben in Hauptblatte genau nach dem „Reichs-Anzeiger“ wiedergegeben. Wir erwarten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen im Reiche möglichst rasch zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Der „Vorwärts“ wird demnächst ausführlich auf dieselben zurückkommen.

Börsenreform. Die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Am gestrigen Tage haben im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Direktors in diesem Amte, Nothe, die Beratungen der Kommission begonnen, deren Aufgabe es sein soll, an der Formulierung des dem Reichstoge vorzulegenden Börsenreform-Gesetzentwurfs mitzuwirken. Außer aus Delegirten der Bundesstaaten, in deren Gebiete sich Börsen befinden, besteht die Kommission aus Kommissarien der verschiedenen Reichskammern und Ministerien. Es wurde gestern beschlossen, die Verhandlungen als streng vertraulich anzusehen.

Wie schon die Börsenquetsche beweist, ist die Hoffnung ganz vergeblich, daß durch die vorbereitete Börsenreform die offenkundigen Schäden des Börsenverkehrs aus der Welt geschafft werden können. Die Börse zu einem soliden Lebenswandel innerhalb unserer Wirtschaftsordnung zwingen zu wollen, ist ein Beginnen aller Ehren werth, aber die ältesten Geheimräthe werden an dieser Aufgabe scheitern.

Zum Prozeß Leist. Der Reichskanzler hat dem Vernehmen nach bis jetzt noch nicht darüber entschieden, ob gegen das Urtheil der Potsdamer Disziplinarkammer in der Leist'schen Angelegenheit Berufung an den Disziplinarkhof in Leipzig erhoben werden soll. Wir glauben, daß bei dem schroffen Widerspruche zwischen der Rede des Vertreters des Auswärtigen Amtes und dem Urtheile die Unterlassung einer Weiterverfolgung der Sache das berechtigteste Aussehen machen wird.

Die „Vossische Zeitung“ führt folgende beachtenswerthe Urtheile der englischen Presse über den Fall Leist an:

Die „Daily News“ schreibt, wenn Männer wie Leist für die Zivilisation in Afrika in dieser Weise vorgehen, dann ist es besser, die Eingeborenen bleiben Wilde. Der Prozeß und das Urtheil werden jedenfalls nicht das Ansehen Deutschlands mehren. Das „Chronicle“ findet die Buße zu gering für eine so große Schuld. Die „Times“ sagen: Solch ein ungewöhnliches Urtheil spottet jeder Kritik. Was es dem Gesetze nach richtig sein, aber sicherlich wird es nicht von der öffentlichen Meinung gebilligt.

Der arme Coprivi ist jetzt von Vaumbach's Gnaden Ehrenbürger von Danzig geworden. Bei aller Feindschaft haben wir dies dem Reichskanzler doch nicht gegönnt.

Ein Gedankenleser, wie die Welt noch keinen sah, läßt seine Kunststücke in der fortschrittlichen „Dresdener Zeitung“. Er hat die innersten Gedanken der sozialdemokratischen Führer in betreff des Berliner Bierboylotts gelesen. Und das Resultat, welches er brüheiß dem Publikum aufzählt, ist: die Führer sind den Vorkott entsetzlich müde, ihre Furcht vor den „Genossen“ ist aber noch größer als ihre Unzufriedenheit mit dem Boykott, und um auf dem Parteitag, dem jüngsten Gericht der deutschen Sozialdemokratie, reine Hände zu haben und die Prinzipienfesten spielen zu können, haben sie jetzt die Verhandlungen mit den Bräuern schroff abgebrochen. Ist aber der gefährdete Parteitag vorüber, dann werden sie sofort Frieden schließen. — Bis zum nächsten Parteitag sind's ja zwölf Monate, und inzwischend kann man die erzürnten Genossen leicht beruhigen.

Der hat's gerathen. Und unsere Genossen wissen nun, wie sie von den lüchlichen Führern verrathen werden.

Die Verschleppungstaktik der österreichischen Regierung in Sachen der Wahlreform wird durch die folgende Meldung aus Wien treffend illustriert:

Heute Nachmittag fand auf Einladung des Ministerpräsidenten, Fürsten Windischgrätz, eine mehrstündige Besprechung zwischen den Mitgliedern der Regierung und den Obmannern der koalirten Parteien betreffend der Wahlreform statt. Die Fortsetzung der Beratungen ist für einen der nächsten Tage in Aussicht genommen.

Kanone, umringt von einer großen Zahl Männer und Frauen.

Eine Staubwolke bezeichnete die Richtung, in welcher der General Vinoy und sein Stab die Flucht ergriff. An der Ecke der Rue Breba hatten zwei Gendarmen sich bleich vor Furcht in eine Wagenremise verkrochen. Die Menge führte sie wohlwollend in ein Café und gab ihnen zu trinken, damit sie sich von ihrem Schreck erholten. Ich schärfte den Leuten ein, diesen willenlosen und untergeordneten Wertzeugen durchaus nichts zu leide zu thun. Ihre Pferde standen verlassen mitten in der Fahrstraße, ich schwang mich auf eines derselben und lenkte es dem Montmartre zu.

In diesem Augenblicke schwenkte über den Theaterplatz eine aus Nationalgaroen, Mobilgardisten und Linien-soldaten gebildete Kolonne im brüderlichen Durcheinander. Sie ließen die Republik leben. Ich ritt hinter ihnen her und begleitete diese friedliche Demonstration, welche durch die Vorhut Montmartre ihre Richtung nach dem Stadthause nahm. Auf dem ganzen Zuge präsentirten die Truppen, an welchen wir vorüber zogen, das Gewehr und riefen: „Es lebe die Republik!“ Paris war einmüthig gegen jeden Bürgerkrieg.

Als wir vor dem Stadthause angelangt waren, zog man die Schildwachen ein und die Tamboure schlugen Alarm. Wir hatten durchaus nicht die Absicht uns des Stadthauses zu bemächtigen, im Gegentheil sollte unsere Manifestation ein Protest gegen den Bürgerkrieg sein und nur unsere Ergebenheit für die Republik bezeugen. Wir marschirten über die Boulevards Straßburg und Magenta wieder zurück bis zur Chaussee Clignancourt, wo man eine Geldsammlung für die Tamboure und Hornisten veranstaltete. Darauf gingen wir auseinander. Ein Freischärler, welcher in eine Garibaldi-Uniform vorüberging, wurde mit dem Rufe: „Es lebe Garibaldi!“ begrüßt. Ich sah auch einige Uniformen päpstlicher Jonaven. Es

Wäre es der Regierung um etwas anderes als um die Verschleppung der Wahlreform zu thun gewesen, so hätte sie im Uebermaße Zeit gehabt, diese Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Die österreichischen Arbeiter lassen sich durch solche Ausschüfte nicht täuschen.

Brechprozeße und kein Ende in Frankreich. Herr Casimir Perier ist ganz des Teufels. Daß die Franzosen ihn ausladen und ausspfeien, scheint ihm allen Verstand geraubt zu haben. Jetzt hat er wieder gegen ein Blatt: den „Chambard“ einen Brechprozeß angestrengt. Daß in Frankreich die Presse eine Macht ist, der keine Regierung ungestraft Troch bieten kann, das sollte der Enkel jenes Mannes doch wissen, den eine durch Angriffe auf die Presse hervorgerufene Revolution zum Minister gemacht hat.

Eine internationale Verbindung der verschiedenen sozialistischen Kammer-Fraktionen und -Gruppen besprachen am Montag in Brüssel die französischen Abgeordneten Guesde und Chauvin, die dorthin geeilt waren, um den belgischen Genossen zu ihrem glorreichen Sieg die Glückwünsche der französischen Sozialdemokratie darzubringen. Die Gruppen, zwischen denen eine Verständigung herbeizuführen ist, sind nach einer Notiz der „Petite Republique“ 12 italienische, 50 französische, 46 deutsche, 2 englische, die spanischen, die dänischen und die belgischen Abgeordneten, die aus der jetzigen Wahl hervorgehen werden. Eine solche Verständigung, die allerdings ihre großen Schwierigkeiten bietet, hätte unzweifelhaft ihre großen Vortheile, und in der einen oder anderen Form wird sie sich auch vollziehen.

Belgien. In Brüssel haben die fortschrittlichen Liberalen beschlossen, für die Stichwahlen die Bedingungen des sozialistischen Generalrats anzunehmen, also für das allgemeine, gleiche Wahlrecht bei den Gemeinde- und Provinzial-Wahlen einzutreten. Auch eine sozialistische Massenversammlung hat die Bedingungen des Generalrats gebilligt und beschlossen, am Sonntag für die 11 fortschrittlich-liberalen Kandidaten zu stimmen, die dann mit Hilfe der ihnen zufallenden 42 000 Arbeiterstimmen die klerikalen Segenandidaten voranschreitlich erdrücken werden. Den 7 doktrinär-liberalen Kandidaten der Brüsseler Liste wird diese Unterstützung nicht zu theil werden, und sie werden also gegen die klerikalen durchfallen. Die Belgier haben bekanntlich nicht unser Einwahlkreis-System, sondern das Listensystem, wonach auf einer und derselben Liste für mehrere, und zwar für so viele Kandidaten gestimmt wird, als der Kreis Abgeordnete zu wählen hat. Die Stadt Brüssel hat 18 Deputirte. — Die fortschrittlichen Kandidaten sollen die Absicht haben, im Fall ihrer Wahl am 1. Januar ihr Mandat aufzugeben, damit es zu einer Neuwahl komme. Wir können den Sinn eines solchen Schrittes nicht begreifen. — Der Ministerpräsident de Burlet ist bis jetzt nicht gewählt worden und er hat auch bei den Stichwahlen keine Aussicht. Infolge dessen wird er zurücktreten und wahrscheinlich seinem Vorgänger Bernaert, dem Gönner des Bourbaig, Platz machen müssen.

Die weit auseinandergehenden Mittheilungen über das Wahlergebnis erklären sich daraus, daß es an vielen Orten sich nur um wenige Stimmen handelte, und daß infolge des schwierigen Auszählens das endgiltige Resultat erst spät bekannt wurde. Die Stimmenmassen, die den Sozialdemokraten zufielen, waren so unerwartet groß, daß die Behörden selbst wie niedergedonnert waren. Am Dienstag Morgen glaubte man allgemein, 32 Sozialisten seien im ersten Wahlgange gewählt. Wir wissen jetzt, daß das irrig war. Der Erfolg der Sozialisten ist um so schwerer wiegend, als die sozialistischen Wähler meist nur je 1, die der übrigen Parteien aber meist je 2 und 3 Stimmen haben, so daß die 318 000 sozialistischen Stimmen, die jetzt gezählt werden, thatsächlich wohl ziemlich ebenso viel Wähler bedeuten, als die 516 000 liberalen und die 915 000 klerikalen Stimmen, welche letztere jedenfalls zu hoch angegeben sind. — Entgegen der allgemeinen Annahme erklärt das Brüsseler Organ der Radikalen, die „Reforme“, die klerikalen hätten noch keine Majorität, sie hätten bis jetzt genau die Hälfte der Kammer — 76 Gewählte, — und wenn die Stichwahlen gut ausfielen, könnten die Oppositionsparteien eine gleich große Zahl von Abgeordneten bekommen. Die Rechnung hat aber ein Loch. Schon in Brüssel allein sind den klerikalen — nach den vorstehenden Nachrichten — sieben weitere Sitze sicher; und außerdem scheint die „Reforme“ auch die Zahl der bereits gewonnenen klerikalen Mandate zu niedrig angegeben zu haben.

Das griechische Parlament ist für den 9. November einberufen worden.

konnte ungefähr 11 Uhr Morgens sein; ich hatte Bedürfnis zu frühstücken und übergab deshalb einigen Leuten mein Gendarmereisepferd, damit man es zur Maire führe. Alles hatte sich unwillkürlich und aus eigenem Antriebe gemacht. Unser Bataillon hatte durchaus bis dahin mit der Föderation nichts zu thun, da unser Oberst uns die Aufforderung dazu gar nicht mitgetheilt hatte. Wir hatten also keinen Befehl des Komitees erhalten. Und ich denke, es war dasselbe mit allen anderen Mannschaften der Fall; und deshalb hatte gerade die ganze Bewegung Erfolg. Es ist das selten der Fall mit derartigen Vorgängen, welche lange vorher geplant waren.

Am Nachmittage begegnete ich einem Unteroffizier meiner Compagnie. Er kam von Montmartre und war ganz niedergeschlagen über die an den Generalen Thomas und Lecointe vollzogene Erschießung. „Es ist das ein großes Unglück für die Republik“, sprach ich zu ihm, denn dieses Ereigniß wird die Reaktion erschrecken und später Vergeltung hervorrufen. Sprechen Sie so wenig wie möglich davon“, setzte ich naiver Weise hinzu, als wenn es in Paris möglich wäre, einen derartigen Vorfall zu verborgen.

Ich ging über die Boulevards zur Börse und hörte wie die Bourgeois, immer bereit sich vor dem Erfolge zu beugen, meinten: „Das ist eine Lektion für die Regierung!“

Man hoffte von allen Seiten, daß die Nationalversammlung die Republik proklamiren würde. „Die Konstitution von 1848 ist der gesetzliche Zustand des Landes“, hieß es. „Sie wurde durch die Gewalt beseitigt, und es bedarf nur ihrer Wiederherstellung, um unserem Frankreich Ruhe und Ordnung wiederzugeben. Man wird die Gesetze über Beschlechtsrecht und Mietbeschlagnahmen wieder in Kraft setzen, welche den kleinen Mann ruiniren und ihn dem Bankrotte zutreiben, so daß, um letzterem zu entgehen, er noch den Krieg vorzieht!“

(Fortsetzung folgt.)

Entwürfe

von Bestimmungen, betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit.

Gruppe IV der Gewerbebestimmungen. Industrie der Steine und Erden.

Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
---	---

1. Glasbläuen.

Der ununterbrochene Betrieb der Schmelzöfen behufs Herstellung der Glasmasse.

In Tafelglasbläuen die ununterbrochene Verarbeitung der Glasmasse.

In Grünhohlglasbläuen mit Mannöfen bei dreischichtigem Betriebe die Verarbeitung der Glasmasse, jedoch mit einer 12stündigen Unterbrechung.

In Grünhohlglasbläuen mit Gasöfen an dreien von vier aufeinander folgenden Sonntagen sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen die Verarbeitung der Glasmasse bis 12 Uhr Mittags.

In Gussglasbläuen an dreien von vier aufeinander folgenden Sonntagen sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen die Verarbeitung der Glasmasse bis 9 Uhr Vormittags.

Die vorstehenden Ausnahmen finden, abgesehen von dem Betriebe der Schmelzöfen, auf den ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingsttag keine Anwendung.

2. Kalk- und Gipsbrennereien.]

Bei Schachtöfen ohne besondere Feuerung das Beschieben der Öfen bis 9 Uhr Vormittags.

Bei Schachtöfen mit Kofffeuerung das Beschieben der Öfen und das Ziehen des Arbeitserzeugnisses bis 9 Uhr Vormittags.

Bei Ring- und Kammeröfen an mehreren aufeinander folgenden Sonn- und Festtagen mit Ausschluß des ersten dieser Tage das Herausnehmen der Arbeitserzeugnisse und das Einsetzen der Rohstoffe bis 9 Uhr Vormittags.

Bei Stagenöfen der ununterbrochene Betrieb mit Ausschluß der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends.

Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105 c Absatz 3 der Gewerbeordnung zu gewähren.

Vor oder nach den ganz oder theilweise in den Sonn- oder Festtag fallenden Arbeitsschichten ist den Arbeitern eine Ruhezeit zu gewähren, welche mindestens die dreifache Dauer einer werktägigen Schicht beträgt.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

für zwei aufeinander folgende Sonn- und Festtage entweder 36 Stunden oder für jeden der beiden Tage 28 Stunden

für die übrigen Sonn- und Festtage 28 Stunden.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

für einen von vier aufeinander folgenden Sonntagen 36 Stunden,

für die übrigen Sonntage sowie für die nicht auf einen Sonntag fallenden Festtage 18 Stunden.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

für einen von vier aufeinander folgenden Sonntagen 36 Stunden.

Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105 c Absatz 3 der Gewerbeordnung zu gewähren.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

a) für das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest, sowie für zwei aufeinander folgende Sonn- u. Festtage entweder 36 Stunden oder für jeden der beiden Tage 24 Stunden

b) für die übrigen Sonntage entweder 24 Stunden oder für jeden zweiten Sonntag 36 Stunden.

3. Zementfabriken.

Bei Ringöfen das Nachfüllen von Rohstoffen.

An mehreren aufeinander folgenden Sonn- und Festtagen mit Ausschluß des ersten dieser Tage das Herausnehmen der Arbeitserzeugnisse aus den Ringöfen und das Einsetzen der Rohstoffe bis 9 Uhr Vormittags.

Die Heizung der Trockenrichtungen (Darren).

Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105 c Absatz 3 der Gewerbeordnung zu gewähren.

4. Porzellanknopf-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Brennöfen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden

oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden.

Der Reichskanzler ist befugt, Abweichungen hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesamtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen.

Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die denselben zu gewährenden Ruhe muß mindestens das Maß der den abgedienten Arbeitern gewährenden Ruhe erreichen.

Gruppe V und VI der Gewerbebestimmungen. Metallverarbeitung.

Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate.

1. Emailierwerke.

Der ununterbrochene Betrieb der Schmelzöfen für Emailiermasse. Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Die im Betriebe der Schmelzöfen beschäftigten Arbeiter sind an drei von je vier Sonntagen von jeder Arbeit freizulassen.

Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
---	---

2. Anlagen zur Entzinnung von Weißblech auf elektrolytischem Wege.

Der Betrieb mit Ausschluß der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

für zwei aufeinander folgende Sonn- u. Festtage entweder 36 Stunden oder für jeden der beiden Tage 24 Stunden,

für die übrigen Sonntage entweder 24 Stunden oder für jeden zweiten Sonntag 36 Stunden

3. Fabriken für elektrische Maschinen und Apparate.

Die Prüfung von Dynamomaschinen und Apparaten.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster-, Himmelstags- und Pfingstfest keine Anwendung.

Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105 c Abs. 3 der Gewerbeordnung zu gewähren.

Gruppe VII der Gewerbebestimmungen. Chemische Industrie.

1. Schwefelsäure.

Der ununterbrochene Betrieb der Röhren, der Kondensations- und Konzentrationseinrichtungen sowie der Transport der Säure zu dem Lagerraum durch die ohnehin zum Betriebe der Konzentrationseinrichtungen erforderlichen Arbeiter.

Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern:

entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden

oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden.

Der Reichskanzler ist befugt, Abweichungen hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesamtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen. Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die denselben zu gewährenden Ruhe muß mindestens das Maß der den abgedienten Arbeitern gewährenden Ruhe erreichen.

2. Fabriken zur Herstellung von Schwefelsäuremonohydrat.

Der ununterbrochene Betrieb der Kälteerzeugungsmaschinen sowie das Beschieben und Entleeren der Gefrierzellen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

3. Schwefelsäureanhydrid-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Röhren, der Schwefelbrennungsofen, der Anhydrid- oder Oxydationsöfen und der Apparate zur Darstellung von Sauerstoff, sowie der Transport des verpackten Fabrikats zu dem Lagerraum durch die ohnehin zum Betriebe erforderlichen Arbeiter.

Wie zu 1.

4. Sulfat- und Salzsäure-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Sulfatöfen und der zugehörigen Salzsäure-Kondensations-einrichtungen.

Der ununterbrochene Betrieb der Zerlegungsofen für Chlor-magnesium, der zugehörigen Salzsäure-Kondensations- und Konzentrationseinrichtungen sowie der Chlorabsorptionseinrichtungen.

Die vorstehenden Ausnahmen finden auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

5. Soda- und Pottasche-Fabriken:

a) nach dem Leblancverfahren.

Der ununterbrochene Betrieb der Soda- und Pottasche-Schmelzöfen, der Kalkinieröfen, der Laugeerei, der Konzentration und der Kristallisation.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

b) nach dem Ammoniakoda-Verfahren, sowie nach dem Magnesia- und Ammoniak-Magnesia-Verfahren.

Der Vollbetrieb mit Ausnahme der Zuführung von Holz und Brennstoffen zur Fabrik, sowie des Verpackens und Verladens des Fabrikats.

Wie zu 1.

c) Anlagen zur Gewinnung von Pottasche aus Rübenmelasse.

Der ununterbrochene Betrieb der zum Eindampfen der Schlempe dienenden Apparate und Öfen, der Kalkinieröfen, der Laugeerei, der Konzentration und der Kristallisation.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

d) Anlagen zur Gewinnung von Pottasche aus Wollschweiß.

Der ununterbrochene Betrieb der Öfen, der Laugeerei, der Konzentration und der Kristallisation.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

6. Kalkali-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Kalkinierung, der Vakuum- und Konzentrierapparate, sowie der Schmelzöfen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
---	---

7. Kali-Fabriken.

Das Eindampfen der Chlor-magnesiumlauge und das Abfüllen derselben in Fässer.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- u. Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

Der ununterbrochene Betrieb der Chlorerweiterer u. der Chlorabsorptions-Einrichtungen, sowie der Kompressionspumpen bei der Fabrikation von flüssigem Chlor.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- u. Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

9. Blutlaugensalz-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Schmelz- u. der Kalkinier-Öfen, der Laugeerei, der Konzentration u. der Kristallisation, sowie die Heizung der Trockenräume.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- u. Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

10. Rhodansalz-Fabriken.

Die Konzentration der Lauge.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

11. Fabriken zur Gewinnung von Ammoniak.

Der Betrieb der regelmäßig ununterbrochen betriebenen Ammoniak-Destillierapparate.

Der ununterbrochene Betrieb der nicht kontinuierlichen Apparate der Kohlendestillationsanstalten.

Für die übrigen Destillierapparate der ununterbrochene Betrieb während der Monate November bis März, sowie die zur Beendigung angefangener Destillationen erforderlichen Arbeiten während der übrigen Monate.

Wie zu 1.

b) Ammoniaksalzen.

Der ununterbrochene Betrieb der Sättigungs-, der Konzentrations- und Kristallisationseinrichtungen sowie die Heizung der Trockenräume.

Wie zu 1.

12. Fabriken zur Gewinnung doppelt kohlensäurer Salze.

Die Wartung der Kohlenensäure-sättigungs-Apparate und die Kristallisation in denjenigen Anlagen, welche natürliche Kohlen-säure verwenden.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

13. Wasserglas-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der kontinuierlichen Schmelzöfen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

14. Chromatfabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Eindampf- und Schmelzöfen, der Laugeerei, der Konzentration und der Kristallisation, sowie die Heizung der Trockenräume.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

15. Fabriken zur Herstellung von übermangansaurem Kali.

Der ununterbrochene Betrieb der Schmelzöfen, der Laugeerei einschließlich der Sättigung der Lauge mit Kohlen-säure, der Konzentration und der Kristallisation.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

16. Schwefelnatrium-, Chlorbarium-, Chlorcalcium- und Antichlor-Fabriken.

Der ununterbrochene Betrieb der Reduktions- und Schmelzöfen, der Laugeerei, der Konzentration und der Kristallisation.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

17. Fabriken zur Darstellung von Alaun- und Thonerdepräparaten.

Der ununterbrochene Betrieb der Gradierwerke, der Konzentrations- und Kristallisationseinrichtungen.

Der ununterbrochene Betrieb der Kalkinier- (Muffel-) Öfen, der Schmelzöfen und der Darren.

Die vorstehenden Ausnahmen finden auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

Wie zu 1.

18. Ultramarinfabriken.

Die Unterhaltung der Feuer an den Öfen und an den Trocken-einrichtungen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

19. Fabriken zur Herstellung gebrannter Magnesia.

Der ununterbrochene Betrieb der Glühöfen.

Diese Ausnahme findet auf das Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.

Wie zu 1.

Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.	Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.	Bezeichnung der nach § 105 d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
20. Strontianitfabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Revolveröfen, der Kalkinieröfen und der Kammer- (Glüh-) Öfen sowie der Lauge- und der Konzentration und der Kristallisation. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	32. Oxalsäure-Fabriken. Die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Schmelzen. Das Eindampfen der Kalkfällungen. Der ununterbrochene Betrieb der Lauge- und der Konzentration und der Kristallisation sowie der Abdampf- und Glühöfen. Die vorstehenden Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Absatz 3 zu gewähren. Wie zu 1.	Der ununterbrochene Betrieb der zur Gewinnung des Paraffins und Weich-Paraffins benutzten Eis- und sonstigen Kühlapparate. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung. Die Gewinnung von Weich-Paraffin durch Ausnutzung der Winterkälte.	Wie zu 1.
21. Flußsäurefabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Destillirapparate und der Säure-Kondensations- und der Säure-Konzentrations- und der Säure-Pumpen. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	33. Pikrinsäure-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb bei den Sulfonierungs- und Nitrierungsprozessen. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	3. Palmkernöl-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb während der Monate Oktober bis März. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts- und Osterfest keine Anwendung.	Wie zu 1.
22. Fabriken zur Herstellung flüssiger Kohlenäure. Der ununterbrochene Betrieb der Kohlenäure-Entwickler und der Kompressionspumpen während der Zeit vom 15. Mai bis 15. September. Diese Ausnahmen finden auf das Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	34. Saccharin-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Apparate zur Wiedergewinnung des Toluols aus toluolsulfosauren Salzen sowie die Heizung der Trockenräume. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	4. Petroleumraffinerien. Die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Destillationsprozesse.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren.
23. Fabriken zur Herstellung von komprimiertem Sauerstoff und Wasserstoff. Der ununterbrochene Betrieb der Apparate zur Darstellung von Sauerstoff, sowie der Kompressionspumpen. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	35. Glycerin-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Destillirapparate. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	5. Anlagen zur Entfettung von Knochen. Die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Extraktionen und die Entleerung der Extraktoren.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren.
24. Fabriken zur Herstellung von künstlichem Dünger. Die Herstellung und das Verpacken der Düngemittel, das Beladen von Eisenbahnwagen und Schiffen bis zu 5 Stunden während der Monate Februar, März und April, August, September und Oktober. Diese Ausnahmen finden auf das Osterfest keine Anwendung. Der ununterbrochene Betrieb der Lauge- und der Konzentration bei der Gewinnung von Phosphorsäure und Doppelsuperphosphaten, sowie der ununterbrochene Betrieb der Darren. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	36. Holzdestillations-Anstalten. Der ununterbrochene Betrieb bei der Verkohlung in Retorten. Der ununterbrochene Betrieb der zur Trennung und Reinigung der Destillationsprodukte bestimmten Destillirapparate. Der ununterbrochene Betrieb der Kristallisation essigsaurer Salze. Die vorstehenden Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	6. Leim-Fabriken. a) Anlagen mit ununterbrochenem Betriebe. Die Behandlung von Knochen mit Säuren (Maceration) und das Verkohlen des Leimgutes zu Leimbrühe. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung. b) Anlagen, welche nicht das ganze Jahr hindurch betrieben werden. Der ununterbrochene Betrieb während der Monate April bis November. Diese Ausnahme findet auf das Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.
25. Fabriken zur Herstellung von Barut-Präparaten einschließlich des Lithopons. Der ununterbrochene Betrieb der Reduktions- und der Kalkinieröfen, der Lauge- und der Konzentration und der Kristallisation. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	37. Fabriken zur Destillation von Theer und Theerölen. Die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Destillationsprozesse und die Entleerung der Destillirapparate. Der ununterbrochene Betrieb der Desregenerir-Apparate bei der Gewinnung von Benzol aus den Gasen der Kohlen-Destillations-Anstalten.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Absatz 3 zu gewähren. Wie zu 1.	7. Samenfleng-Anstalten. Der ununterbrochene Betrieb der Darren. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.
26. Fabriken zur Herstellung von Bleiweiß, Kremsweiß, Rennige und bleisaurer Salze. Der ununterbrochene Betrieb der Oxydations- und der Trockenschmelzen mit Ausnahme des Entleerens und Beschildens. Der ununterbrochene Betrieb der Lauge- und der Niederschlagsapparate mit Ausnahme des Entleerens und Beschildens der letzteren in Fabriken, welche das Bleiweiß (Kremsweiß) aus Lösungen fällen. Der ununterbrochene Betrieb der Rennigöfen und der Schmelz- oder Abhöfen zur Darstellung bleisaurer Salze. Die vorstehenden Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	38. Fabriken zur Herstellung organischer Farbstoffe und ihrer Zwischenprodukte. Der ununterbrochene Betrieb der Kristallisation sowie die Heizung der Trockenräume. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung. Im übrigen darf von diesen Ausnahmen an denjenigen Sonn- und Festtagen kein Gebrauch gemacht werden, an welchen nach 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnene Prozesse (Nitrierungs-, Sulfonierungs- und Sulfurierungs-, Chlorierungs-, Bromierungs-, Jodierungs- sowie Reduktions-, Oxydations- und Schmelzprozesse, Prozesse, welche nur bei niedrigen, künstlich erzeugten Temperaturen oder bei höherem Druck vor sich gehen, Sublimations- und Destillationsprozesse u. a.) auf Grund des § 105c der Gewerbe-Ordnung über 6 Uhr Morgens hinaus fortgeführt werden.	Wie zu 1.	8. Wachsbleichereien. Das Anwenden der zur Beleuchtung ausgelegten Wachsstreifen während der Monate April bis November. Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren.	Wie zu 1.
27. Zinkweißfabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Zinkverbrennungsöfen und der zugehörigen Apparate und Maschinen. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	Gruppe VIII der Gewerbebestimmungen. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoff-, Fettöle und Firnisse. 1. Stearin-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Fett- und Destillirapparate. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	Gruppe X der Gewerbebestimmungen. Papier und Leder. 1. Zellstoff-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Zellstoffkocher und der Entwässerungsmaschinen sowie der Laugebereitung. Diese Ausnahmen finden, abgesehen von der Sulfatlaugebereitung unter Verwendung der im eigenen Betriebe durch Rosten geschwefelter Erze gewonnenen schwefeligen Säure, auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung. Der ununterbrochene Betrieb der zum Eindampfen der Endlauge verwendeten Öfen und Apparate.	Wie zu 1.
28. Schmalzfabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Schmelzöfen. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	2. Braunkohlentheer-Destillations-Anstalten (Paraffin-, Solaröl-, Mineralölfabriken u. s. w.). Die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Destillationsprozesse.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren.	2. Papier- und Pappen-Fabriken. Der Betrieb des Mahlzeuges (Holländer, Kollergänge) innerhalb 12 Stunden vor der Wiederaufnahme des werktätigen Betriebes der Papiermaschinen. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung. Das Trocknen der Pappdeckel im Freien und die Heizung von Trockenräumen. 3. Leder-Fabriken. Das Trocknen des Sattleders und das Weichen des Samtleders im Sonnenlichte.	Den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern: entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden. Der Reichskanzler ist befugt, Abweichungen hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesamtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen. Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die denselben zu gewährenden Ruhe muß mindestens das Maß der den abgelassenen Arbeitern gewährten Ruhe erreichen.
29. Antimonoxydfabriken. Bei der Zerlegung des Schwefelantimons durch Säure die Beendigung der vor 6 Uhr des vorübergehenden Abends begonnenen Operationen.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 zu gewähren.	3. Zinnoxid-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Oxydationsöfen und der kontinuierlichen Schachtöfen von mehr als sechstägiger Brennauer. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	4. Feder-Fabriken. Das Trocknen des Sattleders und das Weichen des Samtleders im Sonnenlichte.	Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren.
30. Zinnoxid-Fabriken. Der ununterbrochene Betrieb der Oxydationsöfen und der kontinuierlichen Schachtöfen von mehr als sechstägiger Brennauer. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	31. Pulver- und Sprengstoff-Fabriken. Die Heizung der Trockenräume. Die Bedienung der Rieselfuhrbrennöfen durch die zur Unterhaltung der Feuer ohnehin erforderlichen Arbeiter. Diese Ausnahmen finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest keine Anwendung.	Wie zu 1.	Gewerkschaftliches. Achtung! Zugang von Tischlern und Drechslern nach Helmstedt (Saalfeld'sche Tischfabrik) ist wegen Lohn-differenzen streng fernzuhalten. Ferner ist der Zugang fernzuhalten: von Tischlern nach Buchapek; von Tischlern und Stellmachern nach Gütrow i. M. (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Holzbildhauern, Drechslern und Tischlern nach Nordhausen (Firma: W. Gustav Köhler, Inhaber: Krippendorf und Jacher); von Drechslern nach Lauterberg (Fabrik Hilsgeiß); von Tischlern, Drechslern, Holzbildhauern und Möbelpolierern nach Goslar (Weiß'sche Möbelfabrik); von Tischlern und Drechslern nach M. Gladbach (Kambel's Werkstätte); von Glasern nach Plensburg. In Ilmenau haben die Schneider der Firma Kierstein wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.	Wie zu 1.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboykotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Haut dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft anwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesamte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernherhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfernuth. Und an Euren Opfernuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchzuführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Meichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Züddeutsche Brauerei, Karl Rinz u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Joh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenaalder, Niederlage bei Franz Heiser, N., Lichtenfeld 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D. Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichtenfeld.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Belleramstr. 71a/72.
- Brauerei Datz, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marthen, Belleramstr. 6.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 18. Oktober, Nachmittags 5 Uhr.
Der neugewählte Stadtverordnete Sanitätsrath Ruge wird zu Beginn der Sitzung in sein Amt eingeführt und auf die Städte-Ordnung verpflichtet.

In die Deputation für die Gaswerke wird in engerer Wahl mit 68 gegen 41 Stimmen Stadtv. Peter gewählt. Im ersten Wahlgang hatte auch Stadtverordneter Rehner 14 Stimmen erhalten.

Die Beschaffung von 10 neuen Sprengwagen wird beschlossen, der Zuschlag auf Uebernahme der Wespennagel, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Rehr- und Krähmaschinen für die 8 Jahre 1. April 1895/98 dem Unternehmer A. Brehme, Schulstr. 40, ertheilt.

In den Enden der Viehhofsperre zwischen den städtischen Behörden und den staatlichen Instanzen gepflogenen Korrespondenz legt der Magistrat vor. Stadtv. Talle bedauert, daß der Landwirtschaftsminister fast 8 Monate auf eine Antwort hat warten lassen, und hält für tadelnswürdig, daß der Magistrat sich solches gefallen ließ und in der Zwischenzeit einfach die Hände in den Schoß gelegt hat. Er bittet dringend, doch durch Abwendung einer Deputation oder sonstwie praktisch zu erproben, ob die Macht dieses Ministers denn gar keine Grenzen hat.

Stadtrath Häbner protestirt gegen diesen Vorwurf; es gebe einfach kein weiteres Mittel, die Angelegenheit zu beschleunigen.

Stadtv. Langerhans ist dagegen der Meinung, daß in dieser die Stadt so sehr berührenden und namentlich die Volkswirtschaft schwer schädigenden Angelegenheit das Aeußerste versucht werden müsse. Die diskretionäre Macht eines einzelnen Thierarztes könne schließlich zur dauernden Schließung des städtischen Viehhofs führen, obwohl er andauernd feuchtfrei sei. Der Magistrat sollte doch durch eine Deputation den Minister selbst eines Besseren zu belehren versuchen, eocent. an das Staatsministerium appelliren.

Tamit wird der Gegenstand verlassen.

Der Stadtv. Singer hat mit Unterstützung sämtlicher sozialdemokratischen Mitglieder folgenden Antrag am 10. Oktober er. eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. Vom 1. April 1895 ab für alle von den städtischen Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen;

2. von demselben Termine an die mit der Ausführung städtischen Arbeiter beauftragten Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, für die zu diesem Zwecke beschäftigten Arbeiter ihrer Betriebe eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen.

Stadtv. Singer: Die Einführung des achtstündigen Arbeitstages beschäftigt seit einigen Jahren die ganze zivilisierte Welt. Parlamente und städtische Verwaltungen, Kongresse von Arbeitern und Arbeitgeberern widmen der Frage so andauernde Aufmerksamkeit, daß seine allseitige Einführung nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Unser Antrag hat ja in der Presse schon einige Beachtung gefunden und die heutige „Vossische Zeitung“ behandelt ihn ebenfalls. „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch den Herrn Verfasser!“ Ich hoffe, in dieser Versammlung wird die Angelegenheit heute Abend weniger oberflächlich erörtert. Die große Anzahl unserer städtischen Bureaubeamten hat 7 Stunden Arbeitszeit, die städtischen Lehrer Alles in Allem auch nicht mehr wie 8 Stunden täglich. Wenn Hunderte Bureaubeamte, Tausende von Lehrern und Lehrerinnen derart die Forderungen der Wohlfahrt und der Hygiene an sich erfüllt sehen, während man behauptet, den Arbeitern gegenüber geht das nicht, so wird der Beweis für das Vektore heute von den Gegnern des Antrages zu erbringen sein; ich bin überzeugt, daß er nicht gelingen wird. Die Befürchtung, daß die Industrie konkurrenzunfähig werden würde mit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages, ist ebenfalls hinfällig. Erst ganz vor kurzem hat die Schweizerische Nord-Ostbahn-Gesellschaft diese Arbeitszeit eingeführt, ebenso die Pferdeabzugsgesellschaft in Gundersfeld für ihre Angestellten. Die englische Regierung hat durch den Kriegsminister den Parlamenten verkündet lassen, daß sie bereits angefangen hat, die achtstündige Arbeitszeit in allen Arsenalen einzuführen. In dem Bericht über diesen ersten Versuch wird bemerkt, daß für ca. 23000 Arbeiter diese Arbeitszeit eingeführt ist, und es ist dabei möglich gewesen, 4000 Arbeiter mehr einzustellen. Natürlich ist in den englischen Werkstätten geradezu von einer Bekämpfung des Arbeitslohnes die Rede gewesen, wie wir dergleichen mit unserem Antrag beabsichtigen. Ferner hat eine große Fabrik in Manchester für ihre 1200 Arbeiter diesen achtstündigen Arbeitstag eingeführt und zwar zunächst versuchsweise auf ein Jahr. Der Versuch wurde in einer Zeit sehr starken gewerblichen Niederganges gemacht, trotzdem ist der Umsatz der Fabrik auf der alten Höhe geblieben. Ein Drittel der Arbeiter war auf Stücklohn, zwei Drittel auf Wochenlohn beschäftigt. Die Löhne sind beibehalten, keine Ueberstunden, keine Sonntagsarbeit gemacht worden, und trotzdem erklärt der Inhaber der Fabrik, daß er alle Ursache habe, mit dem Ergebnisse zufrieden zu sein. Aber auch unser eigenes Land bietet uns erfreuliche Erscheinungen auf diesem Gebiete. Der Gewerberath v. Stalpnagel für Berlin und Charlottenburg theilt in dem Bericht von 1892 mit, daß in der Stahlfabrik von Heintze und Blankerz und in der Holzjalouise-Fabrik von Freese der achtstündige Arbeitstag ohne Lohnverlängerung und mit demselben günstigen Erfolge eingeführt ist. Es ist also auch der Nachweis dafür, daß finanzielle Nachteile sich nicht ergeben, mit diesen Beispielen geführt. Auch die 18. Session des internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie in Pest hat sich in einer energischen Resolution für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages ausgesprochen. Charakteristisch war, daß der Vorsitzende dieser Session mittheilte, daß er einen Fabrikant als Referenten nicht habe gewinnen können, weil ein solcher als Mann der Wissenschaft und Praktiker nicht gegen den achtstündigen Arbeitstag sprechen könne, aber aus Sorge um die materielle Existenz nicht dafür sprechen wolle. (Hört! Hört!) Bei dem Fabrikanten Freese ist der Lohn seit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages nicht gesunken, sondern der Durchschnittslohn sogar gestiegen. Nimmt man hinzu den außerordentlichen sozialpolitischen Nutzen des achtstündigen Arbeitstages, daß er die Beschäftigung zahlreicher Arbeitslosen ermöglicht, so stehen die Urtheile der Veneration außer Frage. Der Einwand, daß die Stadt auf diesem Gebiete nicht vorangehen dürfe, wird mit Unrecht erhoben. Die Stadt hat die Verpflichtung, das zu thun, und selbst wenn finanzielle Opfer damit verbunden wären, so würden sie besser hierfür ausgegeben, als für Straßenausschmückungen bei Fürstentumlichkeiten, für Denkmäler u. dgl. (Unruhe.) Der zweite Theil unseres Antrages fordert ebenfalls nichts Unausführbares. Auch das zeigen andere Städte und den Weg. Der Convent Council in London schließt mit seinen Kontraktoren Verträge mit dieser Klausel; dasselbe geschieht in Nougair — und was dort möglich ist, sollte es auch in Berlin sein. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wenn nur erst einmal die städtischen Behörden sich entschlossen haben werden, sich mit der Sache zu beschäftigen, wird bald aus dem Saulus ein Paulus werden. Ich empfehle Ausschussberatung, um nicht die Angelegenheit in einer Eintags-

berathung zu begraben und weil finanzielle Mittel durch seine Annahme erforderlich werden. Entschließen Sie sich, der Frage näher zu treten, so wird das mehr werth sein, als alle Versicherungen, daß auch Sie Interesse für die Arbeiterklasse haben.

Es geht ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Singer ein. (Vereinzelt Bravo.)

Stadtv. Hermes (für die Tagesordnung) hält zwar eine Diskussion über die Angelegenheit für überflüssig (So? bei den Sozialdemokraten), will aber doch wenigstens die Bemerkung gegen die Begründung machen, daß die Ausrückung der Sache allgemein bei den Beschäftigten-Faktoren verständlich gewesen wäre, dagegen die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Berlin nicht weiter als ein Wandern der Arbeitslosen von außerhalb nach Berlin und selbstverständlich ein Herabdrücken der Löhne zur Folge haben würde, während auf den Länden ein Arbeitermangel einträte würde. Den Ausführungen des Antragstellers lasse sich zustimmen, wenn der von ihm empfohlene Zwangsverzug wegfiele. Die Bestimmungen nach Verlängerung der Arbeitszeit sind sehr dankenswerth und auf dem Wege der Freiwilligkeit wird vieles erreicht. Die Stadt Berlin ist ein großer Arbeitgeber, und Berlin hat sich denjenigen Grundfragen zu fügen, welche in allgemeinen wirtschaftlichen Leben gelten; die Stadt würde sonst diejenigen außerordentlich begünstigen, welche zufällig in den städtischen Betrieben arbeiten und diese Bevorzugung würde stattfinden auf Kosten der Steuerzahler. Berechtigten Klagen der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter sind nicht laut geworden. Warum überhaupt gerade acht Stunden als normale Zeit? Viele Gelehrte sind für neunstündige Arbeitszeit, anderen sind schon 7 Stunden viel zu viel. Und wo bleibt die gleichmäßige Arbeitsleistung? Bei der Straßeneinigung kann doch in 8 Stunden nicht dasselbe, wie in 10 Stunden geleistet werden. Was in dieser Beziehung ausgeführt ist, trifft nur auf einzelne industrielle Betriebe zu. Zwang ist ungeradeherig und nur da zulässig, wo es sich um ungesunde Betriebe handelt oder um solche, wo die Beschäftigten sich selbst zu helfen nicht in der Lage sind. Die Verschwiegenheit der Betriebe verbietet von selbst die gleichmäßige Bemessung der Arbeitszeit. Gerade vom arbeitervreundlichen Standpunkte muß man für den Uebergang zur Tagesordnung sein. Der zweite Antrag würde ebenfalls nur zur Folge haben, daß die Steuerzahler bluten müssen für die theuren Produkte, welche Unternehmer nur liefern können, denen nur eine achtstündige Arbeitszeit gestattet ist. Nur der sozialdemokratischen Doktrin wegen wollen wir aber die Steuern nicht erhöhen!

Stadtv. Sachse II spricht deshalb gegen die Tagesordnung, weil er für besser hält, durch eine motivirte Tagesordnung die Wiederkehr solcher Anträge ein für alle Mal zu verhindern. Zum ersten Male treten die sozialdemokratischen Mitglieder hier als politische Partei auf, indem sie einen Satz ihres Ersten Programms zur Agitation und Propaganda benutzen. Wenn Herr Singer glaubt, die Stadtverwaltung würde sich entschließen, auf diesen Boden zu treten, so hat ihm wohl ein kleiner Schalk im Nacken gesehnen. Worauf es ankommt, warum Berlin berufen und verpflichtet ist, ein solches Experiment zu machen, das hat er nicht begründet, gleichwohl geht er spöttisch über Zeitungartikel hinweg, die ihm widersprechen. Wer sich an die Kommunen wendet, ein wirtschaftliches Wesen, um von ihr zu verlangen, daß sie besondere Festsetzungen entgegen den Festsetzungen des Arbeitsmarktes trifft, beschränkt die Freiheit des Arbeitsvertrages. Wir würden das für einen Mißbrauch halten. Sie wollen lediglich eine große Demonstration nach außen machen; es handelt sich darum, die gelockerten Reihen Ihrer Genossen (Stümische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) wieder zusammenzubringen. Die schlechten Beispiele, die man bei dem Boykott gemacht hat, will man hier bei dem achtstündigen Arbeitstage wieder gut machen. Bei dem Boykott hat es sich gezeigt, daß man auf gewisser Seite nicht mehr schiebt, sondern geschoben wird. (Lofender Beifall bei der Mehrheit. Stadtv. Singer, mit der Faust auf den Tisch schlagend: Aber gehört denn das noch hierher?) Man wolle einfach die Versammlung zu einer bequemen sozialdemokratischen Demonstration mißbrauchen! (Andauernder großer Lärm.)

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich verwahre mich auf das Ausdrücklichste dagegen, daß ein Mitglied der Versammlung unter der Maske, gegen die Tages-Ordnung zu sprechen, in die materielle Diskussion eingeht und in einer geradezu unerhörten Weise Dinge vorbringt, die absolut nicht zur Sache gehören, geschäht nach der Geschäftsordnung durch das Privilegium, daß nach ihm niemand mehr zu Worte kommt! (Stürmische Zwischenrufe und fortwährender Lärm; Ruhe bei den Sozialdemokraten:)

Unverschämte Freigebigkeit! (Freigebigkeit!) Ich verwahre mich weiter gegen die von Herrn Sachs II beliebte Auslegung der Geschäftsordnung, welche Mitgliedern der Versammlung verwehren will, Anträge zu wiederholen. Die sachliche Antwort werde ich Herrn Sachs II bei der Begründung unseres nächsten Antrages geben. (Rufe: Größenwahn!)

Stadt. Sachs II (zur Geschäftsordnung) lehnt es ab, sich bei Herrn Singer darüber Rathes zu erholen, wie er die Begründung seiner Anträge einurichten habe.

Stadt. Stadhagen bittet ums Wort zur persönlichen Bemerkung, erhält es aber nicht, da er in der Debatte nicht genannt worden sei. Zur Geschäftsordnung erhält er das Wort, um zu erklären, daß der Stadt. Sachs II direkt den Ausdruck gebraucht habe, die Sozialdemokraten hätten die Versammlung mißbraucht, und daß er gegen die darin liegende Freigebigkeit und Unverschämtheit Protest einlegen müsse.

Diese Worte werden mit ungeborenen Lärm aufgenommen, der geraume Zeit anhält und aus dem man vornehmlich den Ruf: Hauss! vernimmt.

Vorsteher Vangerhans ruft den Stadt. Stadhagen zur Ordnung.

Stadt. Stadhagen bittet wiederholt zur persönlichen Bemerkung ums Wort, da er insofern genannt worden sei, als Herr Sachs II von den Antragstellern gesprochen habe.

Vorsteher Vangerhans stellt anheim, eine Klage über seine Geschäftsführung schriftlich einzubringen.

Ein Antrag Sachs II auf motivierte Tagesordnung wird, weil verspätet eingebracht, nicht zur Abstimmung zugelassen.

Der Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Singer wird in namentlicher Abstimmung mit 94 gegen 18 Stimmen beschlossen.

Ein fernerer Antrag des Stadt. Wohlgenuth (unterstützt von 39 Mitgliedern) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung nunmehr baldigst eine Vorlage bezüglich der Verbreiterung der Potsdamerstraße vom Potsdamerplatz bis zur Kuhwiese zu machen.

Die Begründung des Antrags durch den Stadt. Wohlgenuth geht in der Erregung, die die ganze Versammlung nach der explosiven Auseinandersetzung über den Normalarbeitstag durchzittert und sich in lebhaftester Konversation Luft macht, fast völlig verloren. Redner spricht für Ausschüßberatung; die Versammlung beschließt demgemäß ohne weitere Erörterung.

Zur Beschaffung von Diphtherie-Heilserum für die städtischen Krankenhäuser beantragt der Magistrat die außerordentliche Bewilligung von 6000 M.

Stadt. Spinola ladet die Versammlung zum Besuch der Vorträge ein, welche von morgen ab über dieses neue Heilmittel auf Veranlassung der medizinischen Gesellschaft gehalten werden.

Stadt. Birchow weist namentlich auf die Eigenschaft der Immunisierung hin, welche das Mittel wenigstens für gewisse Zeit befreit, sodaß also noch gesunde Kinder derselben Familie durch die Anwendung des Mittels vor Ansteckung geschützt werden können. Die Fortführung der bezüglich noch nicht beendigten Versuche liege sicher auch im Interesse der Stadt; die bisherigen Beobachtungen am Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus gäben die besten Hoffnungen.

Zweckmäßig wäre ebenfalls, wenn die Krankenhäuser das Mittel auch zur Immunisierung der gefundenen Geschwister der in das Krankenhaus eingelieferten diphtherischen Kinder liefern werden.

Stadtrath Straßmann erklärt, es sei allerdings die Absicht, so zu verfahren.

Stadt. Dr. Zabel wünscht, daß auch den Armenärzten dieses immunisierende Mittel derart zugänglich gemacht würde, daß sie bei der Verordnung desselben ungebunden sind; eine derartige Infrage der Krankenhäuser sei für die Armenärzte unangenehm, wenn sie sich des Mittels mit Erfolg bedienen sollen. Da außerdem völlige Vaccinierung noch nicht durchführbar sei, müßte den Armenärzten plein pouvoir eben gegeben werden. Die Herstellung des Serums in Massen könne nur Sache des Staates und der Kommunen sein; den Privaten sie zu überlassen sei ein Unrecht an den Kranken. Solche Mittel sollen der Allgemeinheit zu gute kommen, nicht aber lediglich den Höchster Farbwerken, die dann 10 pCt. Dividende mehr verdienen.

Nach kurzen Erörterungen der Stadt. Spinola und Birchow bemerkt noch Stadt. Dr. Zabel, daß die ganze Diphtherie-Theorie sich noch im Stadium der Versuche befindet und daher die Freigebung des Mittels für die Armenärzte vorläufig im Interesse der Sache und der Krankenkassen unterbleibe. Es gebe zahlreiche Fälle, in denen Diphtherie, auf die zuerst diagnostiziert sei, gar nicht vorliege; man ersehe daraus, daß leicht eine Verschwendung des so mühsam und langsam hergestellten Präparats eintreten könne, die unter allen Umständen zu vermeiden sei.

Die Vorlage wird angenommen.
Schluß 8 Uhr.

Lokales.

Alle Zusendungen, den Lokalen betreffend, sind fortan an Paul Singer, Lindenstr. 44, zu adressieren.

Die Boykottkommission.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure, die am Sonnabend wieder insgesammt veröffentlicht werden, müssen bis spätestens heute Mittag 1 1/2 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Spätere Zustellungen können für die Sonnabend-Nummer auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Herr Zabel löst aus den Spalten der bürgerlichen Presse. Herr Feuerstein hat die Ursache, aus welcher die Boykott-Verhandlungen abgebrochen wurden, entdeckt und nun verzapfen die Presstafeln des Bierings die Feuerstein'sche Weisheit. Der Vorsitzende des Gastwirthsvereins dessen redliche Bemühungen um Herbeiführung des Friedens wir stets anerkannt haben, hat herausgestellt, daß der Einfluß einer Anzahl Personen, welche im Dienste der ringfreien Brauereien stehen, die Beendigung des Boykotts verhindert hat.

Herr Feuerstein läßt in bürgerlichen Blättern einen Erguß folgenden Inhalts vom Stapel:

„Gleichwie Herr Singer, so hat auch Herr Auer fast bis zur letzten Minute vor Abbruch des Verständigungsversuches jedenfalls noch bis 48 Stunden zuvor seinen entschiedenen Wunsch nach Erzielung eines Einvernehmens und seine Genugthuung über meine vermittelnde Thätigkeit kundgegeben. Auch war es Herr Auer, der meinen Vorschlag am 29. September, für die unbedingt ausgeschlossenen vielleicht eine Unterstunde in anderen gewerblichen Betrieben zu beschaffen, zuerst aufgriff und zu dem Behuf eine Liste der betreffenden Arbeiter verlangte. Daß die Verhandlungen trotzdem auch unter Zustimmung des Herrn Auer so schroff abgebrochen worden sind, und daß gerade er die wahrheitsgemäßen hienographischen Aufzeichnungen von jenem Tage anzusehen sucht, kann daher nur auf Vorgängen beruhen, die sich erst in den letzten zwei Tagen vor der Schlussverhandlung vom 18. d. M. abgespielt haben müssen. An welcherlei Vorgängen man dabei zu denken hat, läßt sich unschwer errathen. Soweit ich die Verhältnisse zu durchschauen vermag, handelt es sich in dem gegenwärtigen Stadium des Bierboykotts weit weniger um eine von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft etwa allseitig gewollte Fortsetzung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, Unternehmern und Arbeitern, als um einen Interessenkampf, dessen Schüren man hauptsächlich in denjenigen Brauereien und Bierbäckereien zu suchen hat, für welche der Bierboykott geradezu die Nährmutter ist. Nach der ganzen Stimmung, wie sie während mehrerer

Wochen innerhalb der Boykottkommission einschließlich der Herren Auer und Singer geherrscht hat und in den Verhandlungen zu Tage trat, ist man zu der Annahme ebenso gezwungen wie berechtigt, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei in der Fortsetzung des Boykotts keinen sonderlichen Gewinn für die Partei als solche erblicken und lieber heute als morgen ein Ende machen würden. Das ist ja auch um so begründlicher, als bei Einstellung des Zwistes in Wirklichkeit niemand „auf der Strecke bleibt“ — da die bewußten 33 Mann zweifellos ohne Schwierigkeiten unterzubringen wären, nöthigenfalls im Gastwirthsgewerbe —, wogegen bei Fortdauer des Boykotts nach wie vor Hunderte arbeitslos und ohne Aussicht auf Arbeit bleiben müßten in dem Partei-Interesse ist daher die Hauptquelle des Widerstandes gegen das Entgegenkommen der Brauereien zu finden, sondern vielmehr in den rein persönlichen Sonderinteressen der kleinen Brauereien und Bierbäckereien, welche als ringfreie Brauereien und sozialdemokratische Bierbäckereien wie Vampyre an dem Boykott fest- und vollsaugen und daher an das Ende des Boykotts nur mit Widerwillen denken. Wenn eine hiesige Brauerei, wie es thatsächlich der Fall ist, in Folge des Boykotts so viel Absatz hat, daß sie nicht genug Bier schaffen kann und aus Dresden zu 18 M. franko Berlin Bier bezieht, um es hier mit 21 M. weiter zu verkaufen, so ist ihr natürlich nicht damit gedient, daß der Boykott aufhört. Und wenn Herr Zabel als Bierbäckerei, sowie Andere von gleicher Gesinnung und gleichem Gewerbe jetzt ihre Solale gefüllt sehen, so blicken auch sie natürlich dem Tage nur mit Grauen entgegen, wo die Arbeiterschaft wieder nur nach der Güte des Bieres und nicht nach dem Parteistandpunkte des Bierbäckers fragt. Dem leider nur allzu gewichtigen Einflusse solcher Leute ist es, wenn nicht allein, so doch in erster Linie zu verdanken, daß die Bemühungen um Verständigung zwischen Brauereien und Boykottkommission vergeblich geblieben sind. Auf die Boykottkommission ist man geradezu eingestürzt, um sie zu nöthigen, „fest“ zu bleiben. Kein Wunder, daß sie nachgegeben hat und, so sehr sie auch sonst geschränkt wurde, ein schwankendes Ruder in den Händen jener Hintermänner wurde.“

Es scheint als ob Herr Feuerstein die Entschlüsse der Arbeiterschaft nach einem Maßstab beurtheilt, der für die Verhältnisse in den bürgerlichen Parteien vollkommen zureichend ist. In dem Lager der Bourgeoisie wird alles nur nach Geschäftsinteressen entschieden. Nur die Aussicht auf Geldgewinn diktiert die Entschlüsse des Unternehmertums und schreibt namentlich auch dem Brauering die Art seines Auftretens vor. In der Arbeiterschaft kommen diese Interessen nicht zur Geltung. Die Verdächtigungen, welche in dieser Beziehung in einigen bürgerlichen Blättern gegen mehrere unserer Genossen ausgesprochen sind, charakterisiren sich als Ausflüsse der gemeinsten Gesinnungskumperei und sind niederträchtige Lügen und Verleumdungen. Wir können Herrn Feuerstein die Versicherung geben, daß in der bisherigen Führung des Boykotts die Interessen der ringfreien Brauereien auch nicht im entferntesten in Frage gekommen sind, und daß weder irgend etwas unternommen oder unterlassen wurde im Hinblick auf die Stellung oder gar unter Verächtlichmachung der Geschäfts- oder sonstigen Interessen der ringfreien Brauereien. Und so wie es bisher war, so wird es weiter bleiben. Wir und mit uns die Arbeiterschaft Berlins kämpfen in dem uns durch die Brutalität der Bierproben aufgezwungenen Bierkrieg gegen die Ringbrauer, ohne damit nur eine Spur von Sympathie oder Interesse für die ringfreien Bierbäckereien zu verbinden. So sehr wir uns freuen, wenn als eine Wirkung des Boykotts Schultze's Dividende um 8 pCt. sinkt, so gleichgiltig ist es uns, wenn aus derselben Ursache Münchener Brauhaus-Aktien steigen. Diese und ähnliche Erscheinungen des Bierboykotts zu fruchtlosig, überlassen wir den Elementen, denen die Spalten der bürgerlichen Presse zur Verfügung stehen. Wir befinden uns den ringfreien Brauereien gegenüber in dem Zustande vollkommener Wurschtigkeit. Die Arbeiter trinken das ringfreie Bier nicht um den Arrendt und Genossen zu nähren, sondern einzig und allein um die Köpfe und Genossen für ihre brutalen barbarischen Maßnahmen an der Stelle zu züchtigen, wo diese Sorte am empfindlichsten ist — am Geldbeutel.

Haben die ringfreien Brauereien hier von finanzieller Vortheile, wir können es nicht ändern. — Einer Verächtlichmachung dieses Umstandes wird selbstverständlich niemals Raum gegeben werden. Gegenüber dem Besuch der bürgerlichen Presse, die Taktik der Arbeiterschaft mit den Praktiken der Bourgeoisie zu identifiziren, sei es ein für allemal gesagt:

Die Arbeiter Berlins kämpfen in dem Bierboykott gegen den „Ring“, aber nicht für die „Ringfreien“.

Der amtliche Bericht der Saalbesitzer-Kommission, wie er über die letzte Sitzung vom Dienstag Nachmittag gegeben wird („Gasthaus“ Nr. 88), zeigt die Herren in ihrer ganzen Glorie. Je weniger sie Aussicht auf Erfolg haben, desto rabiatere werden sie. Künftig sollen die Unterführungen, wie einer der Heißsporne „anregte“, nur gegen Wechsel gegeben werden, deren Eintreibung in dem Falle zu erfolgen hat, wo ein Unterführer (werkt Du was!) hinterher seine Säle für sozialdemokratische Versammlungen öffnet. Fast noch mehr Ergößen als Entrüstung erregte es, schreibt das „Gasthaus“, daß ein Saalbesitzer eine erhebliche Zuwendung gleichsam zu erpressen — es läßt sich kaum ein anderer Ausdruck wöhlen — versuchte, indem er in seinem Bittschreiben an die Kommission letzterer mit gerichtlicher Klage drohte und dabei die völlig unbeweisbare Behauptung aufstellte, die Kommission sei irgend wann die Verpflichtung eingegangen, für die erforderlichen Entschädigungen der der Saalbesitzer betretene Saalbesitzer mit ihrem Privatvermögen und mit dem Vermögen des Vereins der Berliner Gast- und Berliner Weibierwirthe einzustehen. Selbstverständlich fand dieses Unterführungs-gesuch nur diejenige Erledigung, die demselben gebührt. Das Beste an der Sache war, so bemerkt der Berichterstatter wörtlich, daß der betreffende Bittsteller eigentlich (1) selber der Saalkommission angehört aber allerdings nunmehr — und darüber wird sich wohl niemand wundern — von der Saalkommission als ausgeschlossen betrachtet wird.

Wie muß die Stimmung der übrigen Genossenschaftlichen beschaffen sein, wenn einer der „Führer“ seinen liebwürdigen Kollegen in dieser Weise auf's Dach zu steigen sich getraut; die letzteren haben aber in diesem Falle sehr Recht: sie geben nur so lange, als andere sich bereit finden, für ihren allgemeinen als „unbedachtetes Vorgehen“ bezeichneten Schwabensreich die Kosten zu bezahlen. Hochinteressant ist die Wahrnehmung, daß die Stürmer und Dränger in der Saalbesitzer-Gruppe Jakob, Feuerstein, Wolter u. ausnahmslos keinen Saal an die Arbeiter, aus verschiedenen Gründen, abzugeben haben.

Die sprachlose Redewendung, die Sozialdemokraten könnten in diesem Winter keine Festlichkeiten veranstalten, weil sie das Geld für Unterführungen brauchen, fehlt in dem offiziellen Bericht; vielleicht, weil man sich mit dem letzten Rest von Besinnung noch erinnert, daß man bis vor kurzem genau das Gegentheil geschrieben und die Arrangirung von Festen als Lebensnerv für die Sozialdemokratie bezeichnet hatte. Das war ja ein wesentlicher Bestandteil der gemachten Versprechungen und als Trost für die forschenden Saalbesitzer wiederholt angeführt.

Zur Lokalliste. Der Gastwirth Varnack, Kommandantenstr. 21, der am Sonnabend in der Liste fehlte, schänkt nach wie vor boykottfreies Bier. — Der Gastwirth Vanscher, Jahnsstr. 48 in Brix, verkauft Ringbier und ist von der Liste zu streichen.

Der Verein „Freie Volkshöhne“ hat das Schauspiel „Hildegard Scholl“ von Hullenberger und Främent zur Aufführung angenommen.

Die Wissenschaft im Militärstaat. Gestern war infolge einer Verfügung des neuen Direktors die Universität geschlossen.

Grund: Es fand in der Gegend eine militärische Festlich-keit statt.

Welcher Grad parlamentarischer Vergeßlichkeit und Freigebigkeit unserer liberalen Stadtverordnetenmehrheit gefällt, ersehen unsere Leser aus dem Beifall, den diese arbeitserfreundliche Masse der Rede des Stadtverordneten Sachs II in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zollte. Der ehrenwerthe Herr meldete sich zum Wort gegen den Antrag zur Tagesordnung, sprach und stimmte aber dafür! Weshalb? Die Geschäftsordnung läßt sich, wenn ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt ist, nur noch in einem Neben für und ein e gegen zu. Herr Sachs II hört sich so gern reden — über Geschnack läßt sich ja nicht streiten — überdies galt es, die Sozialdemokratie mund-todt zu machen; was kommt es da einem freisinnigen Führer auf etwas mehr Unehrllichkeit als dort üblich an? Fre also — das Wort erschließen. Den Muth, in der Unehrllichkeit konsequent zu sein und gegen von ihm belämpften Antrag zu stimmen oder sich der Abstimmung zu enthalten, fand Herr Sachs II nicht — Sachs II ist aus Breslau aus in Berlin nicht unbekanntem Gründen eingewandert. Dafür richtete er in dem Bewußtsein, durch die Geschäftsordnung gegen eine gebärende Züchtigung geschützt zu sein, persönliche Invektiven und noch unterhalb der ideoften Manchesterrei stehende banale Rodomontaden und Verdächtigungen gegen die, denen die Geschäftsordnung infolge ihrer Mißhandlung durch Sachs II das Wort verwehrt. Nun — soweit in dem engen Rahmen der Geschäftsordnung möglich, haben unsere Genossen dem „tapferen“ Herrn gebührend auf den Mund geklopft. Der Lärm, den die freisinnige Mehrheit erhob, die Duhende von Schimpfworten, die sie in den Saal hineinstürzten, das Beifallsgejohle zu dem Vorgehen des Herrn Sachs II kennzeichnet zur Genüge, welcher Grad von Bildung, Anstand und Arbeiterfreundlichkeit dieser Sippe beizwohnt.

Ein neues Schauspiel in der Urania ist immerhin ein Ereigniß, das auch die organisierte Arbeiterschaft interessiert; stellt diese doch zu der Zahl der Besucher des wissenschaftlichen Theaters in der Invalidenstraße ein so erhebliches Kontingent, daß die Leitung dieses Instituts bei neuerlicher Gelegenheit ausdrücklich hervorhob, daß zum Theil ein Publikum, auf das man, aufrichtig gestanden, anfänglich kaum gerechnet hatte, zu händigen Gästen der Urania gehören. Hätte der Herr, der sich in diesem Sinne äußerte, den Bildungstrieb der proletarischen Massen, wie auch den der Bourgeoisie zu bemessen früher Gelegenheit gehabt, er hätte sich über das Publikum der Urania nicht so besonders großen Illusionen hingelassen. Die aufrichtigen Freunde der Wissenschaft, die selbst das schöne Unternehmen einer öffentlichen Sternwarte, eines wissenschaftlichen Theaters unterstützt haben, ihnen gebührt Anerkennung für ihr Streben. Aber nur klein ist ihre Zahl und verhältnismäßig gering ist auch die Zahl der Freunde aus bürgerlichen Kreisen, die als Stammgäste die Räume der Urania bevölkern. Wie sollte auch ein Regler- oder Kriegerverein dazu kommen, seinen Mitgliedern den Besuch der Urania zu empfehlen? Das würde ein nettes Kopf-schütteln in der Versammlung geben! Was würde man auch in einem patriotisch-bürgerlichen Verein von Worten halten, wie die in den neuen Vortrag gehörten, daß die Menschheit der Erde es hätte lernen sollen, sich enger aneinander zu schließen zu gemeinsamem gutem, das heißt zu gemeinsam nützlichen Werken und von der Hoffnung, daß es uns gelingen werde, die engen Landesgrenzen zu durchbrechen, wenn es gelte, ein großes Werk zum allgemeinen Wohle zu vollenden? Würde von rohen Gefellen die Vermuthung auch nur begriffen werden, über Wesen auf anderen Planeten, deren Nächsteiliebe sich nicht genug mehr thun kann an den Brüdern ihrer eigenen Welt, und die nun überquellend in das weite All, dort mit anderen Brüdern einen Seelenbund zu knüpfen trachtet?

Patriotismus und vor allem Patriotismus in der heute im verkrüppelten Deutschland geltenden ekelhaften Bedeutung scheidet sich von der Wissenschaft, wie Feuer von Wasser. In dem neuen Vortrag: Durch alle Welten, der von Dr. M. Wilhelm Meyer verfaßt und durch eine Reihe prächtiger Bilder belebt ist, begegnet dem Besucher der Urania manche alte, schon bisher liebgewonnene Vorführung in neuer Form. Die Darstellung der „Welt der Sonnen“ wie auch die der „Welt der Menschen“ bringt, ergänzt von originalen gefärbten Gedankenbildern manche Szenen wieder, die schon bei früheren Vorführungen in etwas veränderter Gedankenumrahmung das Interesse des Zuschauers erweckte. Ganz neu und original ist in dem Vortrage aber der dritte Theil. Während der erste Theil das Werden der Welten im unermesslichen All veranschaulicht, und der zweite „Alt“ sich mit der Entwicklung der Erde befaßt, führt der dritte Theil des Vortrags in die „Welt der Entagsfliegen“. Ein kleines fleisches Erdbich in der Nähe eines Walsumpfes stellt sich riesenhaft vergrößert dar. Marienblümchen in Raumeshöhe, topfgroße Brombeerbüscheln und palmenartig emporstehender Schilf geben der „Landschaft“ eine Gepräge, das lebhaft an die Tropenwelt erinnert. Das ist die Welt, wie ein Insekt, eine Entagsfliege sie sieht. Werden und Vergehen der Vegetation dieses Fleckchens, Sommerzeit, Herbstwehen, Winterschlaf und Frühlingserwachen gieben in Bildern vorüber von wunderbarer Schönheit. Gefront wird diese Vorführung durch ein Naturbild von fast märchenhaftem Zauber: Eine Sommernacht im Mooswald. Die hügelige Landschaft stellt einen riesenhaft vergrößerten Mooswald dar, der aus der Rinde eines Baumes hervorgewächst und durch Glaskäferchen und große glühende Thautropfen wunderbar belebt wird. Besonders diese dritte Skizze des Gedankenfluges „Durch alle Welten“ ist derart original und interessant, daß wir unsere Parteigenossen mit gutem Gewissen den Besuch des neuen Schauspiel empfehlen können.

Von einem belagerten Werthe Mißgeschick ist die Ehefrau des Mechanikers Weßphal in Sigdorf betroffen worden. Frau W. hatte dieser Tage von einem fliegenden Fischhändler eine Anzahl todter Fische billig erworben und bereitet dieselben zum Abendbrot zu, obwohl die Fische bereits stark rochen. Bald darauf verspürte Frau W. in der linken Hand heftiges Prickeln und Stechen und in kurzer Zeit war die Hand stark angeschwollen. Trotzdem verjammte es die Frau, einen Arzt zu Rathe zu ziehen, bis sich die Geschwulst auf dem Arm mitgetheilt hatte und die Schmerzen unerträglich wurden. Nunmehr begab sich Frau W. nach einem Berliner Krankenhaus, wo die Ärzte Intoxikation durch Fischgift, welches durch eine Rißwunde am Mittelfinger eingebracht war, konstatarirten. Um das Leben der Frau zu erhalten, blieb nichts anderes übrig, als den Arm zu amputiren.

Einem aus dem Zuchthause zu Rawitz eingegangenen Telegramm zufolge ist der Straßengefangene, frühere Bankier Hugo Löwy, der daselbst die ihm auferlegte fünfjährige Zuchthausstrafe verbüßt, in der Nacht zum Mittwoch entflohen. Mit ihm soll gleichzeitig ein Aufseher, der ihn zu überwachen hatte, verschwunden sein. Man nimmt an, daß beide Personen über die russische Grenze gegangen sind. Das unlauffende Gerücht besagt, daß es sich um einen lange vorbereiteten Plan handle, zu dessen Gelingen der durch die Nacht des Geldes verführte Gefängnisbeamte mitgearbeitet habe. Es wird erzählt, daß eine Summe von 25 000 M. das Lockmittel gewesen, welchem der Aufseher erlegen sei. In wie weit dies zutrifft, wird die Untersuchung ergeben.

Drei Schiffe, die in unmittelbarer Aufeinanderfolge am Mittwoch Nachmittag um 3 1/2 Uhr abgefeuert, hörten die Ruhe auf dem Flora-Platz im Tiergarten. Als sich ein Schußmann nach der Ursache umsah, bemerkte er einen Mann in seinem Blute liegen, der sich aus einem Revolver drei Kugeln in die rechte und linke Schläfe, sowie in die Stirn abgefeuert hatte. Der Beamte brachte den Verwundeten nach der Charité, wo er sich trotz der Verletzungen sehr unruhig benahm. Er wurde als der 26 Jahre alte Tischler Franz Müller festgestellt, der mit

seiner Ehefrau im Keller des Hauses Lüneburgerstraße 6 wohnt. Obgleich bei Bewußtsein, so war er doch nicht in einem vernunftfähigen Zustande und konnte daher nähere Angaben nicht machen. Die Wunde an der Stirn scheint die am wenigsten gefährliche zu sein, da nach ihrer äußerlichen Beschaffenheit das Geschloß abgeprallt sein dürfte. Ein ärztlicher Eingriff zur Entfernung der beiden anderen Geschosse war am Donnerstag Morgen noch nicht erfolgt.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Morgens fiel ein Mann von der Treppe eines Hauses in der Blücherstraße und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Im Landwehrkanal wurde an der Schleifischen Brücke die Leiche eines Mannes angeschwemmt. — In der Nähe der Köpckebrücke sprang Vormittags ein Mädchen in den Luisenstädtischen Kanal; es wurde jedoch noch lebend herausgezogen. — Mittags gerieth in der Brunnenstraße eine Frau unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt außer einem Rippenbrüche anscheinend auch innere Verletzungen. — Nachmittags wurde in der Möckernstraße ein Knabe durch eine Kutsche überfahren und innerlich anscheinend schwer verletzt. — Im Thiergarten, in der Nähe des Floraplatzes, schoß sich ein Mann drei Revolverkugeln in den Kopf. Er wurde noch lebend nach der Charité gebracht. — In der Seestraße wurden ein Arbeiter und seine Frau durch einen Personenwagen, dessen Pferd durchgegangen war, überfahren. Die Frau wurde am Kopfe verletzt, der Mann blieb anscheinend unverletzt. — Am Hasenplatz wurde ein Mann mit einer schweren Verletzung am Bein angetroffen und nach der Charité gebracht. Angehlich ist er von einem Kollwagen gefallen. — Im Laufe des Tages fanden sechs Brände statt.

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Oktober 1894.
Ziemlich trübes, zunächst etwas wärmeres Wetter mit Regenschauern und mäßigen bis frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Parteinachrichten.

Zum Parteitag. Für den Kreis Frankfurt-Lebus ist außer dem Genossen Fischer auch der Genosse Dr. Kronz zum Delegierten für den Frankfurter Parteitag gewählt worden. — Von den deutschen Parteigenossen in London wird der Veteran des kommunistischen Arbeitervereins zu London, der Genosse **Dejner**, nach Frankfurt delegiert werden.

Die Wahlbewegung im 2. anhaltischen Reichstags-Wahlkreis ist im vollen Gange; unsere Genossen sind in rühriger Thätigkeit. Am nächsten Sonntage findet abermals eine Flugblattverteilung im ganzen Wahlkreise statt. Versammlungen finden statt in der nächsten Woche in Bernburg, Bernburg, Bernrode, Leopoldshall, Hoym, Sandersleben, Edderitz etc.

Partei-Konferenz. Der Parteitag des 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreises fand am 14. d. M. in Plauen statt. Beschlössen wurde, das Mandat zum Parteitag dem Abgeordneten des Kreises, Genossen **Gerlich** in Berlin, zu übertragen. Die Abrechnung über die Wahlausgaben ergab, daß 8824,52 M. eingenommen, 8884,27 M. ausgegeben worden waren. Dem Kassierer sowohl als auch dem Wahlkomitee wurde Decharge erteilt.

Bei den Wahlen in Christiania hat die Linke 8325 Wahlmännerstimmen erhalten, die Rechte 7960 Stimmen und die Sozialdemokraten 521 Stimmen. Da es sich um eine Jenseitswahl handelt, und die Linke, um der Sozialdemokratie die Spitze zu bieten, einzelne ihrer Programmpunkte: wie das allgemeine Stimmrecht, Normalarbeitstag etc. in ihr Programm aufgenommen hat, darf man sich über die wenigen Stimmen unserer Partei nicht wundern. Die Linke wird jetzt aber zeigen müssen, ob es ihr mit ihren Versprechungen Ernst war.

Eine neue Auslegung des preussischen Vereinsgesetzes. Dieser Tage fand in Frankfurt am Main eine Sitzung des Komitees für die Vorbereitungen zum Parteitag statt. Nachdem Genosse **Brähne** die Sitzung eröffnet hatte, erhob sich der überwachende Beamte und verlangte, da das Komitee ein Verein sei, welcher eine Mitgliedsliste eingereicht habe, die Entfernung der Frau **Frietsch**, widrigenfalls er die Versammlung auflösen müsse. Da nun in dieser Sitzung unbedingt die noch nöthigen Vorarbeiten erledigt werden mußten, so blieb nichts übrig, als der Forderung des Beamten nachzukommen. Beschwerde wird eingelegt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Verworfen** wurde die Verurteilung, die der Redakteur der „Sächs. Arb. Ztg.“ **Richard** gegen ein Urtheil des Dresdener Schöffengerichts vom 24. Juni eingelegt hatte, wonach er wegen Verleumdung der Polizeidirektion zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt wurde. Es handelt sich hier um den Leitartikel im Nr. 180 obiger Zeitung, wo der bekannte Polizei-Erlass, wonach die Verbreiter von Druckschriften, die irgendwelche Aufforderung zum Boykott enthalten, bestraft werden, als ungeschlechtlich bezeichnet wurde.

— **Freigesprochen** vom Landgericht **Zwickau** wurde der Genosse **Wolf**, welcher gelegentlich eines Referats über die Bibel und über Gott Schmähereien ausgesprochen haben sollte. Es wurde nichts Belastendes gegen ihn erwiesen.

— **Verurtheilt** wegen Beschimpfung der christlichen Kirche. Der Redakteur der Magdeburger „Volkstimme“, Genosse **Nichter**, hatte sich vor der dortigen Strafkammer wegen obengenannten Vergehens zu verantworten. Er entnahm aus der „Berliner Volkszeitung“ einen Artikel, den er in der „Volkstimme“ am 10. August d. J. mit der Spitzmarke: „§ Berlin Verdrümmungsanstalt“ aufnahm. Die Anklage behauptet: **Nichter** habe sich dadurch einer öffentlichen Beschimpfung der christlichen Kirche schuldig gemacht. **Nichter** bestreitet dies und führt an, er habe eine solche nicht beabsichtigt, sondern die Aufmerksamkeit der Leser auf den Artikel richten wollen und eine Warnung beabsichtigt, deshalb habe er die Spitzmarke gebraucht, damit aber keineswegs die christliche Kirche treffen wollen. Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt **Heine** aus Berlin, ersuchte um Freisprechung und führte aus, daß der Angeklagte sich bei Anwendung der Spitzmarke nicht bewußt gewesen sei, daß seine Absicht so gedeutet werden könne, wie die Anklage sie auffaßt, auch sei eine Beschimpfung in der Form nicht gegeben. Der Gerichtshof erachtete für feststehend, daß der Artikel objektiv eine Beschimpfung der christlichen Kirche enthalte und die Spitzmarke nur so aufgefaßt werden könne, daß der Angeklagte sich die in dem Artikel ausgesprochene Meinung zu eigen gemacht und dann seine Meinung in der Spitzmarke den Lesern mitgeteilt habe. Das Urtheil lautete wegen Religionsvergehens auf eine Woche Gefängnis.

— Der Amtsrichter **Spindler** in Langensalbold, der bekanntlich verschiedenen sozialdemokratischen Vätern das Erziehungsrecht abgesprochen hatte, weil sie ihre Söhne in Arbeitervereine als Mitglieber treten ließen, schloß sich durch einen Artikel der Frankfurter „Volkstimme“ der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, beleidigt und hat Anklage erhoben.

Bewerkshafterliches.

Achtung, Metallarbeiter! Am Dienstag, den 23. d. M., Abends 9 Uhr, findet bei **Zubelt**, Lindenstr. 106, eine Versammlung speziell für die Hausdiener und Packer der Leinwandbranche statt. Wir ersuchen die Berufscollegen, energisch die Agitation für diese Versammlung zu betreiben, um unsere indifferenten Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Der Vorstand des Verbandes der Geschäftsdienner, Packer und Berufsgenossen.

Achtung, Töpfer! Wir haben für heute Abend 6 Uhr bei **Niess**, Weberstr. 17, eine Versammlung einberufen, um uns über den Verlauf des Fensterstreiks zu informieren. Wir ersuchen die Vertrauensmänner dringend, uns vor der Eröffnung derselben genau Bericht zu erstatten, auf welchen Vauten die Fenster verlegt sind und wie viel Kollegen arbeiten. Auch ist es Pflicht eines jeden Kollegen, die Vertrauensleute in dieser Weise zu unterstützen. J. A.: **Nich. Topf**, Gipsstr. 16.

Für die Galanterie- und Porzellanarbeiter sind gespendert: Die Vereinigte Malerei, sowie die Firmen **Schirmer** und **Bergmann**.

Das Verbandsorgan der Porzellanarbeiter: „Die **Ameise**“ macht bekannt, daß für Verbandsmitglieber die folgenden Orte gesperrt sind: **Albersweiler, Arzberg (Maler), Berlin (Maler), Probstzella, Schwarzenbach, Thale**. Mitglieder, welche in diesen Orten in Arbeit treten, werden vom Verbandsorgan ausgeschlossen.

Der **Zug** von Tischlern und Holzbildhauern nach **Wilsdruff** (Sachs.) in Folge Lohnreduktion und grober Behandlung in der **Klemin'schen** Möbelfabrik streng fernzuhalten. Die Hälfte der Tischler hat bereits die Arbeit gekündigt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter Deutschlands werden um Abdruck gebeten.

Der **Vagabund** in **Port Said** soll wie ein Reuter-Telegramm mittheilt, beendet sein.

Eingelaufene Druckschriften.

Der **Sozialdemokrat**, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Gendarmenstr. 2). In diesem durch alle Zeitungsredaktionen. Das Abonnement beträgt durch die Post über in Berlin durch die Zeitungsredaktionen pro Quartal 1,30 M. Kreuzband 1,50 M.
Die Nr. 36 vom 18. Oktober hat folgenden Inhalt: **Wochenblatt**. — Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag. — Unsere Programm-Partei. — Parteinachrichten.
Sarkis's Referat über die Agrarfrage. (Kongress zu Rantes 1894.) — Das französische Agrarprogramm. — Die Reichthümer der Landarbeiter in Frankreich. — Gewerkschaftliches. — Anteiße zum Parteitag. — Wie man um behandelt. — Lohndruck. — Literarisches.
Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, J. G. B. Neig's Verlag) ist soeben das 2. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: **Karlsruhe**. — Der bevorstehende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. **San H. Sebel**. — Auf den Vereinigten Staaten. **San H. Sebel**. (Fortsetzung.) — Keinen Mann und keinen Großen. Einige Betrachtungen über das häusliche Budget. **Von Parvus**. — Berliner Theater. — Notizen: Die deutschen Krankenkassen und ihre Thätigkeit. Wie die russische Regierung Kapitalisten züchtet. — Beiläufig: **Anna Menzel**. Eine Dienstmädchen-Geschichte. (Fortsetzung.)
Sozialpolitische Centralblatt, herausgegeben von **Dr. Heinrich Braun** (Carl Henemann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 3 hat unter anderem folgenden Inhalt: Der Antrag **Saunders**, betr. Einführung von Gewerkschaften in Oesterreich. **Von Dr. Leo Reich**. — Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik. — Bildung und Beruf. **Von Dr. Adolf Braun**. — Lage der Eisenbahn-Betriebsstellen in England. — Internationaler Kongress der Eisenbahn-Arbeiter. — Kongress der englischen Eisenbahn-Arbeiter. — Internationaler Kongress für Arbeitervereine und soziale Versicherung in Island. — Ursachen der Arbeiterinvalidität. — Eine Reform der österreichischen Krankenversicherung.

Versammlungen.

Vergnügungsgesellschaft „Schonstadt“. Jeden Freitag, Abends 9 Uhr Sitzung nach **Abelitas** im Restaurant **Friz Zubelt** (früher **Poppe**), Lindenstraße 106.
Verein „Reinhold“. Übungsstunde jeden Freitag Abend, 8 Uhr im Restaurant **Reinhold**, Mühlentischstraße 5.
Kämpfer und Berufsgenossen Deutschlands (Zentrale Berlin). Freitag, den 19. Oktober, Abends 6 Uhr, Versammlung bei **Gründel**, Brunnentstr. 108. Tagesordnung: Stand der Fensterfrage.
Verein zur Wahrung der Interessen der Gatt- und Schenkweiber **Gerlins** und **Amgernd**. General-Versammlung am Freitag, den 19. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, bei **Zubelt**, Lindenstr. 106.
Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten **Berlin** und **Umgebung**. Freitag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei **Niess**, Weberstr. 17. Vortrag: **Sätze** haben Zutritt.

Depeschen.

(**Volff's Telegraphen-Bureau.**)
Petersburg, 18. Oktober. Nach einer Meldung aus **Tiflis** gerieth in **Grochny** eine große Kaphta-Fontaine nebst den zugehörigen Baulichkeiten in Brand. 17 Arbeiter fanden den Tod in den Flammen.

New-York, 18. Okt. Gestern versammelte sich eine große Menge vor dem Gerichtshause der Stadt **Washington** in **Ohio**, um einen wegen eines Sittlichkeitsvergehens zu 20jährigem Zuchthaus verurtheilten **Neger** zu lynchen. Die herbeigerufene Miliz feierte auf die Menge, tötete fünf und verwundete 28 Personen. In der Stadt herrschte noch große Aufregung. Um 11 Uhr Abends war das Gerichtshaus noch umlagert.

(**Depeschen-Bureau Herald.**)
Wien, 18. Oktober. Der Klub der vereinigten deutschen Einien hat beschlossen, mit den übrigen koalirten Parteien bei der morgigen Debatte über den Dringlichkeitsantrag **Bernerstorffer's**, betreffend die Wahlreform, gegen die Dringlichkeit zu stimmen und an der Diskussion nicht theilzunehmen.

Brüssel, 18. Oktober. „**Patriote**“ schreibt, wenn die Liberalen am nächsten Sonntage ihre Stimmen für die Sozialisten abgeben, so werde die sozialistische Republik zuerst in **Belgien** aufgeschlagen werden und die Revolution unvermeidlich sein. Dann würden preussische **Wanen** über die Grenze rücken.

Brüssel, 18. Oktober. Die Untersuchung der in **Aloft** vorgenommenen Wahlfälschungen hat ergeben, daß auch bei den Senatswahlen 6500 Stimmen für die **Liste** **Woesie's** in betrügerischer Weise mitgezählt wurden. Die Urheber der Fälschung werden gerichtlich verfolgt; die Untersuchung wird noch weiter geführt.

Brüssel, 18. Oktober. Das Organ der christlichen Demokraten „**Union**“ fordert in einem längeren Artikel die Liberalen auf, ihre Stimmen im eigenen Interesse am nächsten Sonntage für die Katholiken abzugeben. Die Republik liege in Aussicht, wenn nicht die sozialistischen Elemente durch eine kirchliche Mehrheit von der Kammer ferngehalten würden.

Petersburg, 18. Oktober. Es wird hier behauptet, die **Reise** des **Zaren** nach **Korsu** sei hauptsächlich deshalb aufgegeben worden, weil sich der Kaiser hartnäckig weigere, dort Aufenthalt zu nehmen und er glaube, daß er nicht so krank sei, wie die Ärzte behaupten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Oktober.
Opernhaus. Häsnel und Gretzel. Die Jahreszeiten.
Schauspielhaus. Das Leben ein Traum.
Festung-Theater. Die Schmetterlingsflucht.
Deutsches Theater. Die Kameraden.
Berliner Theater. Das Feitathes-nest.
Schiller-Theater. Ein Fallissement.
Neues Theater. Doppelselbstmord.
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Der Vogelhändler.
Kedens-Theater. Théâtre libre. La Dupe. Mariage d'Argent.
Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Belcolhaus-Theater. König Straufe.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Alexanderplatz-Theater. Nach Sonnenuntergang.
National-Theater. Der Raub der Helena.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Rausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 2 1/2 Uhr, 2. Abtheilung im Central-Theater, Alte Jakobstr. 80: Das vierte Gebot von Angengrubber.
Montag, den 22. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: General-Versammlung.

Schiller-Theater.

(**Wallner-Theater.**)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, 19. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Fallissement.
Sonnabend, 20. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung. Der Mnouit. — Abends 8 Uhr: Ein Fallissement.
Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 8 Uhr: Die Räuber. Abends 8 Uhr: Der Feilhentresser.
Dichter-Abende im Bürgercafé des Rathhauses, Abends 7 1/2 Uhr: Chamisso-Abend.

Adolph Ernst-Theater

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi.
Die Bajazzi.
Parodistische Posse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. Sensationelle Novität.
Der Raub der Helena.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Karl Peters. Regie: Max Saml. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josephine Dora.
Zum 19. Male:
O! diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von **Jul. Einodshofer**. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: **O, diese Berliner!**

Castan's

Panopticum.
Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Riesen-Sacteen
in noch nie gesehener Größe.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
aus Dahomey.
Die Hexenschantel, neueste Illusion.
Gr. Vereinszimmer Neue Hochstr. 49



Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Vornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Sensationell! Neu!
Pusebach auf Korea.
Neu! Mr. Chong und sein Schwager Sarno. Neu!
Anstrotzen sämtl. Spezialitäten.
Entrée:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
Anfang:
Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
R. Winkler.

Circus Renz

Carlstrasse.
Freitag, den 19. Oktober 1894, Abends 7 1/2 Uhr:
Auf zur frühlichen Jagd.
Gr. Komiker - Vorstellung.
Aufzutreten sämtl. Clowns in ihren wirkungsvollsten Nummern u. a. der **Clown Merkel** mit seinem dreifürten Hund. Der **Phonograph**, vorgeführt von den **Clowns Eugene u. Hermann**. **Gebr. Villaud**. Der **Clown Busto** etc. **Ferner 6 Rappen** und **Karoussel**, vorgeführt von **Herrn R. Renz**. **Colmar**, geritten von **Herrn Ernst Renz** etc.
Sonnabend: Auf zur frühlichen Jagd.
Sonntag, 2 Uhr: **Gr. Matinée**. Ermäßigte Preise. Auf zur frühlichen Jagd. — Abends 7 1/2 Uhr: Auf zur frühlichen Jagd.
Billet-Vorverkauf nur für die Abend-Vorstellungen beim „Invalidentag“, Markgrafstr. 51a.
Fr. Renz, Kommissionsrat.
Schmerzlos Süss, Faldensteinstr. 32.
Oranien-Hallen
Oranienstr. 51 4386
Säle u. Zimmer Rehen zur Verfügung.

Buchhandlung des Vorwärts

Berlin SW., Bouthstr. 2.
Anlässlich des Parteitags in Frankfurt a./M. empfehlen wir
Kongressprotokolle.
Wien 1880 20 Pf.
Kopenhagen 1883 20 „
St. Gallen 1887 25 „
Halle 1890 (320 S.) 50 „
Erlurt 1891 (368 S.) 50 „
Berlin 1892 (304 S.) 50 „
Köln 1893 (285 S.) 40 „
Sowohl zur Beurtheilung der inneren und äußeren Entwicklung der Partei wie zum Vergleich der früheren Debatten über die gleichen oder gleichartigen Verhandlungsgegenstände liefern diese Protokolle unentbehrliches Material.

Gesucht!

Fr. Engels, Bauernkrieg.
Offerten mit Preisangabe an die Expedition. 275/5

Roh-Tabak.

Die billigsten Preise.
Herberzeugung macht wahr.
Filiale F. Leopold,
421b Vertreter S. Gröbol,
Brunnen-Strasse Nr. 11.

Münchener Brauhaus

hier **Flaschenbier**, gut gelagert, liefert ausschließlich laut Bestätigung der **Direktion Plossner**, Vertriebsstr. 9.
Schlafstelle, sauber, vermietet (432b) **Ww. Feidler**, Schleiermacherstr. 7.
Für 2 Herren ein bill. möbl. Zimmer verm., **Baranistr. 44**, v. 3 Zr., **Bohr.**

Ethische Gesellschaft.

Sonnabend, den 20. Oktober,
im Elysium, Landsberger Allee 40-41:
V. Stiftungs-Fest

bestehend in Concert, Theater, Feste und Ball.
Zur Aufführung gelangt: **Der 1. Mai** oder **Ein Schritt zum Ziel.**
Die Feste hält Herr **Waldeck Manasse.** 113/20
Billets à 20 Pf. sind zu haben bei **Denner, Rantaustr. 19;** **Lange**
Landsberger Allee 27; **Böhl, Frankfurter Allee 74;** **Donath, Pappel-Allee 3/4**

Mitglieder-Versammlung

der
Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend
Sonntag, d. 21. Oktober, Vorm. 10 Uhr,
im **Märkischen Hof, Admiralstraße Nr. 18c.**

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894. 2. Wahl des 1. Schriftführers.
3. Vereinsangelegenheiten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Berein der Einseker (Tischler)

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 11 Uhr, **Neue Friedrichstr. 44:**
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Pinn.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
4. Fragelasten. **Der Vorstand.**
Der Arbeitsnachweis findet Wochentags, außer Sonnabends, regelmäßig
Abends von 8-9 Uhr, Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr **Neue Friedrich-**
straße 44 statt. 119/7

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 20. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Wernau, Rosenthalerstraße 57:**
Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Hoffmann** über:
Individualismus und Kadavergehörigkeit. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegen-
heiten. 4. Vertikationsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Die Kollegen der Fabriken von **Wachstein, Höbener, Knödel** u. **Köhler**
sind besonders eingeladen, sowie die Kollegen von **Kalbe** u. **Pitschmann** werden
gebeten, zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.** 197/18

Achtung, Zimmerer!

Verein der Zimmerer Berlins und Umg.
Sonntag, den 21. Oktober, Vormittags 10 Uhr,
in den **Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20:**
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht über die Tätigkeit des
Vereins. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1894 und vom Stiftungsfest. 3. Wahl
des gesamten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 293/8
Um pünktliches u. zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 20. Oktober 1894, Abends 9 Uhr:
Versammlung mit Damen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Türk.** Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets
zum Stiftungsfest (Sonsouci: Steintiner Säger).
Die Besichtigung des neuen Reichstagsgebäudes erfolgt Sonntag, den
21. Oktober, Morgens 8 Uhr. Das Mitgliedsbuch muss vorgezeigt werden.
Der Vorstand. 249/10

Berein Schäftebranche.

Sonnabend, 20. Oktober,
Abds. 9 Uhr, **Rosenthaler-**
straße 57: Versammlung.

Zentral-Verband deutscher Maurer.

Filiale Berlin II.
Sonntag, den 21. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, in den **Armin-**
Hallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom
dritten Quartal und Gewerkschaftliches.
NB. Kollegen, es ist notwendig, in dieser Versammlung zu erscheinen;
auch werden statistische Erhebungen entgegengenommen.
191/7 **Der Bevollmächtigte.**

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonnabend, den 20. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn **Krüger, Feinstraße 5:**

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Blum** über: „Die Chartistenbewegung.“ 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Charlottenburg.

Sonntag, den 21. Oktober, Nachmittag 2 Uhr, im Lokale
Wisnarschhöhe, Wilmersdorferstraße Nr. 39:

Gr. öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Gründung des Gewerkschafts-Partells für
Charlottenburg. 2. Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Diskussion. 255/3
Zu dieser äußerst wichtigen Versammlung sind alle
Arbeiter eingeladen. **Die Kommission.**

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.

Inhaber: **Wilhelm Schmidt.**
Saal (500 Personen) für Vereine, Versammlungen und Festlichkeiten
zu vergeben. Vereinszimmer noch frei. **Rathenower Bier.**

Dem Fliegenwirt in Stralau
Zum heutigen Wiegensfest
Gratulieren die Lübbener Schweizer
Als seine treuen Gäste. 437b

Allen Kollegen, Freunden und Be-
kannnten, die sich bei der Beerdigung
meines Mannes beteiligt haben, sage
meinen herzlichsten Dank.
436b **Ww. Anna Resch.**

Meine Verlobung mit Herrn **G.**
Ulfureit erkläre ich hiermit für auf-
gehoben. **Frau M. Löffler.**

Verband aller in der Metallindustrie
besch. Arbeiter Berlins u. Umgegend.
Codes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 17. Oktober, ver-
storb nach längerer Krankheit unser
langjähriges Mitglied, der Klempner
Alex Schneider.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, Nachm. 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes zum heiligen Kreuz
in Mariendorf aus statt.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht
173/8 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Gärtler.

Am Montag, den 22. Oktober cr.,
Abends 7 Uhr, findet **Oranienstr. 51,**
Hof 1 Tr., eine

Anserordentliche
Generalversammlung
statt und werden die Herren Delegierten
hierzu ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung über die in Aus-
sicht genommene freie Kitzwahl.
2. Antrag des Vorstandes auf Er-
höhung der Beiträge.
3. Definitive Feststellung des Gehalts
für den Redanten und der von dem-
selben zu stellenden Ration. 192M
Der Vorstand.
J. A.: G. Knoff, Vorsitzender.

Fachver. d. Stellmacher

Berlins und Umgegend.
Sonntag, 21. d. M., Vorm. 9 Uhr,
bei **Grüß, Gothringerstr. 41:**
Generalversammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Vortrag des Genossen **Hoffmann**
über „**Modernes Handarbeitertum**“.
3. Wahl eines 1. u. 2. Vorsitzenden.
215/2 **Der Vorstand.**

Achtung! Rixdorf!

Sonntag, d. 21. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Vereinslokal, **Prinz Handjerystr. 7:**

Mitglieder-Versammlung
d. Bau- u. gewerbl. Hilfsarb.
von **Rixdorf und Umgegend.**
Gäste haben Zutritt.
428b **Der Vorstand.**

In Roh-Tabaken

und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten

!! billigster
Einkauf!!

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strong reelle Bedienung.

Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Uhrmacher **G. Paetzel,** Wallstr. 97.
Getragene Uhren 5 Mk., Regulaturen
18 Mk., Beden 3. Abstellen 2.90, gold.
Damen-Rem., 14kr., 23 Mk., Cpl.-Rem.
9 Mk. an. Jede bei mir gekaufte od. rep.
Uhr 3 Jahre schriftl. Garantie. Feder-
einsetzen 1.50 Mk. 430b

37 Als anerkannt reelle und
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für

Gold-, Silber-,
Altéidewaren (Gg.Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfehle ich

H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
gelangen die **Bestbestände** meines seit 21 Jahren be-
stehenden **Warenlagers:**
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Vortieren! Feinwaren!
zu **spottbilligen** **Ausverkauf.**
Preisen zum
J. Brünn Am Stadt-
bahnhof Am Stadt-
Börse. Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen
Feinste **Likörmischung**
Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin, N. 28
Zu haben
In allen Colonialwarenhandlungen



Sumatra, deckt mit 1 1/4 Pfund, hell, brennt schneeweiß,
per Pfund 3,30 Mark, verkauft
Carl Roland, Marianenstr. 23.

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bockfaçon,
wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Der billigste und zuverlässigste Uhren-
Einkauf sowie Reparatur ist unzweifel-
haft bei **254L.**
Albin Grüger, Uhrmacher,
Oranienstr. 1, Berlin SO.
Nickel-Cylind.-Remont. von 5 Mk. an.
Silberne Damen-Remont. " 12 " "
Goldene Herren-Remont. " 22 " "
Goldene Herren-Remont. " 36 " "
Getr. silb. Cylinderröhren " 3 " "
Regulateure u. Schlagw. " 16 " "
Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten etc.

Sauberstes,
durch Maschinen
hergestelltes
Roggen-
brot
der
Gemeinschafts-Bäckerei
für Berlin und Umgegend
E.G.m.b.H. 34. Müllersstr. 34.
Schutz-
MARKE.
Telephon-Anschluss.
500 Zu haben in ca.
Niederlagen.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
sowie Anzügen, einzelnen Röcken,
Jackets, Hosen, Westen u. s. w., ferner
Stiefeln, Hüten, Wäsche, **Betten,** gold.
und silbernen Herren- u. Damen-Uhren,
Wäschekisten, Reise- und Holztofern
u. s. w. billig und gut kaufen will,
empfehle mein bekanntes reichhaltiges
Lager in Alt und Neu, auch werden
verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaren-
Händler, 925/2

127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Milchkübel, Kannen, Saiten, Waage,
Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
Butterkneiter, Drehrollen.
Jordan, Al. Marckstr. 28.

Halbfleisch [420b
40-50 Pf., jeden Freitag, Sonnabend,
Sonntag, **Wasserhorr. 63.**

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 Mk. Teilzahlung ge-
rätet. Elegante Kirschbaum- u. Maho-
goni-Kleiderstühle u. Vertikons 30 Mk.,
einfache 20 Mk.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 Mk.; Waschtisellen, Küchen-
stühle, Kommoden 12 Mk.; Stühle 3 Mk.;
Sophasische 6 Mk.; Säulen-Trumeaux
65 Mk.; Plüschgarnitur 60 u. 100 Mk.;
Bancosophas 80 Mk.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebraucht) zu halben Preisen
und sollte es Niemand versäumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelabrik.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Strong reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind an Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

20 Jahre bestehend, weg-
Destillation, Uebernahme ein Grund-
stück außerhalb, billig zu verkaufen.
435b **Eisholt, Marckstr. 31.**

Gardinen-Fabrik

Großes Lager gestickter und engl.
Tüllgardinen, Stores, weiß und
creme. Große Auswahl in Sopha-,
Tisch- und Bettdecken, auch im
Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knape aus Eutschl. Eadsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Kunstmann, Uhrmacher,
Charlottenburg, Wallstr. 103. 2785b

Kranzbinderel und Blumen-
Handlung 54408*
von **J. Meyer, Wienerstr. 1** (nur dort)
Gürtlanden à Rtr. von 15 Pf. an,
Telephon Amt 4, 9482.

Pianino kauft Kube, Adalbertstr. 60.

Arbeitsmarkt.

Tätigen **Fachschneider** verlangen
Roth & Co., Gölziger Ufer 21/23.
Tischler zum Schleifen, welcher mit
Kreissäge Bescheid weiß, verlangen
Roth & Co.,
Gölziger Ufer 21/23.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Die Hauptaufgabe des am 16. November 1893 zu seiner II. Session zusammengetretenen Reichstages war die Beschaffung der für die neue Heeresvorlage notwendigen Mittel. Nach einem reiflich und allseits wohl überlegtem Plane hatten die Majoritätsparteien im vorigen Sommer die Militärvorlage der Regierung angenommen, ohne sich vorher darüber verständigt zu haben, durch welche neuen Steuern das hierzu nötige Geld aufgebracht werden sollte.

Sie wußten, daß diese Verständigung nicht möglich war, sie wußten, daß an dieser Frage die Militärvorlage scheitern müsse; daher begnügten sie sich, die Militärvorlage kurzweg zu bewilligen, denn nachher mußten ja die Mittel beschafft werden. Aber auch so hatte die Entscheidung bekanntlich an einem Fäden gehangen; schließlich gaben die Antisemiten, im Zerbruch gegen das ihren Wählern gegebene Versprechen, den Ausschlag für die Annahme der Militärvorlage, nachdem sie vom Reichskanzler die schön klingenden Worte zu hören bekommen hatten: „Wir wollen versuchen (!), die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. Und endlich wollen wir angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirtschaft sich befindet, danach trachten, daß landwirtschaftliche Gewerbe von neuen Steuern frei zu lassen.“

Natürlich wurden diese Worte von der Rechten mit lebhaftem Bravo, von der Linken mit ebenso lebhaftem Lachen aufgenommen. Und der zweite Theil der Kanzlerworte ist auch hübsch in Erfüllung gegangen. Die Großgrundbesitzer, die „Edelsten und Besten der Nation“, die seit Jahrhunderten von der preussischen Regierung sorgsam gehegt und gepflegt, an Staatskörper schmarogenden preussischen Junker wurden nicht bloß von Steuern verschont, auch ihre „Liebesgaben“ werden behutsam weiter geschirmt und weiter behütet. Der erste Theil des Kanzlerversprechens aber, die Schonung der schwächeren Kräfte, die Verteilung der Steuerlasten auf die leistungsfähigen Schultern, verflüchtigte sich in die Vorlagen der Stempel-, Quittungs- und Frachttsteuer, der Tabaksteuer, der Weinsteuer — lauter Vorlagen, gegen die sich der allgemeine Volkswille mit solch elementarer Gewalt erhob, daß sogar die Nationalliberalen vorerst noch nicht den Muth des bedingungslosen Jaens fanden.

Begreiflicher Weise warfen diese neuen Steuervorlagen ihre Wellen sofort in die Etatsberatungen hinein. Von Jahr zu Jahr steigern sich die Ausgaben des Reiches, bedingt durch die von Jahr zu Jahr erhöhten Ausgaben für die kulturfeindlichen Zwecke des Militarismus. Während im Vorjahre der Gesamtetat sich belief auf 1 257 600 611 M., beträgt er für das Jahr 1894/95 1 286 536 060 M.

Und zwar betragen im ordentlichen Etat die Ausgaben: fortwährende 1 079 937 442 M. einmalige 76 828 243 M. im außerordentlichen Etat die einmaligen Ausgaben . . . 180 275 375 M.

Insgesamt also 1 286 536 060 M. Dazu für das Patentamt ein Nachtragsetat von 10 400 M. und für die deutschen Schutzgebiete ein (kolonialer) Etat von . . . 7 348 000 M.

Sieht man bei diesem Milliardenbudget näher nach, für welche Zwecke denn eigentlich diese Hunderte und Aberhunderte von Millionen verwendet werden, so zeigt sich Jahr für Jahr, seit Gründung des Reiches, daß das „herrliche Kriegsheer“ und die neuerdings von gewisser Seite so andringlich in den Vordergrund gestellte Marinejagdarmee den Löwenanteil verschlingen.

Die Reichsausgaben von mehr als einer Milliarde zweihundertsechszwanzig Millionen Mark vertheilen sich wie folgt:

Table with 3 columns: Ordentlicher Etat, Ausgaben, and Außerordentl. Etat. Rows include Bundesrath, Reichstag, Reichskanzler und Reichskanzlei, Auswärtiges Amt, Reichsamt d. Inn., Verwaltung des Reichsheeres, Verwaltung der Marine, Reichsjustizverwaltung, Reichsschatzamt, Reichsbahn, Reichsschuld, Rechnungshof, Allgemeiner Pensionsfonds, Reichs-Invalidentfonds, Durchführung des Alterspensionsf., Post- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei.

Es wurden demnach ausgegeben für das Reichsheer 618 063 270 M., für die Marine 73 922 974 M., rechnet man noch den Pensions- und Invalidentfonds mit 48 245 438 M. bez. 27 258 492 M. und die zur Verzinsung der Reichsschulden nötigen 71 739 800 M. hinzu — da ja die Anleihen größtentheils zur Deckung der Militärausgaben notwendig wurden — so ergibt sich, daß mehr als vier Fünftel der jährlichen Ausgaben des Reiches (da das Reichsschatzamt über 230 Millionen bloßer Durchgangsposten auführt), also: im laufenden Jahre von 1 055 705 060 M.

832 249 964 M. für Militärzwecke verwendet werden. Daß die Ablehnung des Gesamtetats für unsere Fraktion eine Pflicht war, bedarf keiner näheren Erörterung, dazu zwangen allein schon die Einnahmequellen, aus welchen das Reich diese Riesensummen in Militärzwecke ausbringt.

Table showing the breakdown of the Reich's revenue (Einnahme des Reichs) for 1894/95. Items include Zölle und Verbrauchssteuern, Reichsstempelabgaben, Post- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei, Eisenbahnverwaltung, Bankwesen, etc.

Die Hälfte der für Ausgaben des Reiches erforderlichen Mittel werden auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht, also vorzugsweise von denjenigen Bevölkerungsschichten, welche nach Maßgabe ihres Einkommens am wenigsten zur Steuerleistung befähigt sind. Der Reichstag setzte nämlich als Mindestergebnis nach Abzug der Erhebungskosten für:

Table showing the breakdown of indirect taxes (indirekte Besteuerung) including Zölle (Getreide, Fleisch, Vieh, Holz, Petroleum), Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Branntweinsteuer, etc.

Ist auch bei der heutigen Zusammenfassung des Reichstags wieder an eine Schmälerung des Militärbudgets zu denken, denn Kapitalismus und Militarismus ergänzen und bedingen sich gegenseitig, und ist ferner auch eine gerechtere Steuervertheilung nicht zu hoffen, da die Vertreter der besitzenden Klasse in Parlamenten selbstverständlich die herrschenden Klassen von der Steuerleistung möglichst befreien, so ergibt sich darum gerade für unsere Partei um so strenger die Pflicht der rücksichtslosen Kritik und offenen Klarlegung dieser Thatsachen.

Die Generaldiskussion des Etats gab hierzu willkommenen Anlaß. Unsere Redner nahmen sofort Stellung gegen den Versuch der Regierung, die offiziellen und nichtoffiziellen Loyalitätsfundgebungen bei den zahlreichen Kaiserfesten als Demonstrationen für die Heeresvermehrung anzujuchzen. 4 238 000 Wähler hatten gegen die Militärvorlage ihre Stimme abgegeben und nur 3 225 000 hatten Freunde der Militärvorlage gewählt. Gegen diese Logik der Thatsachen konnte die Stillblüthe der Thronrede nicht Stand halten. Die Mißstimmung der breiten Massen des Volkes gegen die allmählig zur Unentgeltlichkeit sich steigenden Militärausgaben konnten auch die bürgerlichen Parteien nicht leugnen. Sie steigt von Jahr zu Jahr und erhält Tag für Tag neue Nahrung. Man braucht nur die Steigerung der Militärausgaben in den letzten zehn Jahren zusammenzustellen, um das Wesen dieser Mißstimmung, die sich logischer Weise allmählig auf das ganze Regierung- und Gesellschaftssystem überträgt, zu begreifen. Es betragen die Ausgaben für 1884 1894 also Steigerung

Table comparing military expenditures for 1884 and 1894. Items include Heereszwecke, Marine, Pensionsfonds, Reichsschulden.

Mit Recht wiesen unsere Redner darauf hin, wie alle diese Hunderte von Millionen aufgebracht werden hauptsächlich von den Kernsten der Armen, während die reichen und besitzenden Klassen, die alle Vortheile von unseren staatlichen Einrichtungen genießen, bisher so gut wie nichts zu den Steuerlasten des Reiches beigetragen haben, vielmehr nach der jetzigen Art der Reichsbesteuerung noch ihre Taschen füllen konnten aus den Ergebnissen der Branntwein- und Zuckersteuer-Prämien, den Getreide-, Vieh- und Industriezöllen. Dem gegenüber wäre es nicht bloß eine Sache der Gerechtigkeit, sondern eine Frage des persönlichen Ehrgefühls, daß endlich die Vertreter der besitzenden Klassen einer Steuerform zustimmen, die die unteren Klassen, denen es schlechtlings gleichgültig sein könnte, von wem sie regiert werden, von den drückendsten Steuern (Salz-, Petroleum-, Zuckersteuer) entlastete und diejenigen zur Steuer heranzöge, welche allein an dem Bestande des Reiches ein Interesse hätten, für die es auch in erster Linie gegründet wurde: die reichen und besitzenden Klassen! Aber die Regierung sowohl, wie sämtliche bürgerliche Parteien — und bezeichnender Weise unter Führung des Zentrums — gaben sofort unter lebhaftem Proteste die Erklärung ab, daß sie für eine direkte, progressive Einkommensteuer unter keinen Umständen zu haben seien, als unser Vertreter einen dahingehenden spezialisirten Vorschlag machte.

Die Etatsdebatten gaben unseren Rednern weiterhin Anlaß, unsere grundsätzliche Gegnerchaft abermals zu bekunden nicht bloß gegenüber dem Militarismus, sondern auch gegenüber der gesammten Regierungspolitik, die im letzten Grunde, trotz allen monarchisch-absolutistischen Gepräges, auf nichts anderes hinausläuft, als auf die Wahrung und Sicherung der Interessen und Ausbeutungsprivilegien der herrschenden Kapitalistenklasse. Es war daher kein Zufall, daß einzig und allein der Vertreter unserer Partei es war, der energisch Protest erhob und für die bedrohten Verfassungsrechte des Reichstages eintrat gegen den preussischen Kriegeminister, der dem Reichstag sogar das Recht der Meinungsäußerung absprach, als die skandalösen Vorgänge des Hannoverischen Spielerprozesses, die Vergewaltigung und Terrorisirung des wegen Ueberfalls eines Redakteurs verurtheilten Generals v. Kirchhoff seitens unserer Redner zur Sprache gebracht wurden. Und nicht minder charakteristisch für unsere parlamentarischen und politischen Zustände ist es, daß wiederum unsere Partei vor allen anderen es war, die gegen die Ueberhebung des militärischen Geistes und gegen die nocte Proklamation des Frontrichts seitens des preussischen Kriegministers sich erhob, ebenso wie ein Sozialdemokrat den evangelischen Pastor Schall auf die Lehren des Christenthums verweisen mußte, als dieses freihandige Pfaffen die ausdrücklich im Strafgesetzbuch geahndete Verbrechen des Mordes und Totschlags auf dem Duellweg für die Offiziere als Standrecht verteidigte!

Der Militarismus wird allmählig für alle bürgerlichen Parteien ein Kränklein Nahrungsmittel, weil sie von ihm allein noch die Rettung ihrer von der aufsteigenden Sozialdemokratie bedrohten Ausbeutungsrechte erwarten.

Bei der Berathung der Einzelstats traten unsere Genossen nach Möglichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse ein. Für den Etat des Innern wurde der Gehalt für einen weiteren Direktorposten gefordert; wir stimmten für denselben, weil auch wir eine Erweiterung der Thätigkeit dieses Amtes für notwendig halten, namentlich auch eine raschere Erledigung der dringenden Arbeiten verlangen, die nur allzu oft mit der bequemen

Ausrede der Arbeitsüberbürdung abgelehnt werden konnte. Freilich, großen Hoffnungen dürfen wir uns auch in bezug auf den guten Willen dieses Amtes nicht hingeben, wenn es sich um Arbeiten handelt, bei denen das Unternehmerinteresse berührt wird. Seit drei Jahren warten wir auf die Ausführung der Sonntagssruhe-Bestimmungen; seit Jahren erheben wir die Forderung auf reichsgesetzliche Regelung der Gewerbe-Inspektion, auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren für gewisse Industriezweige u. s. w. Soweit die Regierung diese Forderungen nicht selbst direkt ablehnt, läßt sie sich durch den Widerstand der Unternehmerklasse, als deren Hauptwortführer auch in den diesjährigen Debatten König Stamm auftrat und dem Widerstreben des Ausbeutertums gegen jede wirkliche Arbeiterschutz-Bestimmung brutalen Ausdruck ließ, zur gewohnten Verschleppungspolitik drängen. Wie ganz anders die Reichsregierung Tempo und Wirkung beschleunigen kann, wenn es sich um den Schutz der Junkerinteressen handelt, haben die Vorlagen betr. Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltaxe bewiesen, als durch den deutsch-russischen Handelsvertrag die feuergefährlich geschützten Vortheile der Agrarier bedroht schienen. Auch die Regierungsvorlage, betr. den Fortbildungsunterricht an Sonntagen, zeigte, mit welcher verschiedenen Maße Arbeiter- und Unternehmerinteressen gemessen werden. Der Druck von unten muß seitens der Arbeiterklasse noch gewaltig verstärkt werden, bis nach der Richtung hin das kaiserliche Wort der Februar-Erlasse durch die Reichsregierung eingelöst wird.

Der Post-Etat gab unseren Fraktionsrednern Gelegenheit, das kapitalistische Ausbeutungs-system, das in der Postverwaltung profitirt wird, in der schärfsten Weise zu kennzeichnen. Auf der einen Seite der Stillstand und die Rückständigkeit gegenüber allen Anforderungen des gesteigerten Verkehrs, auf der andern Seite eine Ueberbeschäftigung auf Kosten der niedrig gelohnten Unterbeamten und fast ausschließlich für die Zwecke des Militarismus. Die Unsicherheit der Existenz der überwiegenden Mehrzahl der Postangestellten (von ca. 140 000 Postbediensteten sind ca. 100 000 nicht etatsmäßig oder bloß zur Ausfülle angestellt); das System, Beamtensarbeit durch minderbezahlte Unterbeamte verrichten zu lassen; die schlechten Löhne, die nur zu häufig zum Verbrechen der Unterschlagung führen; die Vernichtung des gesetzlich garantierten Koalitionsrechtes für die Postbeamten; die elenden und ungleichartigen Stellvertretungsverhältnisse, die Ausbeutung der Angestellten im Sonntags- und Nachtdienst, die ungleiche Stellung in Gehalt und Rechten der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber den männlichen — alle diese Thatsachen wurden unsererseits in eingehender Weise zum Gegenstande rücksichtsloser Beschwerde gemacht. Und wenn wir auch von heute auf morgen keine Abhilfe erwarten können, weil auch hier die kapitalistischen Parteien im eigenen Interesse die Ausbeutungspolitik der staatlichen Musterbetriebe unterstützen und verteidigen müssen, wir werden diese Klagen so lange erheben, bis das herrschende System unter der Wucht dieser Angriffe zusammenbricht. Und unser Verhalten hat heute schon den Erfolg, daß die Postbeamten und Postangestellten von Tag zu Tag klarer erkennen, daß nur die Sozialdemokratie allein gewillt ist, ihre Stellung zu bessern und ihrer traurigen Lage ein Ende zu bereiten.

Beim Etat des Auswärtigen wiederholten wir unsere prinzipielle Gegnerchaft zur Kolonialpolitik. Abermals war für dieselbe eine Mehrforderung von 1/2 Millionen eingebracht. Unsere Redner wiesen darauf hin, wie die nothwendigsten Kulturaufgaben im Reiche mangels an Mitteln Schaden litten, während hier zwecklos Jahr für Jahr Millionen in den afrikanischen Sand geworfen würden. Wären diese seit zehn Jahren vergeudeten Millionen für die Wohlfahrt im Innern verwendet worden, welche Resultate hätten damit erzielt werden können. Und so? Die scheußlichen Mißhandlungen der Schwarzen, die brutale Ausbeutungspolitik, die Mißwirtschaft der Leist und Brochem, die zu offenen Aufständen führte, die öffentliche Auspeitschung der Regenerweiber, die Sklaventransporte der deutschen Firma Wölber u. Brohm, die scheußliche Niedermechelung von Weibern und Kindern bei den Kämpfen in Südwest-Afrika — und all' das angeblich zur Ausbreitung von Kultur und Christenthum. Gegenüber all' diesen Angriffen konnte die Regierung nur auf das Versprechen sich berufen, eine eingehende Untersuchung dieser dem Deutschen Reich zur Schmach gereichenden Vorkommnisse einzuleiten, aber ihre Aufgabe, als Sachwalterin der besitzenden Klassen deren Interessen zu vertreten, zwingt sie, auf der mit Blut und Schande gepflasterten abschüssigen Bahn der Kolonialpolitik immer weiter zu gehen, wenn auch heute schon alle jene Hoffnungen gescheitert sind, mit denen seinerzeit die Kolonialpolitik eingeleitet wurde: die afrikanischen Kolonien zu Absatzmärkten für deutsche Industrieprodukte zu machen. In der gegenwärtigen Anglist gegen die Umsturzparteien taucht denn auch bereits wieder das Gespenst der Strafkolonien auf.

Soweit es nicht bei der Generaldiskussion des Etats geschehen war, benutzten wir die Berathung des Militär-Etats, den im Reiche herrschenden Militarismus anzuklagen und zu bekämpfen. Die Soldatenmißhandlungen, die Verwendung von Soldaten zu den Treibjagden der Offiziere, die behördlichen Schwarzen Listen der Rekruten und Einstellungspflichtigen, den Duellunfug, die privilegierte Stellung der in übermäßiger Anzahl ausgebildeten Militärmuster, die in neuerer Zeit so häufig vorkommenden und den Pensionsfonds so schwer belastende Pensionirung von höheren Offizieren, die nicht selten kaum ein Jahr zuvor bedürftig worden waren — alle diese Schäden und Auswüchse des heutigen Militarismus, die tief ins bürgerliche Leben einschneiden und eigentlich von den bürgerlichen Parteien bekämpft werden mußten, wurden von Seiten unserer Partei zur Sprache gebracht. Die übrigen Parteien versieren in Militärangelegenheiten immer mehr den Muth der öffentlichen Kritik.

Die Spiel- und Prunklust in verschiedenen Militärfestivals, deren Endzweck im bekannten Spielerprozeß zu Hannover sich ergab, wo die Blüthe des deutschen Adels, die als Offiziere sonst gerne pochen auf ihr feiner geartetes und geistigeretes Ehrgefühl, mit gesellschaftlichen Auswürfen verächtlicher Sorte im vertrauten Verkehr lebend sich erwies und in einer Nacht Tausende am Spieltisch vergeudete, konnte vom Regierungsideal so wenig bestritten werden als die Häufigkeit der Soldatenmißhandlungen. Wenn der Kriegsminister aber deren Allgemeinheit in Abrede stellte und darauf hinwies, daß allgemeine Verordnungen und spezielle Kaiser-Erlasse da Wandelung geschaffen haben oder schaffen würden, so konnten unsere Redner mit Recht darauf hinweisen, daß diese Erreichungen im System des Militarismus wurzeln und daß die öffentlichen Brandmarkungen im Reichstage seitens unserer Partei mehr zu ihrer Verminderung beitragen als alle amtlichen Verfügungen. Den besten Beweis für diesen Geist der militärischen Ueberhebung lieferte der Kriegminister selber, als er in der Sitzung vom 3. März anlässlich der Besprechung des Falles Kirchhoff offen erklärte:

„Wenn Ihnen die Frau und Frau oder die Tochter öffentlich beleidigt oder beschimpft wird von irgend Jemandem — das traue ich Ihnen doch zu — Sie schlagen ihn nieder; und da haben Sie das Recht dazu.“

Damit hatte er offen und rückhaltlos das Faustrecht proklamiert. Und es war nur die Konsequenz der Worte des Kriegsministers, wenn Genosse Bebel daraus folgerte: Daß, wenn diese Auffassung korrekt wäre, jeder Anarchist, wenn er sich von Polizei und Richtern beeinträchtigt fühlt, zur Waffe greifen und jeder Soldat, der von seinem Vorgesetzten schwer mißhandelt wird und unter der gegenwärtigen Militär-Strafprozessordnung keine genügende Sühne erwarten zu dürfen glaube, von seiner Waffe Gebrauch machen und seinen Vorgesetzten über den Haufen schießen dürfe.

Besser konnte der Widerstreit des militärischen mit dem bürgerlichen Geiste, der Widerspruch zwischen Militärstaat und Rechtsstaat nicht illustriert werden, als durch die Tatsache, daß der Sozialdemokrat die bestehenden Institutionen und die Beobachtung der Formen des bürgerlichen Rechtsstaats gegen einen königl. preussischen Minister in Schutz nehmen mußte.

Die Art und Weise, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber Justiz geübt wird, wurde beim Etat der Reichs-Justizverwaltung vor das Forum des Reichstages gebracht. Bekanntlich hatte das Chemnitzer Amtsgericht Parteigenossen, welche am Sonntag Flugblätter verbreitet hatten, wegen groben Unfugs verurteilt, weil sie während des Gottesdienstes die Vertheilung vorgenommen und dadurch die religiösen Gefühle Anderer verletzt hätten. Das Landgericht trat dieser Auffassung bei, aber das Oberlandesgericht in Dresden — die oberste gerichtliche Instanz in Sachsen — verwarf diese Begründung und sand den groben Unfug darin, daß die Flugblätter frei und sichtbar auf dem Arm getragen und unterufen und ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung in die Wohnungen eingelegt wurden. Dadurch sei der hässliche und öffentliche Frieden gestört und die Freiheit der politischen Uebersetzung anderer durch die aufdringliche Darlegung des sozialdemokratischen Parteistandpunktes gefährdet worden.

Durch dieses Urtheil war einfach der § 43 der Gewerbeordnung aus der Welt geschafft, der die Vertheilung von Druckschriften und Stimmzetteln zu Wahlzwecken für die Wahlperiode und die nicht gewerbmäßige Schriftenverbreitung in geschlossenen Räumen (also Wohnungen) überhaupt freigiebt. Unsere Fraktion brachte daher eine Resolution ein, worin der Reichstag die Erklärung abgab, daß dieses Urtheil dem Wortlaut und Sinn des § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung widerspreche, und an den Reichskanzler das Ansuchen stelle, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen werden. Aus formalen Gründen konnte diese Resolution in vorliegender Fassung nicht Annahme finden und wurde daher am Schlusse der Diskussion zurückgezogen, aber für die Sache war es charakteristisch, daß außer dem sächsischen Bundes-Bevollmächtigten kein Mensch im Reichstage für die sächsischen Gerichte und Behörden eintrat. Unsere Redner aber legten am Hand erdrückenden Thatfachenmaterials dar, wie in Sachsen unserer Partei gegenüber „doppelte Buchführung“ gehandhabt werde. Was allen anderen Parteien gestattet ist, was seit Jahr und Tag anstandslos gethan werden konnte, ist heute für unsere Partei nicht bloß unmöglich, sondern auch strafbar. Daß in Sachsen auf dem Wege der Rechtsprechung oder Befehle dagegen nichts zu machen ist, wissen wir, zum Ueberflus aber hat es der sächsische Justizminister in der ersten sächsischen Kammer am 18. Januar auch offen und vorbehaltlos ausgesprochen, als er erklärte:

„Wie bekannt ist, ist ja das Ministerium als Justiz-Verwaltungsbehörde nicht in der Lage, den Gerichten ihre Entscheidungen vorzuschreiben. Die Gerichte sind ganz selbständig. Aber das Justizministerium wird, wie es seit her schon gethan hat, auch künftig in jeder Zeit etwaige unrichtige Rechtsprechungen wenigstens auseramlich, ich kann nicht sagen: corrigiren, aber doch zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache mit den betreffenden Beamten machen.“

Und jeder Tag zeigt uns in Sachsen, wie diese „auseramliche“ Einwirkung des über Anstellung und Beförderung maßgebenden Justizministers in der Praxis sich gestaltet; unser Redner gab daher dem allgemeinen Partei-Empfinden Ausdruck, als er seine Ausführungen mit den Worten schloß: „So, wie die Praxis in Sachsen sich gestaltet hat, kann und darf es nicht weiter gehen! Hier muß der Willkür und Vergewaltigung des politischen Gegners ein Riegel vorgeschoben werden.“

Ein Seitenstück zur sächsischen Justiz gab der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Herrn von Polenz im 23. sächsischen Wahlkreis. Herr v. Polenz ist aus der Geschichte der sächsischen Wahlkämpfe als einer jener Verwaltungsbeamten bekannt, die den ganzen Verwaltungsbeamten-Apparat und den ganzen behördlichen Einfluß jenseits in den Dienst der „Ordnungspartei“ stellen und hierbei sich von keinen anderen Rücksichten leiten lassen als denen des Erfolges. Schon früher hatte die Wahlprüfungs-Kommission ungeschliche Uebergriffe des Herrn von Polenz konstatiert. Bei dieser Wahl konnte er — da er selber in seiner Amtshauptmannschaft als Ordnungskandidat figurirte — nicht Wahlkommissar sein, aber sein „Geißelwörter über den Gewässer“. Die Wahlbeeinflussungen seines Stellvertreters erschienen dem Reichstag als solche, daß sogar der nationalliberale Abg. Bieschel offen erklären mußte: in der Wahlprüfungs-Kommission sei man nicht bloß darüber einig gewesen, daß eine Ungleichheit vorgelegen, sondern sogar darüber, daß eine offenbar in hohem Grade ungesetzliche Handlung begangen worden ist. Der Stellvertreter des Herrn von Polenz, der ihm dienlich unterstellte Bezirks-Inspektor Dr. Gottschalk, hatte kurz vorher zwischen Haupt- und Stichwahl die Vertheilung der Stimmzettel und Wahlaufträge, sowie das Ankleben von Plakaten verboten. Und der Kandidat von Polenz hatte in seiner Eigenschaft als Amtshauptmann bei einer Zusammenkunft von Gemeindevorständen wenige Tage später diesen nachdrücklich ins Bewußtsein geredet, doch ja das von seinem Stellvertreter erlassene Verbot gegen die sozialdemokratische Partei streng zu handhaben. Nach langer Debatte und trotz heftigen Widerstrebens der Konservativen wurde die Wahl für ungültig erklärt. Herr v. Polenz, der bis zur letzten Minute trotz aller Beanstandungen sein Mandat ausgeübt hatte, hatte freilich, als er die Kassation als unvermeidlich erkennen mußte, noch schnell versucht, zwischen der Abstimmung seine Mandatsniederlegung durch einen Freund erklären zu lassen, aber der Reichstag wies dies als unzulässig zurück und komplementirte Herrn v. Polenz zum Reichstag hinaus. In der Nachwahl wurde dann auch, dem Parteistandpunkt entsprechend, unser Genosse Gerich gewählt.

Auch die Wahl des konservativen Herrn Grafen v. Moltke war am selben Tage — 18. April — für ungültig erklärt worden, weil die Wahllisten gar nicht im Wahlkreis selber, sondern im 8. Wahlkreis, in der Stadt Altona, zur Auslage gekommen waren. Gegen diese Praxis, die unter Umständen die gerade für unsere Partei so wichtige Auslegung der Wählerlisten zum bloßen Spund machen kann, nahmen unsere Redner energische Stellung und wir führten durch unsere Abstimmung auch die Ungültigkeitserklärung herbei. In der Nachwahl wurde auch hier der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Elm gewählt, während in der Hauptwahl bekanntlich Genosse Mollenhuth unterlegen war. Bei den Wahlen der Abgeordneten C. Will (1. Kösliner Wahlkreis), von Bismarck (3. Magdeburger), Rothbart (14. hannoverscher) und Hollufer (6. Tegener Wahlkreis) traten wir für die Beanstandung der Wahlen, beziehungsweise Veranlassung eingehender Erhebungen ein, weil überall Ungehörigkeiten vorgekommen waren. Entweder war die Öffentlichkeit und Kontrolle der Wahlhandlung ausgeschlossen

oder die Geheimhaltung der Stimmabgabe vereitelt worden, indem die Stimmzettel (für Bismarck) äußerliche Kennzeichen, zum Beispiel ein Wasserzeichen trugen, oder der Einfluß der Arbeitgeber auf die Arbeiter hatte die freie Stimmabgabe gehindert, im 14. hannoverschen Wahlkreis hatten Arbeitgeber offen ihren Arbeitern die Entlassung angedroht, falls Rothbart nicht gewählt würde. Leider konnte unsere Partei in die Wahlprüfungs-Kommission während der letzten Session nur ein Mitglied entsenden und aus die wünschenswerthe Beschleunigung der Wahlprüfung nicht jenen Einfluß ausüben, den wir alle erstreben. Soweit es möglich war, den gewerbmäßigen Wahlbeeinflussungen und Wahlfälschungen der Ordnungsparteien einen Riegel vorzuschieben, hat unsere Partei von jeher ihre Kräfte eingesetzt, und wird es auch künftig thun — in der Wahlprüfungs-Kommission sowohl wie im Plenum des Hauses.

Die Finanzreform und die neuen Steuervorlagen, die behufs Deckung der Militärvorlage dem Reichstage zur Annahme vorgelegt wurden, waren nach ihrem Zwecke wie nach ihrer Anlage für uns unannehmbar. Die Finanzreform, die mit offiziösen Botschaften als Meisterwerk des pfiffigen Finanzgenies Miquel angekündigt worden war, stieß übrigens bei fast allen Parteien auf solchen Widerstand, daß in jedem einigermaßen konstitutionell geregelten Staatswesen der Vater eines solchen Mißerfolges in der ministeriellen Senzgrube mit verschwunden wäre, in die sein Werk gefallen ist. Er würde dann die Mühe finden, sein politisches Testament zu schreiben: daß in Künftigkeit gestellte Buch gegen den Sozialismus; bezüglich dessen freilich unser Redner Singer dem Herrn Finanzminister die mahnenden Worte zurief: „Ich will (Herrn Miquel) nur wünschen, daß es ihm nicht ebenso ergeht wie dem Herrn Abgeordneten Richter, der mit seiner „Sparagneß“ die Sozialdemokratie bekanntlich vernichten wollte, und der, was seine Partei anlegt, in einem der Vernichtung sehr ähnlich sehenden Zustande hier wieder ins Haus gekommen ist. Aber das kann ich dem Herrn Finanzminister von Preußen versichern: ich wünsche ihm auf das dringendste, daß er sobald als möglich die Mühe zur Abfassung dieses Buches bekomme; denn nach meiner Uebersetzung kann der Herr Finanzminister dem deutschen Volke als Schriftsteller nicht entfernert soviel schaffen, wie er es als Finanzminister thut.“

Diese Finanzreform hatte bekanntlich den Zweck, das Reich von den Einzelstaaten finanziell unabhängig zu machen. Der Weg, den der ehemalige kommunistische Versuchter, nachherige nationalliberale Parlamentarier und Gründer und jetzige preussische Finanzminister einschlug, lief aber im Grunde darauf hinaus, dem Reichstag den besten Theil des einzigen Reiches, das er besitzt, das Budgetrecht, hinweg zu reklamieren. Der Kampf gegen die Finanzreform wurde daher zu einem Kampfe um das Budgetrecht des Reichstages. Dem Reiche sollten ein für allemal so viel Einnahmen zugesichert werden, daß die sogenannten Matricularbeiträge der Einzelstaaten bez. das Mehr, das diese über die ihnen aus den Zöllen zuziehenden Quoten an das Reich abzuliefern haben, künftig in Wegfall kommen könnten. Damit also in den Einzelstaaten die direkten Steuern nicht erhöht zu werden brauchen, sollen die direkten Steuerzahler, die bestehenden Klassen, sollen entlastet werden zu Ungunsten der indirekten Steuerzahler, der armen, nichtbesitzenden, nothleidenden Klassen.

Im Ganzen fordert Herr Miquel rund hundert Millionen neuer Steuern, die Tabaksteuer sollte ein Mehrergebnis liefern von circa 45 Millionen, die Weinsteuer von circa 17 1/2 Millionen, die Steuerpeleuer von ungefähr 35 Millionen.

Gegen die Erhöhung der Börsensteuer hätten auch wir nichts einzuwenden, wenn ihr gegenüber eine Entlastung der indirekten Steuerzahler stattfände und ihr Erträgnis nicht für Zwecke des Militarismus verwendet würde. Angesichts des Zweckes der Börsensteuer aber müßten wir gegen dieselbe stimmen, unbekümmert darum, daß daraus wieder der alberne Anlaß hergeleitet werden würde, die Sozialdemokratie stehe im Dienste des Judenthums. Wenn eine Partei den Kampf gegen die Börsensteuer zu führen in der Lage und Willens ist, so die Sozialdemokratie, die den Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft führt. Innerhalb der heutigen Gesellschaft aber kann von Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen, ein ernsthafter Kampf gegen die Börsen überhaupt nicht geführt werden, weil die Börsen gleichsam das Herz der bürgerlichen Gesellschaft ist. Dieselben Leute, die angeblich diesen Kampf führen wollen, machen Geschäfte an der Börse, müssen die Börsenbewegungen zu ihren geschäftlichen Manipulationen, müssen diese nach den Aktionen jener richten; dieselbe Regierung, die zu diesem Kampfe aufgefodert werden soll, ist der beste Kofhänger der Börse, der Staat muß seine Anleihen, seine Konversionen durch die Börse begeben und von dieser die Bedingungen sich diktieren lassen. Wer also heute von einem ernsthaften Kampfe gegen die Börsen spricht, versteht das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft nicht oder dementirt mit demagogischen Hintergedanken.

Nach den Worten des Reichskanzlers sollten die „leistungsfähigen Schultern“ zur Steuer herangezogen, die „schwächeren Kräfte geschont“ werden. Daß die Quittungssteuer, die Frachtschmelpe-Steuer aber vorzugsweise den Handwerkerstand treffen müßten, der heute in ausichtslossten Ringen mit dem Großkapital von Stufe zu Stufe des bürgerlichen Wohlstandes herunterstinkt, bis er im beschloßenen Proletariate untergeht, darüber waren sogar die bürgerlichen Parteien gegen die Regierung einig.

Anders bei der Tabakfabrikat-Steuer. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichskanzlers konnten die Brau- und Brauwirtschaften nicht leicht mehr in Frage kommen, ohne das Ansehen der Regierung allzusehr zu erschüttern. Von einer direkten Einkommensteuer, von einer Heranziehung der bestehenden Klassen zu den Kosten der Militärvorlage wollten weder die Regierung, noch weniger die herrschenden Parteien, die Vertreter der bestehenden Klassen, etwas wissen. Aufgebracht müssen die Mittel aber werden; deshalb ist auch die Stellung der bürgerlichen Parteien, von gewissen Interessentkreisen abgesehen, der Tabaksteuer gegenüber eine solche, daß sich deren Annahme, wenn auch nicht in der Fassung und Ausdehnung der Regierungsvorlage, befürchten läßt.

Unsere Stellung war natürlich gegeben, und unsere Redner gaben unserem Standpunkt auch energischen Ausdruck. So soll der Tabak „bluten“ mußte, waren es immer die Arbeiter, die die Zeche in Gestalt vermindelter Löhne zu zahlen hatten, niemals die Großfabrikanten. Noch 1892 hatte der Reichskanzler erklärt, von einer Erhöhung der Tabaksteuer sei in jeder Form Abstand genommen und jetzt legt ein Gesetz vor, daß den Tabak mit 66 2/3 pCt., die Zigarren mit 33 1/2 pCt. höher besteuere. Das heiße die Industrie ruinieren. Durch die Festsetzung von 33 pCt. auf den Fakturawert der Zigarre lege die Regierung geradezu eine Prämie auf Lohnreduktion, denn 89 pCt. der gesammten Zigarrenproduktion umfassen die billige Zigarre für den Massenkonsum. Die Regierung selbst nehme einen Rückgang des Konsums um 25 pCt. an, das heiße in der heutigen Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit 30—40 000 Arbeiter dauernd ergebnislos machen. In Wirklichkeit treffe diese Maßregel aber 40—50 000 Arbeiter, also mit den Familiengliedern 100 000 Personen, die dem Elend, der Noth, dem Verderben überliefert werden. Und das in einem Augenblicke gegenüber den Armeisten der Armen, wo dieselbe Regierung den Reichthum der Reichen die „Liebesgaben“ schesselweise zusichert. Wäre für unsere Partei nur der Gesichtspunkt maßgebend, daß eine solche Maßregel Verbitterung und Haß, Noth und Elend erzeugen und verbreiten müsse, dann müßten wir eigentlich für Annahme eines solchen Gesetzesentwurfes eintreten, weil derselbe, wie kein anderer, revolutionär zu wirken geeignet ist.

Die Furcht vor diesen Konsequenzen mag es wohl auch gewesen sein, daß der Tabaksteuer-Entwurf nach der ersten Verathung für diese Session begraben blieb, aber Nationalliberale

und Zentrum haben sich zum Schachern bereit erklärt, und wenn ihnen ihre Wähler nicht mit aller Energie auf den Leib rücken, wird der Tabak, trotz aller schönklingenden Redensarten von den leistungsfähigen Schultern und der Schonung der schwächeren Volksklassen, „mehr bluten müssen“.

Auch die Weinsteuer lief in der Miquel'schen Fassung auf Ergebnislosigkeit der kleinen Besitzer hinaus, gerade wie die projektuale Besteuerungsform die kapitalistischen Weinbändler gegenüber den wirtschaftlich Schwächeren zu stärken geeignet war, da sie ersteren es möglich macht, manche Weine unterhalb der Steuergrenze einzuführen, für welche der Weinbändler schon die hohe Steuer entrichten muß.

Auch dieser Entwurf wurde in einer Kommission begraben, so daß von dem ganzen Steuerbouquet vorerst nur die Börsensteuer-Erhöhung Gesetzeskraft erlangt hat.

Die sogenannten „kleinen“ Handelsverträge (mit Spanien, Serbien und Rumänien) wurden von den Agrariern benutzt, gegen den „neuen Kurs“ Sturm zu laufen, um womöglich sowohl den Kanzler zu stürzen, als insbesondere den Handelsvertrag mit Rußland zu Fall zu bringen. So gleichgiltig und dieser Streit der beiden feindlichen Brüder lassen konnte, so stimmten wir doch, wie seiner Zeit für den österreichischen Handelsvertrag auch hier sowohl für die Verträge mit Spanien, Serbien und Rumänien, wie für den russischen Handelsvertrag. Wachten sie dem wirtschaftlichen Ausnahmestande, dem das Deutsche Reich durch die Schutzoll-Wera unterworfen wurde, auch kein Ende, so legten sie doch in das System der Klauvolitik zu Gunsten der ostpreussischen Junker Bresche und verminderten die systematische Lebensmittelerhebung. Dagegen nahmen wir Stellung gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, weil diese Maßregel nur den Zweck hatte, den ostpreussischen Junkern und Händlern für ihr Getreide über den Weltmarktpreis hinaus noch den Goldbetrag zu sichern — auf Kosten der ostpreussischen Konsumenten, also hauptsächlich der Industrie-Arbeiter in den Städten und aller in Geldlohn stehenden ländlichen Arbeiter. Nach den Grundfäden des gegenseitigen Handelsvertrages stimmten die „großen Parteien“ natürlich für diese neue Liebesgabe.

Mit der Erhebung des Etats, der Handelsverträge und der Steuervorlagen war die Hauptaufgabe des Reichstages in dieser Session erfüllt. Aus der Mitte des Hauses gelangten noch zur Erledigung die vom Zentrum eingebrachten Anträge auf Aufhebung des Jesuitengesetzes und Abänderung des Wahlgesetzes, ebenso der Antrag auf Abänderung des Handelsgesetzes in bezug auf die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen.

Für die Aufhebung des Jesuitengesetzes trat auch unsere Fraktion ein als Gegnerin jeglichen Ausnahmengesetzes und Verstärker des Grundgesetzes: Gleiches Recht für Alle. Bei der Abänderung des Wahlgesetzes handelte es sich um Sicherung des Wahlgeheimnisses, insofern als die Stimmzettel in amtlichen Kewerts verschlossen abgegeben werden sollen und zu diesem Zweck in jedem Wahllokal für den Wähler ein sowohl dem Wahlbureau wie den Parteien unzugänglicher Isolirraum geschaffen werden soll. In der Theorie sind ja alle Parteien für die Wahlfreiheit, in der Praxis steht es freilich für die Arbeiter anders. Wir stimmten für diese Abänderungen, obgleich sie nicht alle unsere Wünsche erfüllt und obgleich unsere Forderung, den Wahltag auf den Sonntag zu verlegen, rundweg zurückgewiesen wurde. Bei Abänderung des Handelsgesetzes galt es, eine Minimal-Kündigungsfrist von 4 Wochen für die Gehilfen zu erlangen und den Grundhaß der gleichen Kündigungsfristen für Prinzipal und Gehilfen aus der Gewerbe-Ordnung zu übernehmen und endlich das Recht des Gehilfen auf ein Zeugnis über Art und Dauer seines Engagements festzusetzen. Unser Antrag, die Kündigung auf den ersten Monatstag zu bezingen, wurde abgelehnt; ein anderer, für Krankheitsfälle die Lohnzahlung und Unterhaltspflicht auf die Dauer der Kündigungszeit dem Prinzipal aufzulegen, in zweiter Lesung angenommen, in dritter aber wieder abgelehnt. Trotzdem stimmten auch wir für den Antrag, der eine thatsächliche Besserung der heutigen Verhältnisse für die Gehilfen bedeutet. Bei der heutigen Stellung des Bundesraths ist indes kaum daran zu zweifeln, daß mindestens die ersten beiden Anträge dessen Zustimmung nicht finden, sondern in den Papierkorb wandern werden.

Eine Reihe anderer Anträge aus der Mitte des Hauses gelangten nicht zum Abschluß: der von den Konservativen bewogene Antrag eingetragene Antrag auf Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wendete sich in der Form gegen das Marxensystem, ging aber in seiner Absicht darauf hinaus, die Beitragspflichten zu dieser Versicherung von den Schultern der Industriellen und Landwirthe abzunehmen und das Versicherungsgebiet einzuzengen, während wir bekanntlich eine Vereinfachung der Organisation und Ausdehnung der Leistungen fordern. Der Zentrumsantrag gegen die Erwerbslosenvereine u. dergl., von dessen Wirkungslosigkeit die Antragsteller wohl selbst überzeugt sind, konnte von uns selbstverständlich auch nicht unterstützt werden, wohl aber der ebenfalls vom Zentrum ausgehende Antrag, den Berufs-Vereinigungen juristische Rechte zu verleihen. Unsere Redner wiesen auf die Willkür der Behörden in ihren Maßregeln gegen rein gewerkschaftliche Organisationen hin, zeigten, wie häufig in den großen wirtschaftlichen Kämpfen um bessere Löhne, günstiger Arbeitsverhältnisse, kürzere Arbeitszeit die Behörden offen Partei für die Unternehmer ergriffen, geißelten die völlige Rechtlosigkeit großer Arbeiterkategorien, z. B. der Schiffer, der in der Zuderindustrie beschäftigten Arbeiter (soweit diese mit der Landwirtschaft verbunden) und der ländlichen Arbeiter überhaupt. In der Diskussion kam auch bei dieser Gelegenheit der ganze Haß und die ganze brutale Unterdrückung des deutschen Unternehmertums gegen alles, was Koalitionsrecht der Arbeiter heißt, wieder einmal zum Vorschein.

Gegen die Anträge der Agrarier auf Erlass eines Heimstätten-Gesetzes und Einführung des Getreidemonopols vertreten wir dort die Interessen der Arbeiter, hier die der Konsumenten. Für das Heimstätten-Gesetz ist nur östlich der Elbe ein Bedürfnis vorhanden — bei den adligen Großgrundbesitzern. Diese verlangen billige Tagelöhner, und um ihnen diese gegen entsprechend schlechte Bezahlung und noch elendere Behandlung zu sichern, soll aus allgemeinen Mitteln eine neue Art Sklaverei, die Schollenspflichtigkeit geschaffen werden. Noch unverbätter trat die Begehrlichkeit der gehätselten ostelbischen Junker beim Getreidemonopol zu Tage. Um ein paar Tausend Markern von der traurigen Oekonomie, wie unser Redner sich ausdrückte, aus der Tasche der armen Konsumenten einen jährlichen, die Produktionskosten weit übersteigenden Mindestpreis zu garantiren, soll der Staat zum privilegierten Kornwucher gezwungen werden. Die Herren Junker, die mit ihrem Antrag die augenscheinliche Ueberflüssigkeit des ganzen landwirtschaftlichen Unternehmertums aufs Unwiderlegliche dokumentirten, verlangten dafür vom Staate noch eine Schwarzopferprämie. Daß aber auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, um diese künstliche Erhöhung der Lebensmittelpreise auszugleichen, durch Gewährung politischer und wirtschaftlicher Aktionsfreiheit in den Stand gesetzt werden müsse, ihre Löhne zu erhöhen, davon wollen diese Landsknechte der Reaktion natürlich nichts wissen. Für sie Schwarzopferprämien — für die Arbeiterklasse Kaufmengesetze!

Unsere Fraktions-Anträge:

1. Regelung und Verneuerung der Wahlkreise.
2. Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Volksvertretungen in allen Bundesstaaten.
3. Einheitsliche und freie Regelung des Vereins- und Versammlungrechts und Sicherstellung der Koalitionsfreiheit.

4. Einführung der Gewerbe-Ordnung und des Reichsgesetzes in Elsass-Lothringen.

5. Abänderung des Art. 81 der Reichsverfassung (betr. Verhaftung und Verfolgung der Mitglieder des Reichstags.) Ebenso ein von Fraktionsmitgliedern gestellter Antrag auf Aufhebung des Zupfzwanges.

Lernen in der verflochtenen Session überhaupt nicht mehr zur Beratung. Einmal ist die Möglichkeit, Anträge aus der Mitte des Hauses zur Behandlung zu bringen, eine durch die Geschäftsordnung und Praxis des Hauses ohnehin sehr beschränkte; dann gelangen die Anträge an den sogenannten „Schwerinstagen“, die je nach der Fülle der dem Hause vorliegenden und zur Erledigung zu bringenden Arbeiten auch häufig in Ausfall kommen, in der Reihenfolge des Eingangs zur Erledigung. In der letzten Session aber hatte sowohl das Zentrum wie die Konservativen bereits sofort nach Zusammentritt des Reichstags ihre aus der letzten Session zurückgestellten Anträge wieder beim Präsidium des Reichstags eingebracht und waren somit uns wie allen übrigen Parteien zuvorgekommen. Wenn wir auch für die nächste Session des Reichstags uns gegen derartige Eventualitäten zu sichern vermögen, so dürfen wir uns doch der Tatsache nicht verschließen, daß es bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags für unsere Fraktion geradezu weggeworfene Mühe und Arbeit wäre, wollten wir, wie es einzelne Genossen jenseits in ihren Anträgen zum Parteitag wünschen, die von uns an das Parlament zu stellenden Forderungen immer in Form von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen dem Hause vorlegen. Bei dem Fehlen jeglicher Aussicht für die Annahme unserer Anträge müssen wir uns darauf beschränken, die Nothwendigkeit der von uns geforderten legislativen Schritte nachzuweisen und zu betonen, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Einzelnen aber müssen wir von der Regierung bzw. den Faktoren verlangen, die ihrer Stellung nach für solche Arbeiten berufen sind und dafür vom Reiche besoldet werden.

Der auch im letzten Winter auf der Arbeiterbevölkerung lastende furchtbare Nothstand veranlaßte unsere Fraktion, auf dem Wege einer Interpellation am 22. Januar an die Regierung die Frage zu stellen:

Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um den notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der infolge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volksteilen herrscht?

Die mit früheren Interpellationen gemachten Erfahrungen halten unser Vertrauen in die Einsicht und den guten Willen der Regierung nicht allzu hoch gespannt; aber auch die Antwort des Regierungsvorsetzenden, Staatssekretärs Dr. Bötticher, zeigte, daß die Arbeiterklasse nach dieser Richtung hin gar nichts zu erwarten hat. Die Regierung weiß nichts von einem allgemeinen Nothstand, sieht keinen; wo, wie in den großen Städten, auf industriellem Gebiet theilweise ein Nothstand vorhanden, da trifft er — auch den Unternehmer; dagegen ist in einer ganzen Reihe von Industrien der Geschäftsgang ein günstiger: in der Zuckerindustrie, in einem großen Theile der chemischen Industrie, in der Schuhwaren-Industrie, in den Brauereien, in der Textilindustrie, im Bergbau. Nur daß hier die armen Millionär-Ringrüder mit gedrückten Preisen zu kämpfen haben. Ja, die Herren Arbeitgeber werden in ganz ungerechtfertigter Weise von den Sozialdemokraten verdächtigt, denn sie sind — immer nach Herrn von Bötticher — zum Theil mit sehr schweren Opfern bemüht gewesen, die Löhne zu erhalten. Auch die ewigen Klagen über die schlechten Löhne sind grundlos. Seit Jahren bewegen — immer wieder nach Herrn von Bötticher — in der Industrie die Löhne sich auf dem steigenden Aste, verfolgen eine erfreulich steigende Tendenz. Und wenn an einzelnen Orten Arbeitsmangel herrscht, in ganzen Provinzen, in Ostpreußen, in Ober-, Mittel- und Unterfranken, in Schwaben, in Sachsen herrscht Arbeitermangel! Und der Herr Minister, der bekanntlich auf einem Festessen seiner Zeit den rheinischen Industriearbeitern die charakteristischen Worte zugerufen hatte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ rief hier den nothleidenden Arbeitern zum Schluß die triviale Phrase zu: „Wenn nur Jeder an sich selbst bester, dann wird es besser werden.“ Unter dem Beifallgeschrei der „nothleidenden“ Agrarier und der armen Ausbeuter Stumm, Krupp, Hammacher und Konforten.

Von dem wenige Tage vorher stattgehabten Ueberfall auf eine in aller Ruhe aneinandergehenden Arbeitslosen-Versammlung und den dabei vorgekommenen Gewaltthaten — Vorgänge, über welche die gesammte Berliner Presse ohne jede Ausnahme und ohne Unterschied der Parteirichtung entrüstet war und wobei nur durch die Disziplin unserer Genossen ein so vielerseits erschütertes Blutbad verhindert wurde — von alledem war dem Herrn Minister „amlich nichts bekannt“.

In der auf unseren Antrag stattgehabten Besprechung der Interpellation gab diese Antwort natürlich Anlaß zur Kritik unseres ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Unser heutiger Staat ist eben ein Staat der Reichen, ein Reich der Kapitalisten. Nichts kennzeichnet das besser als der Schneidengang unserer „Sozialreform“. Nach drei vollen Jahren sind die paar lumpigen Bestimmungen über die Sonntagruhe der Arbeiter noch nicht einmal durchgeführt. Der Staat, die staatlichen Rasterbetriebe sind es, die in kapitalistischer Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte den Unternehmern vorangehen. Die Ersparnisse des Eisenbahnnetzes sind vielfach erzielt auf Kosten der Arbeiter: Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen, Verschärfung des Nothstandes, sind die Reversen dieser „Reform“. Staat und Staatsbetrieb marschieren nicht selten an der Spitze der Lohnrückerei: das über den Schellenkönig gepriesene „soziale Königthum“ hat seinen Kasackelzug gemacht. Es zeigte sich eben wieder einmal, daß die sozialen Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft die entscheidenden Faktoren sind, der Kapitalismus hat sich stärker erwiesen, denn das „soziale Königthum“. Aber das Reich soll nicht bloß ein Reich der Reichen sein; unser Staat wird getragen und erhalten von den Arbeitern; die Arbeiter haben das Recht vom Staat zu verlangen, daß er ihnen gegenüber seine Pflicht erfülle. Der Minister leugnet den Nothstand — aber er verweigert im Namen der Regierung die Veranlassung einer Arbeitslosenstatistik. Er weist Hand in Hand mit dem Ausbeutertum die Forderung des Achtundtags, die Vernahme von Staatsarbeiten, die Durchführung großer durchgreifender sozialer Gesetze zurück, er weist Alles zurück, was seitens der Vertreter der Arbeiterklasse im Interesse der Arbeiter verlangt wird.

Die Arbeiter werden für dieses Verhalten der Regierung und ihrer Vertreter zur gegebenen Stunde die Rechnung aufstellen und die sozialdemokratische Partei, die auch in dieser Frage wieder den Beweis dafür erbracht, daß sie allein die Vertretung der Arbeiterinteressen übernommen hat, wird sie prompt präsentieren.

So beschränkt nun auch bei der jetzigen Zusammenfassung des Reichstags der Thätigkeitskreis für unsere Fraktion im Parlamente ist, wir glauben von uns sagen zu dürfen, daß wir unsere Pflicht nach besten Kräften erfüllt haben. Wo die Interessen der Arbeiterklasse in Frage standen, sind wir dafür eingetreten, wo eine Gelegenheit zur Anklage, zur Kritik der gesellschaftlichen und politischen Zustände gegeben war, wurde sie geübt. So oft es möglich war, von der Tribüne des Parlaments die breiten Massen über unsere Ziele, über Absichten und Pläne der Gegner aufzuklären, ist es nach bestem Können geschehen — nie wurde das Endziel unserer Bestrebungen aus dem Auge gelassen: daß all' unser parlamentarische Wirken bloß ein Stück der großen Aufgabe ist, die der Sozialdemokratie als Mission anheilt: die Massen zu unterrichten und aufzuklären, ihnen die Nothwendigkeit des Klassen-

kampfes zu zeigen und sie für denselben zu organisiren, um sie in den Stand zu setzen, an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die den Arbeiter zum Sklaven des Besitzers der Arbeitswerkzeuge macht und den Interessengegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten bedingt und stetig steigert, die sozialistische Wirtschaftsordnung zu setzen, gegründet auf die Solidarität und Interessengemeinschaft Aller: „Alle gleich und Alle frei!“

Das ländliche Agitations-Programm der französischen Genossen.

(Schluß.)

VI. Einkauf landwirtschaftlicher Maschinen durch die Gemeinde und ihre Vermietung an die Landbevölkerung zum Selbstkostenpreise. Gründung von Landarbeiter-Genossenschaften für den Einkauf von Dünger, Drainröhren, Saatgetreide, Pflanzen u. s. w. und für den Verkauf der Ernte.

Die kleinen Bauern sind nicht reich genug, um landwirtschaftliche Maschinen kaufen zu können, und selbst wenn sie die Mittel dazu besäßen, lohnte es nicht, Maschinen anzuschaffen, weil ihre Acker zu klein sind. Die kleinen Bauern müssen sich also Maschinen entweder sehr theuer gerade für diejenige Zeit mieten, in welcher sie solche brauchen, oder sie müssen mit Handarbeit dasjenige schaffen, was der Großgrundbesitzer viel vortheilhafter mit der Maschine machen läßt.

Was aber nun der kleine Mann auf dem Lande aus eigenen Kräften nicht leisten kann, das vermag die Gemeinde. Die Arbeiterpartei verlangt deshalb, daß jede Gemeinde eine Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen kauft, die nach den Bedürfnissen ihrer Einwohner ausgewählt werden, und daß sie dieselben zu einem möglichst niedrigen Preise an die Bauern vermietet, sodas nur Abnutzung und Unterhaltung bezahlt werden.

Die Bauern werden aber auch von den Händlern mit Düngemitteln, Drainröhren, Saatgetreide, Pflanzen u. s. w. überfordert. Die Arbeiterpartei verlangt deshalb, daß ihnen die Vereinigung zu Genossenschaften nahegelegt wird, in denen sie wie die Großgrundbesitzer beim Einkauf im Großen besser und billiger beziehen.

Diese Genossenschaften könnten gleichzeitig den Verkauf der Ernte und des Schlachtviehs übernehmen, der dann zu besseren Bedingungen gethätigt werden würde, als heute.

Einstweilen verlangt die Arbeiterpartei, daß Staat und Gemeinde Beamte anstellen, welche die Verkäufe überwachen, damit die Bauern nicht so betrogen werden, wie die Nebenbauern durch die Zuckerfabriken.

Die ländlichen Gemeindeverwaltungen könnten ebenfalls den Ankauf der Saat, des Düngers u. s. w. sowie den Verkauf der Ernte vermitteln; sie müßten nur mit den städtischen Gemeindeverwaltungen direkte Geschäftsverbindungen anknüpfen, in der Art, wie es unser Genosse Abg. Lafargue in seinem und bei der Kammer kürzlich gestellten Antrag auf Errichtung von Kassen zum Lebensmittel-Ankauf vorschlägt.

VII. Abschaffung des Stempels für Kaufverträge über Grundstücke im Werthe von unter 5000 Franks.

Die Bauern bringen den größten Theil der Steuern auf, ohne den entsprechenden Nutzen davon zu haben. Beispielsweise zahlen sie für die Unterhaltung der Wege viel mehr als die Großgrundbesitzer; aber gerade die schwer beladenen Wagen der letzteren ruiniren die ohnehin nicht sehr guten Landwege.

Die Steuern werden bei den kleinen Leuten ohne Rücksicht eingetrieben; je weniger diese besitzen, desto schärfer werden sie angepackt, angeblich im Interesse der Gleichheit. Ein Bauer, der durch Kauf oder Erbschaft einen Acker von ein paar Hundert Franks Werth erwirbt, muß verhältnismäßig genau so viel Stempel zahlen wie ein Millionär, dem ein Gut im Werthe von mehreren Hunderttausend Franks zufällt. Der Kauf- und Erbschaftsstempel ist für Arme so hoch, wie für Reiche.

Die Kaufverträge über Grundstücke zahlen 4 pCt. Stempel, abgesehen von 1/2 pCt. für Umschreibung zu entrichten, das macht 5,50 Franks für jedes Hundert Franks. Aber 5,50 Franks ist eine Kleinigkeit für Denjenigen, welcher Hunderttausende besitzt, während sie Denjenigen sehr stark drücken, der nur einige Tausend Franks hat und nur zu oft lediglich auf Kredit kauft. Es ist das Gegentheil von Gleichheit, wenn man den Armen ebenso belastet, wie den Reichen.

Die Arbeiterpartei, welche wirkliche Gleichheit herbeiführen will, verlangt, daß man die Steuern, welche den Bauern bedrücken, aufhebt und den Anfang mit dem Stempel für Kaufverträge oder Erbschaftsverträge über Grundstücke von unter 5000 Franks Werth macht.

In Deutschland wird von Erbschaften, welche den Betrag von 187 Franks nicht übersteigen, überhaupt keine Steuer erhoben; in Frankreich muß eine Abgabe an den Staat gezahlt werden, auch wenn jemand nur einen Schweinestall für 50 oder 25 Franks erbt.

Die Arbeiterpartei verlangt also für die Bauern dasselbe, was die Sozialdemokratie in verschiedenen Städten bereits durchgeführt hat für die kleinen Wirthe, die von der Mieth- und Personalsteuer befreit worden sind.

VIII. Ermäßigung der Pachten durch schiedsgerichtliche Kommissionen, wie in Irland, und Einführung einer Entschädigung, die an auscheidende Pächter für den Mehrerwerb zu zahlen ist, den sie dem Grundstück gegeben haben.

Im monarchischen England hat man vor einigen Jahren schiedsgerichtliche Kommissionen einsetzen müssen, bei denen die irländischen Pächter ihre Beschwerden anbringen konnten. Wenn die Pächter nachzuweisen vermochten, daß sie das Unglück mehrerer schlechter Ernten hintereinander gehabt hatten, oder daß die

*) Die kleinen Bauern (von 1 bis 5 Hektar) bilden eine Bevölkerung von 7 800 000 Köpfen in Frankreich und besitzen zusammen nur 11 Mill. Hektar, während die 29 000 Großgrundbesitzer allein mehr als 12 Mill. Hektar besitzen.

**) Das trifft schon deshalb nicht ganz zu, weil wir in Deutschland überhaupt keine einheitliche Erbschaftsteuer haben. D. Ueberf.

***) Damit die kleinen Grundbesitzer sich über den Vortheil klar werden, den sie aus der von der Arbeiterpartei vorgeschlagenen Reform ziehen würden, führen wir im Nachfolgenden die Abgaben auf, welche beim Uebergang von Grundstücken unter Lebenden und im Todesfalle zu zahlen sind.

Kaufvertragsstempel	pCt. 4.—
Umschreibungsgebühr	1,50
Zusammen	5,50
Stempel für Uebergabeverträge unter Lebenden:	pCt.
1. In direkter Linie oder durch Ehevertrag	2,75
Durch andere Verträge	4.—
2. Zwischen Ehegatten durch Ehevertrag	3.—
Durch andere Verträge	4.—
3. Unter Geschwistern, Unceln, Tanten und Geschwisterkindern durch Ehevertrag	4,50
Durch andere Verträge	6,50
Stempelabgabe im Uebergangsfalle infolge Erbschaft in direkter Linie, Eltern oder Kinder	1.—
Zwischen Ehegatten (Ehenk. od. Testament)	3.—
In der Seitenlinie, zwischen Geschwistern u.	6,50

Pacht, für welchen sie das Gut übernommen hatten, zu hoch war, so wurden ihre Pacht revidirt und stellenweise bis auf die Hälfte herabgesetzt.

Die Arbeiterpartei verlangt, daß die Republik in ähnlicher Weise eingreifen soll zu gunsten der französischen Pächter, damit sich diese nicht ruiniren, um einige faulenzende Großgrundbesitzer reich zu machen. Wir fordern deshalb, daß in allen Departements eben solche Kommissionen gebildet werden, die aus Landwirthen und einem Friedensrichter bestehen.

Die Einrichtung solcher Kommissionen ist umso nothwendiger, als die Pächter sehr oft Güter weit über ihren wirklichen Werth übernehmen und sie dann im Werthe steigern, weil sie nicht unbeschäftigt bleiben wollen und sich eine heftige Konkurrenz beim Bieten machen.

Andererseits ist der Pächter gezwungen, große Auslagen für Dünger, Drainage, Bauen, Pflanzungen u. s. w. zu machen, um das Gut in die Höhe zu bringen, das er übernommen hat. Wenn aber die Pacht zu Ende geht, kommen alle diese Verbesserungen, die mit dem Geld und der Arbeit des Pächters gemacht sind, ohne Weiteres dem Grundbesitzer zu gute, der seinen Pfennig ausgegeben, seine Hand gerührt hat und doch den Nutzen zieht, indem er wieder theurer verpachtet.

Die Arbeiterpartei verlangt, daß man in allen Departements Kommissionen einsetzt, welche den durch die Pächter erzielten Mehrerwerb zu schätzen und den Grundbesitzer anzuhalten haben, sich diesen Mehrerwerb vom abgehenden Pächter anrechnen zu lassen.

IX. Streichung des Artikel 2102 des Code civil (bürgerlichen Gesetzbuches), welcher dem Grundbesitzer ein Pfandrecht auf die Ernte des Pächters giebt (Pfandung auf dem Halme). Unpfändbarkeit der Ackerwerkzeuge, der Ernte, „Samen“, Dünger- und Viehvorräthe, die zur Ausübung seines Gewerbes unentbehrlich sind.

Der Artikel 2102 des Code civil, dessen Abschaffung die Arbeiterpartei verlangt, giebt dem Grundeigentümer ein Recht, auf alles Besitzthum seines Pächters oder Miethers, auf die Jahresrenten, auf den Erlös alles desjenigen, womit Wohnung und Gut ausgestattet sind, sowie auf alles, was zur Bewirthschaftung des Gutes dient, ganz wie es die Könige in früheren Jahrhunderten hatten.

Niemand sonst besitzt heute so weitgehende Rechte, wie die Grundeigentümer; ein gewöhnlicher Gläubiger kann das Besitzthum seines Schuldners erst dann pfänden lassen, wenn er ein vollstreckbares Urtheil in der Hand hat.

Der Grundeigentümer kann ohne Prozeß und Urtheil alle Möbel in der Wohnung des Pächters und auf dem Gut pfänden, sogar dann, wenn sie weggeschafft sind, und zwar 40 Tage lang nach der Wegschaffung des Gutmobilars, 14 Tage lang das Wohnungsmobilar des Pächters.

Sein Recht geht so weit, daß er die Möbel und Werkzeuge pfänden und verkaufen lassen kann, die seinem Pächter gar nicht gehören, die ihm aber geliehen oder auf Kredit verkauft wurden.

So lange diese Bestimmungen nicht abgeschafft sind, wird der Pächter sehr schwer Kredit bekommen, denn er kann dem Verleiher keine Sicherheit bieten, weil sich der Grundeigentümer vor allen anderen Gläubigern aus der Ernte, dem Mobilar und den Ackerwerkzeugen bezahlt macht.

Die Pfandung auf dem Halme ist ein anderes Vorzugrecht, dessen Abschaffung ebenso wichtig für den Bauer ist. Denn ein Gläubiger, der ein vollstreckbares Urtheil in der Hand hat, kann die Früchte, die noch mittel- oder unmittelbar im Boden wurzeln, wie Getreide, Weintrauben, Heu, Gemüse, kurz die ganze Ernte seines Schuldners schon sechs Wochen vor der Reife pfänden und braucht dem Schuldner nicht das Geringste für seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu lassen. Er kann ihn vollständig ausplündern.

Die Arbeiterpartei will den kleinen Landwirth und die Pächter vor solcher Ausbeutung durch Wucherer und Großgrundbesitzer schützen und verlangt deshalb, daß man einen gewissen Theil der Habe des Landwirths und Pächters für unpfändbar erklärt, vor allem die Ackerwerkzeuge, die Maschinen, den Vorrath an Ernte, Saat, Dünger und Vieh, der zum Leben und zum Wirtschaften unentbehrlich ist.

X. Revision des Katasters und vorläufige Parzellenrevision durch die Gemeinden.

Seit Jahren wird die Revision des Grundkatasters vergeblich gefordert. Und doch ist sie so dringend nothwendig für eine gerechtere Verteilung der Grundsteuer.

Als man vor 40 Jahren den Grundkataster feststellte, waren viele Grundstücke bewaldet, ungebaut oder man hielt sie für nicht anbaufähig. Eine große Anzahl derselben ist heute abgeholt und erfolgreich angebaut. Dennoch zahlen sie entweder gar keine oder eine ganz lächerlich geringe Steuer.

Die Revision des Katasters erfordert, wie bekannt, Jahre und kostet Millionen, was natürlich kein Grund ist, sie zu unterlassen. Zwischen muß aber jede Gemeinde, wie ihr dies das Gesetz gestattet, eine Revision nach Parzellen innerhalb ihres Bezirks vornehmen, um die Steuergrundlage richtig zu stellen und dadurch die kleinen Landwirthe zu entlasten, die so schwer und ungerecht mitgenommen werden.

XI. Unentgeltlicher Unterricht in der Ackerbaukunde und ländliche Versuchsfelder.

Der Landwirth muß heutzutage ein gebildeter Mann sein, um die chemischen Düngemittel und ihre der Bodenbeschaffenheit angepasste Verwendungsweise, sowie das beste Saatgut zu erkennen, das den schönsten Ertrag liefert und sich für Klima und Boden am meisten eignet. Er muß außerdem in bezug auf landwirtschaftliche Maschinen und ihre Anwendung auf dem Laufen sein.

Die Arbeiterpartei verlangt, daß für jedes Departement mehrere landwirtschaftliche Lehrer angestellt werden, welche die Landwirthe aller Ortschaften nach der Reihe über die neuesten Ergebnisse der Ackerbau-Wissenschaft und über die Verbesserungen im landwirtschaftlichen Maschinenwesen unterrichten. Die Volksschullehrer und Lehrerinnen müßten diesem Unterricht beizugehen, um die Früchte desselben nach dem Weggang des landwirtschaftlichen Lehrers der Jugend immer wieder mittheilen zu können. Gemeinden und Departements hätten den ohnehin mäßigen Lehrergehalt zu erhöhen, um jene Mehrarbeit entsprechend zu bezahlen.

Die Arbeiterpartei verlangt ebenso für jedes Departement die Anlegung eines oder mehrerer landwirtschaftlicher Versuchsfelder für den praktischen Unterricht. Auf diesen Feldern würde man Versuche mit neuen Kulturen, Saaten, Pflanzen und Düngemitteln machen. Außerdem würde auf ihnen die Obstbaumzucht und Gemüsegärtnerie gelehrt werden.

Bauern und Landarbeiter!

Ihr wißt jetzt, wie die Arbeiterpartei, vor der man Euch graulich gemacht hat, Eure Interessen vertreten will.

Ihr wißt, weshalb sie sich an Euch wendet und Euch auffordert, Euch den organisirten Industriearbeitern anzuschließen, damit die falschen Republikaner, welche jetzt die Macht in Händen haben und Euch ausbeuten, davon gejagt werden und die Partei der Arbeit und Reform an das Ruder kommt.

Ihr werdet Euch der Arbeiterpartei anschließen, die als erste unter allen Eure Sache in die Hand genommen und die einzige Partei ist, die Euch nicht Steine für Brot bietet.

Ihr werdet überall für unsere Kandidaten stimmen, weil Ihr damit für ein Programm stimmt, das für das ganze Land eine sofortige Besserung der Verhältnisse bedeutet.

Ihr werdet noch etwas thun: in den Wahlkreisen, in denen kein Kandidat von uns aufgestellt wird, werdet Ihr nur für diejenigen stimmen, welche sich schriftlich verpflichten, für die Reformen einzutreten, welche unser Programm enthält.

Ihr werdet Euch dieses schriftliche Versprechen durch Unter-

Schrift in öffentlicher Versammlung geben lassen und Ihr werdet es, damit der Vorstand der Arbeiterpartei kontrollieren kann, ob es gehalten wird, an einen seiner beiden Schriftführer (solange die Adressen) einfinden.

Wenn Ihr alles dies tut, so werdet Ihr die erste Hand an das Werk Eurer Befreiung legen.

Die Erweiterung dieses landlichen Agitationsprogramms unserer französischen Genossen, die von ihnen auf ihrem letzten Kongress zu Nantes am 18. September d. J. beschlossen wurde, bezieht sich auf zweierlei: auf eine Vermehrung der Einzelpunkte, und auf eine grundsätzliche Umarbeitung der Einleitung. Als neue Einzelpunkte wurden, wie f. B. schon berichtet, eingefügt: 1. Umgestaltung des Steuersystems; Einführung einer Progressivsteuer. 2. Freiheit der Jagd und des Fischfanges; Aufhebung der großen Privatjagdgründe; Schutz für Wild und Fische. 3. Herabsetzung des gesetzlichen Zinsfußes. 4. Herabsetzung der Eisenbahntarife zur Erleichterung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte. 5. Entschädigung der Reservisten während der 28 und 18 Tage, die sie unter den Fahnen stehen. 6. Gewährung unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Arzneilieferung. 7. Öffentliche Arbeiten zur Förderung der Landwirtschaft, wie z. B. Bewässerungsarbeiten.

Die neue Fassung der Einleitung geben wir ebenfalls wörtlich wieder, obgleich sie in demselben Wortlaute bereits im „Vorwärts“ vom 25. v. M. gebracht wurde: „In Erwägung, daß laut des allgemeinen Programms der Partei, die Produzenten nur frei sein können, wenn sie im Besitze der Produktionsmittel sind; in Erwägung, daß wenn auf dem industriellen Gebiete diese Produktionsmittel bereits einen solchen Grad kapitalistischer Konzentration erreicht haben, daß sie den Produzenten nur in kollektiver und gesellschaftlicher Form zurückerstattet werden können, es sich gegenwärtig, in Frankreich wenigstens, nicht ebenso auf dem landwirtschaftlichen Gebiete verhält, wo das Produktionsmittel, das ist der Grund und Boden, noch an vielen Punkten unter individuellem Titel im Besitze der Produzenten selber ist; in Erwägung, daß wenn dieser durch das bäuerliche Eigentum charakterisierte Stand der Dinge unvermeidlich zu verschwinden berufen ist, der Sozialismus diesen Prozeß nicht zu beschleunigen hat, da er nicht die Rolle hat, das Eigentum von der Arbeit zu trennen, sondern im Gegenteil diese beiden Faktoren jeder Produktion, deren Trennung die Knechtschaft und das Elend der ins Proletariat gesunkenen Arbeiter mit sich führt, in dieselben Hände zu vereinigen; in Erwägung, daß wenn es Pflicht des Sozialismus ist, vermittelt durch die Gleichheit der Vergewerke, Eisenbahnen, Hüttenwerke u. dergleichen widerrechtlichen Besitzern wieder abgenommenen weiten Besitzungen die landwirtschaftlichen Proletarier unter der kollektiven oder gesellschaftlichen Form wieder in den Besitz einzusetzen, es seine nicht minder gebieterische Pflicht ist, den Besitz der ihr Stücken Land selbst bebauenden Eigentümer gegen den Fiskus, den Wucher und die Eingriffe der neuen Bodenmagnaten zu schützen; in Erwägung, daß es angewiesen ist, diesen Schutz auf diejenigen Produzenten auszudehnen, die als Pächter oder Teilbauern den Boden Anderer bewirtschaften und die, wenn sie Tagelöhner anwerben, hierzu durch die Ausbeutung, deren Opfer sie selber sind, gewissermaßen gezwungen sind — hat die Arbeiterpartei, die im Gegensatz zu den Anarchisten die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung nicht von der Ausbeutung und Verschärfung des Elends erwartet und eine Befreiung der Arbeit und Gesellschaft nur in der Organisation und den vereinigten Bemühungen der sich der Regierung bemächtigenden und Gesetze vorschreibenden Arbeiter von Stadt und Land sieht, das folgende Programm angenommen, das bestimmt ist, alle Elemente der landwirtschaftlichen Produktion, alle Thatkräfte, die unter verschiedenem Titel dem Landesboden einen Werth verleihen, in demselben Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Grundelentum zu verbinden.“

Damit hoffen wir, fruchtbaren Stoff zur Debatte über die Landagitation auf dem bevorstehenden Parteitag geliefert zu haben.

Soziale Ueberblick.

Kapital und Arbeit. Den Aktionären der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann wurde kürzlich die frohliche Nachricht, daß sie 7 pCt. Dividende erhalten würden. Die Unterhaltungskasse der Beamten des alten Gewinn des Geschäftes 10 000 M. Und die Arbeiter? Den Akkordarbeitern der Branche 8 (Webstuhlbau) wurden neuerdings 10 pCt. vom Lohn abgezogen. Der wöchentliche Durchschnittslohn beträgt 22—24 M. Den Handarbeitern wurde nichts abgezogen, ihr Durchschnittslohn beträgt aber auch nur 13—15 M.

Ein Jubiläum. Der Scheinrath Saare hat am letzten Sonntag sein 40jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Dabei wurde auch seiner „Verdienste“ um die Bodumer Werke und um die „vaterländische Industrie“ gedacht. Ein Arbeiter versicherte im Namen seiner Kameraden, daß sie nie der rothen Fahne folgen würden. Sehr verdienstlich mag sich ja gewiß Herr Saare um die Gießerei-Fabrik gemacht haben; wie viel gestiftete Schienen mögen in den 40 Jahren seiner Thätigkeit mit unterlaufen sein. — Im letzten Rechnungsjahre beträgt der Reingewinn nach Abzug der erheblichen Abschreibungen 1 087 825,28 M.; die Dividende wird mit 4 1/2 pCt. vorgeschlagen.

Zur Erwiderung.

Es ist mir geradezu unerfindlich, wie der Vorstand des Berliner Bildungsvereins für Frauen und Mädchen dazu kommt, meine ganz allgemein gehaltene und außerdem unvollständig wieder gegeben en Ausführungen über Nichts-als-Frauenorganisationen auf sich zu beziehen und gegenüber den von mir charakterisierten Mischständen, die in vielen Frauenvereinen vorhanden sind, seine durchaus nicht angefochtene blühende Unschuld zu betheuern. In Berlin sind die Verhältnisse bezüglich der Frauenbewegung weder so typisch, noch so hervorragend, daß ich in Besprechung geführt worden wäre, auf sie besonders zu exemplifizieren. Ja, ich bekenne es offen und sage me culpa, mea maxima culpa, ich habe aus dem erwähnten Grunde bei meinem Referat nicht einmal an die Berliner Verhältnisse gedacht.

In meinem Vortrag habe ich lediglich die von mir seit Jahren in Wort und Schrift vertretene Anschauung entwickelt, daß überall da, wo die Vereins- und Versammlungsgesetze eine gemeinschaftliche Organisation von Männern und Frauen ermöglichen, diese gemeinschaftliche Organisation den Nur-Frauenvereinen vorzuziehen sei.

Ganz besonders widerrieth ich, auf gewerkschaftliche in Gebiete besondere Frauenorganisationen, Frauenclubs u. zu gründen. Ich begründete meine Ansicht u. a. unter Hinweis auf die Erfahrungen, welche man in England bezüglich der Nichts-als-Frauenorganisationen gemacht hat, unter Hinweis ferner auf eine ganze Reihe von Umständen, welche die Nur-Frauenorganisationen von vornherein im Kampfe gegen das Unternehmertum zur Ohnmacht verurtheilen.

Daß ich bei Charakterisierung der Frauenvereine der innerhalb derselben leider oft im Vordergrund stehenden Personeneinzelheiten Erwähnung thun mußte, weiß jeder, der einen Einblick in das Leben und in die Entwicklung dieser Organisation hat. Wenn ich ferner betonte, daß meines Erachtens die meisten Frauenvereine die eigentliche Aufgabe einer proletarischen Organisation: eine Kampforganisation zu sein, nicht lösen können, weil uns die Vereins- und Versammlungsgesetze daran hindern oder aber, soweit sie dieselben lösen könnten, durchaus verfehlen, indem sie zu wenig an die praktische Arbeit heranreifen, Material zu sammeln über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und dadurch zu einer Besserung derselben mitzuwirken, so ist das jedenfalls mein gutes Recht und wird meine Ueberzeugung bleiben, bis ich durch die Thatfachen eines anderen belehrt worden bin.

Wenn ich übrigens der Wahrheit gemäß konstatirte, daß die Mehrzahl der deutschen Frauenvereine leider keine befriedigende Entwicklung aufweist, so erwähnte ich jedoch auch der Wahrheit gemäß, daß sich eine kleinere Anzahl infolge einer vorzüglichen Leitung allen Schwierigkeiten zum Trotz ganz gedeihlich entwickelt. Es gereicht mir zur besonderen Freude, Dank der Notiz des Vorstandes des Berliner Bildungsvereins für Frauen und Mädchen nicht bloß schwarz auf weiß, sondern sogar gedruckt den Beweis dafür zu haben, daß ich in jüngster Zeit auch den fraglichen Verein den ausblühenden Organisationen beitreuen darf. Uebrigens erklärte ich, wie ich schon wiederholt erklärt habe, daß meines Erachtens die Frage nach der Form einer Organisation keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage ist, daß sie oft mit Berücksichtigung besonderer, so z. B. lokaler Verhältnisse entschieden werden müsse, und daß eine unvollkommenere Form der Organisation noch immerhin besser sei, als gar keine Organisation.

Stuttgart, den 14. Oktober 1894.

Klara Zellin.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den zweiten Kreis hielt am 17. Oktober im „Märkischen Hof“ eine hartbesuchte Versammlung ab. Laut Beschluß der vorigen Versammlung hatte der Vorstand den Genossen Kiesel, Vorsitzenden des Wahlvereins für den 6. Kreis, zu einem Referat über „Die Reorganisation der Wahlvereine“ aufgefordert. Redner besprach unter Hinweis auf die guten Erfolge im 6. Wahlkreise auch im 2. Kreise die Frage nach der Reorganisation der bisherigen Organisation. Stadthagen bekannte sich als Gegner der Reorganisation, weil die Form absolut gleichgültig sei. Was Kiesel über die guten Erfolge im 6. Kreise berichtet habe (vergleiche Nr. 229 des „Vorwärts“: Parteiversammlung für die Rosenthaler Vorstadt), sei lediglich der regen Thätigkeit eines Stammes tüchtiger Genossen zuzuschreiben. Es wäre ein Verthum, zu glauben, daß die Reorganisation irgend welchen Einfluß auf das Wachstum der Partei haben könne; die alte Organisation habe sich bewährt und deshalb erübrige, alle Reorganisationspläne abzulehnen. — Die weitere Diskussion, an der sich ca. 20 Genossen beteiligten, zog sich bis lange nach Mitternacht hin. Das Resultat der Verhandlungen war die Wahl einer „Einigungs-Kommission“ zur Vorberatung einer Statutenänderung.

Eine öffentliche Tapeziererversammlung, welche am 15. Oktober tagte, erörterte das Thema: „Die wirtschaftliche Lage und der Werth der Organisation.“ Genosse Robert Schmidt regierte hierzu. Derselbe schilderte die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und zeigte, wie sich aus denselben die allgemeine Erwerbsunsicherheit entwickelt. Redner besprach dann eingehend die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation, deren Nothwendigkeit er darlegte, indem er die Anwesenden namentlich auch auf die trassen Mischstände hinwies, die gelegentlich des letzten Streiks aus den Tapezierer-Verksstätten in die Öffentlichkeit gedrungen sind. (Beifall.) In der Diskussion hob Weis hervor, daß die Kollegenschaft nicht imstande ist, die durch den letzten Streik gewonnenen Vortheile festzuhalten, wenn sie nicht fest zur Organisation steht. Unter Verschiedenem erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, energisch auf die Durchführung des Boykotts zu wirken.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Zentrale Nord) hielt am 14. Oktober eine Wanderversammlung in Panow ab. Der Referent, Genosse Schulz-Steglich, sprach über das Thema: „Der Einfluß des Kapitalismus auf die Wohnungsverhältnisse.“ Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der die Genossen Brinkmann, Mehnert, Otto und Ehler, sowie die Frauen Suhmann, Schädlich, Altmacher, Meß und Ludwig recht mannigfaltige Schilderungen zum besten gaben über jene Höhlen, Spelunken und Löcher, die dem Proletariat heute als Wohnungen von dem profitwähigsten Kapitalisten in Stadt und Land für schweres Geld angewiesen werden. Während des Vortrages bemerkten die überwachenden Beamten, daß einige Kinder im Saal anwesend waren. Um ein unliebsames Ende der Versammlung zu vermeiden, kam man dem Verlangen der Beamten nach und entfernte die Kinder. Der Genosse Ehler nahm im Anschluß hieran Gelegenheit, auf das Ungeheuerliche dieser Forderung hinzuweisen. Die Versammlung konnte nunmehr bis zum Schluß ohne Störung togen. Unter Verschiedenem theilt Frau Ludwig mit, daß der Verein am 8. Oktober die Einrichtungen der Genossenschafts-Bäckerei besichtigt hat. Im Hinblick auf diese Einrichtungen, die den weitgehendsten Forderungen in sanitärer Beziehung gerecht werden, könne man nur den Frauen empfehlen, durch Entnahme von Brod die Genossenschaft recht eifrig zu unterstützen. Hierauf wurden die Zahlstellen bekannt gegeben; dieselben befinden sich Berlinerstraße 54 bei Frau Braun und Diederhofsstraße 8 bei Frau Mehnert. Nach dem Schlußwort des Referenten und der Aufnahme mehrerer Mitglieder erfolgte Schluß der Versammlung.

Vorlesung. Wer wird die neuen Steuern aufbringen? Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich eine sehr gut besuchte Versammlung, die am 11. Oktober im „Charlottenhof“ tagte. Der Reichstags-Abgeordnete Pastor Schall, Vertreter des Kreises, war von dem Einberufer zu dieser Versammlung eingeladen und hatte auch sein Erscheinen zugesagt. Das Referat hielt der Genosse Robert Schmidt. Die Ausführungen des Redners gipfelten in einer Kritik des Militarismus, und der damit im engen Zusammenhange stehenden ungeheuren Ansprüche an die Steuerkraft des Volkes. Eingehend besprach Redner die in der letzten Session des Reichstages von der Regierung eingebrachten Steuervorlagen und die Stellung der Partei gegenüber diesen Forderungen, um im Anschluß daran die schädliche Wirkung einer Tabaksteuer, wie sie auch jetzt wieder von der Regierung geplant wird, den Anwesenden vor Augen zu führen. Gegenüber diesen Ausführungen, denen ein reiches statistisches Material zur Seite stand, hatte Herr Schall einen schwierigen Standpunkt. Er beschränkte sich denn auch darauf, mit einigen oberflächlichen Bemerkungen gegen den Vorredner zu polemisieren. Seinen Standpunkt zur Tabaksteuer präzisirt Redner dahin, daß wenn eine Besteuerung der besseren Tabakforten gefordert wird, er für eine solche Besteuerung ein-

treten würde, im übrigen sei er überhaupt ein Anhänger der indirekten Besteuerung. Der Tabak ist ein Luxusartikel, dessen Genuß sich der Konsument enthalten kann, oder er muß sich mit einer minderwertigen Sorte begnügen. Er selbst habe sich an eine 4-Pfennig-Zigarre gewöhnt, die ihm vorzüglich munde.

Halten Sie fest zum Vaterlande, und lassen Sie sich nicht durch Schlagworte irre führen.“ Mit diesem Appell an die Anwesenden schließt der Redner, dessen Rede oftmals von ironischen Zwischenbemerkungen unterbrochen wurde. In der Entgegnung meint der Referent, daß in demselben Augenblick, wo der Vorredner eine Warnung ergehen läßt, sich nicht von Schlagworten irreführen zu lassen, dieser selbst zu einem Schlagwort eine Zuflucht nehme. Halten Sie fest zum Vaterlande! heißt in dem Sinne des Vorredners, unterstützt die heutigen Machthaber in ihren Bestrebungen und Anschauungen. Davon ist heute weniger denn je die Rede, Zutrauen und Achtung zu den heutigen Machthabern ist in Arbeiterkreisen nicht vorhanden, weil jene nicht die Interessen der Gesamtheit im Auge haben sondern ihre eigenen. Die weiteren ausführlichen Darlegungen über die Folgen der Tabaksteuer fanden in der Versammlung allseitig lebhaftes Zustimmung. Nachdem sodann noch ein Antisemit mit einigen zur Erweiterung der Versammlung beitragenden Redensarten aufgetaucht hatte, erfolgte der Schluß der sehr interessanten Versammlung.

Gerichts-Beilage.

Ferdinand Freiligrath als — Diebstahlsgehilfe. Die Stellung eines modernen preussischen Staatsanwalts zu einem der Männer, die 1848 das deutsche Volk durch ihre Dichtungen zu den bewundernswürdigen Befreiungskämpfen von der Schmach des Absolutismus begeistert haben, tritt in einer Verhandlung hervor, die vor einigen Tagen vor dem Reichsgericht ausgetragen wurde.

Freiligraths herrliches und dem arbeitenden Volke wohlbelanntes Gedicht „Wie man's macht“ hatte den Anlaß zu einer Anklage abgegeben, die gegen unseren Expedienten Theodor Glöde vom Staatsanwalt erhoben wurde. Im Verlage der Expedition des „Vorwärts“ erschien im Dezember vorigen Jahres das „Buch der Freiheit“, herausgegeben von Karl Henckell. Das erwähnte Freiligrathsche Gedicht, welches darin die zweite Stelle einnimmt, soll nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft eine Aufforderung zum Diebstahl (H.) zur gewaltsamen Veränderung der Verfassung und zum Ungehorsam gegen die Staatsgesetze, ferner endlich eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander enthalten. Da der Herausgeber Karl Henckell dem Gerichte nicht bekannt geworden ist, wurde gegen den Verleger Glöde Anklage in der eben erwähnten Richtung erhoben. Das Landgericht I in Berlin sprach jedoch Herrn Glöde am 28. Mai d. J. von der Anklage, sich durch Fälschlichkeit mittels der Presse der genannten Vergehen schuldig gemacht zu haben, frei, da derselbe nachweisen konnte, daß er die pflichtmäßige Sorgfalt als Verleger aufgewendet hatte. — Der Staatsanwalt suchte dieses Urtheil in seiner Revision insoweit an, als das Gericht nicht auf Einziehung des Buches resp. Unbrauchbarmachung des inkriminirten Gedichtes erkannt hat. Er begründete seine Beschwerde damit, daß objektiv eine strafbare Handlung vorliege. — Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des Urtheils, soweit nicht auf Einziehung u. erkannt worden ist, und verwies die Sache in diesem Umfang an das Landgericht zurück.

Der Hauswirth, in dessen Hause Prostituirte wohnen, hat, wenn er nicht eine Strafverfolgung wegen Kuppelei sich zuziehen will, auf Veranlassung der Polizei oder auch sonst nach erlangter Kenntniß der Sachlage für Lösung des Mietverhältnisses zu sorgen. In einem Falle kam es zum Prozeß auf Ermiffion. Fest stand, daß die Beklagte unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand, es ließ sich aber nicht erweisen, daß sie in der gemieteten Wohnung selbst ihr Gewerbe betrieben hatte. Nur in dem letzteren Falle aber würde Mißbrauch der Wohnung angenommen und die sofortige Räumung der Wohnung angeordnet werden können (§ 387, I. 21. A. L. R.). Das Gericht nahm an, daß die Thatfache, die Beklagte sei Prostituirte, allein nicht genüge, die Klage auf Ermiffion zu begründen, es müsse vielmehr hinzukommen, daß sie die Prostitution in der gemieteten Wohnung betriebe. Im vorliegenden Falle mußte daher Kläger die Klage zurücknehmen.

Vermischtes.

Aus Gisleben ergeht unter dem 17. Oktober folgende Aufseher erregende Mittheilung: Die Gefahr des Eintritts einer schweren Katastrophe ist als unmittelbar bevorstehend zu erachten. Seit gestern Abend haben eine Reihe schwerer, erdbebenähnlicher Erschütterungen stattgefunden, von solcher Stärke, daß die Möbel in den Zimmern förmlich tanzen. Die Häuser wankten derartig, daß die Bewohner von Schreden ergriffen auf die Straße eilten, die Thiere selbst heunruhigt wurden. Durch diese letzten Erschütterungen sind die sämtlichen Häuser der Oberstadt und ein großer Theil der Gebäude in der Unterstadt betroffen. Die meisten Häuser müssen abgesteift werden, da nicht nur die Giebelwände zerissen, sondern sogar die Verbindung der Mauersteine gelodert wurden und diese bei manchen Häusern nur lose aufeinander liegen. Das Haus Sangershausenerstraße 29, von welchem schon vor einigen Wochen mehrere Fenster zugemauert wurden, mußte jetzt gänzlich geräumt werden. Die St. Annenkirche ist durch die letzten Erschütterungen schwer betroffen worden. Das Mauerwerk zeigt bis zu drei Zentimeter breite Spalten, der Fußboden ist gerissen, die Decke stark beschädigt. Das Gotteshaus mußte mit stählernen Balken abgesteift werden. In der Sangershausener-, Zeisungstraße und Wöfe Sieben schließt fast kein Fenster, keine Thür mehr ordnungsgemäß. Die letzten Erdbebenungen haben eine Ränderung des Grundwasserstandes nicht ergeben.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine No.) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

1894. 1. Klage würde Aussicht auf Erfolg nicht haben. 2. Nein. 3. Auf Entschädigung wegen unterlassener Kündigung, vielleicht außerdem gegen den Lehrprinzipal wegen Beleidigung Klagen.

G. F. 14. 1. Zur Zahlung der 15,50 M. sind Sie nach Ihrer Darstellung verbunden. 2. Etwa 15 M. Der Antrag, Ihnen Ratenzahlungen zu bewilligen, ist an die Gerichtskasse zu richten.

D. S. in G. Wie Sie sehen, mit bestem Dank akzeptirt. Gruß!

D. 1000. 1. Die Kündigung muß nur noch am 15. des Monats (also bis 12 Uhr Nachts) erklärt sein. 2. Diegt kein Geschenk vor, so können Sie auf Rückgabe Klagen.

D. S. Die Schwägerin ist auf Herausgabe der Sachen zu Klagen berechtigt.

H. P. Das ist kein Ehescheidungsgrund, aber ein Grund, auf Nichtigkeit der Ehe innerhalb 6 Wochen nach erlangter Kenntniß durch einen Anwalt beim Landgericht Klagen zu können, wie erst neulich ausführlich an dieser Stelle dargelegt wurde.

Thomas S. So weit ersichtlich, stehen Ihnen dann keine Rechte zu.

M. G. Selbstverständlich ist das Ehebruch: unter Ehebruch ist jeder, von einem Eegatten während der Dauer der Ehe vorgenommene außereheliche Weisflaß zu betrachten.

M. H. Die Frau hat nach erfolgter Ehescheidung zu Klagen

B. S. 49. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt, hier.